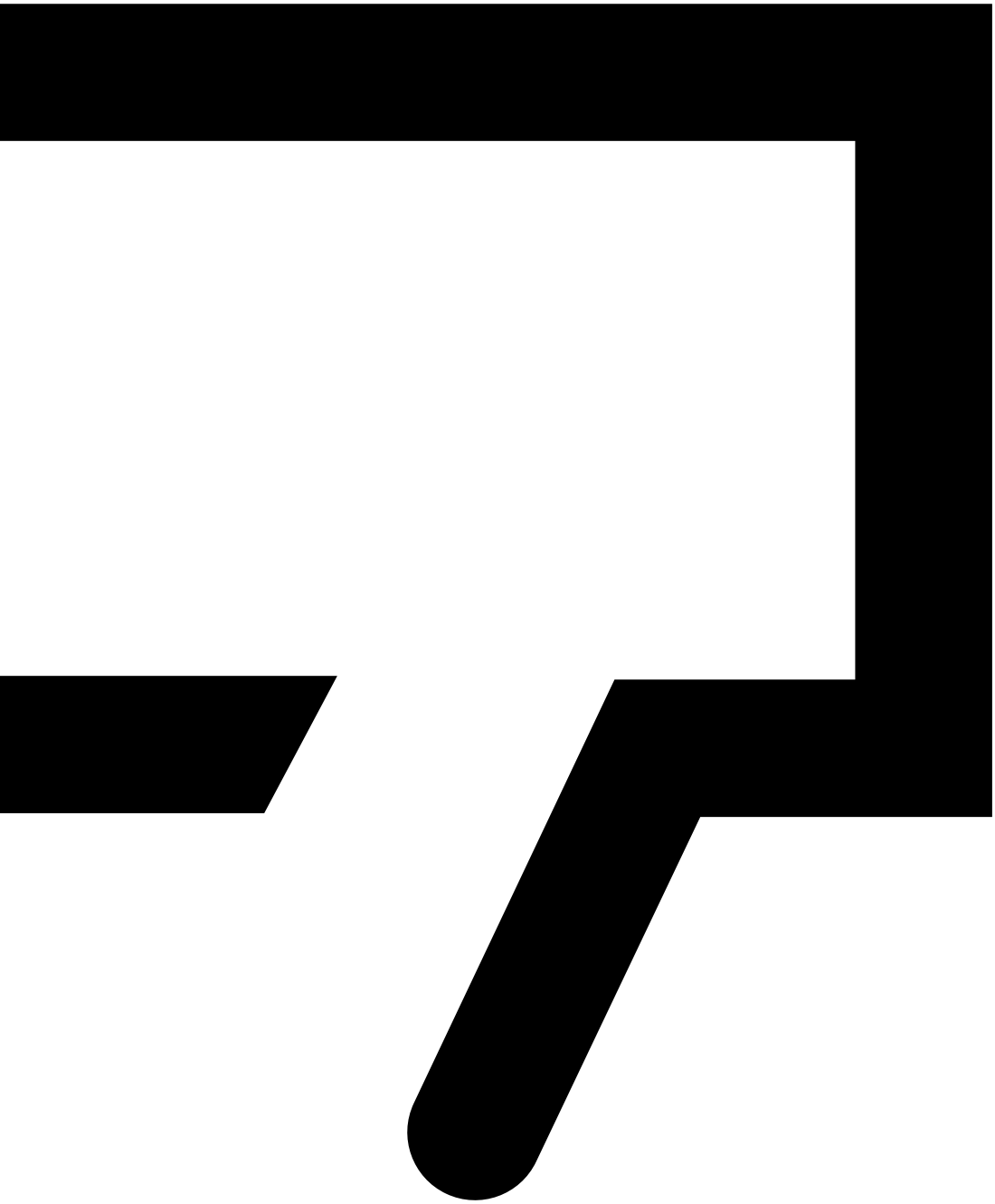
FORSCHUNGS-BERICHT

HATE NOT FOUND?!

DAS DEPLATFORMING DER EXTREMEN RECHTEN UND SEINE FOLGEN

IDZ INSTITUT FÜR DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT

In Trägerschaft der AMADEU ANTONIO STIFTUNG



Maik Fielitz und Karolin Schwarz
Unter Mitarbeit von Jana Hitziger

HATE NOT FOUND?!

DAS DEPLATFORMING DER EXTREMEN RECHTEN UND SEINE FOLGEN

4 VORWORT

6 EINLEITUNG

10 SOZIALE MEDIEN, DEPLATFORMING UND DIE EXTREME RECHTE

16 MAPPING DEUTSCHER HASSAKTEURE IN DEN SOZIALEN MEDIEN

30 MUSTER UND VERLÄUFE DES DEPLATFORMINGS

46 SECHS INNOVATIVE UMGÄNGE MIT DEPLATFORMING

56 DIE GRENZEN VON DEPLATFORMING

IDZ INSTITUT FÜR DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT

Diese Studie wurde finanziert von Facebook Deutschland.

FACEBOOK

62 **ABSCHLIESSENDE BETRACHTUNGEN**

70 **REFERENZEN**

74 **ÜBER DIE AUTOR*INNEN**

75 **WEITERE MATERIALIEN DES FORSCHUNGSPROJEKTS**

76 **IMPRESSUM**

INHALT

GERADE IN ZEITEN DER CORONA-PANDEMIE IST DEUTLICH GEWORDEN, DASS HASS UND DESINFORMATION LEBENSGEFÄHRLICHE FOLGEN HABEN.

Vorwort

Deplatforming ist ein Begriff, der bis vor wenigen Jahren kaum jemandem geläufig gewesen sein dürfte. Das hängt nicht nur mit sich ändernden Sprachgewohnheiten zusammen, sondern auch mit sich wandelnden Medien, über die wir miteinander kommunizieren. Versprachen soziale Medien anfangs, digitale Marktplätze von Ideen zu sein, sind heute Hass und Hetze schwer zu ignorieren. Angeheizt wird dieser Trend von rechtsextremen Akteuren, die in den digitalen Sphären eine Brücke gefunden haben, menschenfeindliche Botschaften effektiv an möglichst viele Menschen zu transportieren. Zugleich werden über soziale Medien neue Formen des Aktivismus geschaffen, die digitalen Ruhm über rassistische, antisemitische und frauenfeindliche Publikationsformate verheißen.

Zur Eindämmung dieser Entwicklungen sind die Betreiber von Plattformen gefragt. Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie ist deutlich geworden, dass Hass und Desinformation lebensgefährliche Folgen haben. Eine Möglichkeit des Umgangs ist, die Urheber*innen für ihr Verhalten verantwortlich zu machen, also „eine Gruppe oder Einzelperson zu boykottieren, indem ihnen die Plattform, die zum Austausch von Informationen oder Ideen genutzt werden, genommen wird“. So definiert das Merriam-Webster’s Wörterbuch den Begriff Deplatforming.

Das Jahr 2020 hat sich nach anfänglicher Zurückhaltung der Plattformen zu einem Wendepunkt im Umgang mit Hassdynamiken in Deutschland entwickelt. Die Sperrung und Löschung von Nutzer*innenkonten hat qualitativ und quantitativ zugenommen, weshalb diese Studie auch zu einem kritischen Zeitpunkt erscheint. Allein während des Untersuchungszeitraums veränderten sich recht unvorhersehbar sowohl die Löschpraxis als auch das Medienverhalten der Hassakteure. Mit dem Digital Service Act der Europäischen Kommission werden nun zudem neue Standards geschaffen, die die sozialen Medien weiter verändern werden. Diese einschneidenden Entwicklungen fordern Forschung, Politik, Plattformen und Zivilgesellschaft heraus – aber auch diese Studie.

Trotz der schwierigen Umstände in der Pandemie konnten wir unsere Forschung durchführen und neue Einblicke in dieses dynamische Feld präsentieren. Dies wäre nicht möglich gewesen ohne die vielen Hinweise und die tatkräftige Unterstützung, die wir erfahren haben. Wir bedanken uns herzlich bei Stephen Albrecht, Janine Dieckmann, Miro Dittrich, Susanne Haldrich, Josef Holnburger, Matthias Quent, Simone Rafael, Christoph Richter, Axel Salheiser, Anne Tahirovic und Susanne Undisz. Von ihrem Wissen, ihren kreativen Ideen und dem konstruktiven Feedback haben wir sehr profitiert. Vielen Dank!

Maik Fielitz, Jana Hitziger und Karolin Schwarz

Jena, November 2020

Einleitung

Diese Studie geht der Frage nach, welche Folgen die Einschränkung der Nutzung sozialer Medien auf das Medienverhalten von rechtsextremen Hassakteuren insbesondere im deutschsprachigen Raum hat. Unser Forschungsinteresse begründet sich einerseits aus der gestiegenen Bedeutung sozialer Medien für rechtsextreme Mobilisierung und andererseits aus der zunehmenden Neuausrichtung rechtsextremer Organisierung, die ohne die Infrastrukturen sozialer Netzwerke so nicht vorstellbar ist. Soziale Netzwerke wie Facebook, Twitter und YouTube haben sich spätestens seit dem Flüchtlingszuzug 2015 zu effektiven Verstärkern rechtsextremer Weltanschauungen entwickelt und zugleich die rechtsextreme Ideologieproduktion dynamisiert und internationalisiert. Über ihre Verbreitungsmechanismen kommen viele Menschen mit rechtsextremen Ansichten in Kontakt. Durch unmittelbare Kommunikationsformate können Hassakteure ihre Ideologie auch als Lebensstil inszenieren – das spricht gerade junge Menschen an.

Dass antidemokratische Akteure die Freiheiten des Web 2.0 nutzen, um demokratische Freiheiten zu unterminieren, haben auch Unternehmen, Staaten und supranationale Organisationen erkannt. Politischer, wirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Druck veranlasste Plattformbetreiber, effektiver gegen Hassrede vorzugehen. In diesem Kontext verloren bereits mehrere zentrale rechtsextreme Hassakteure wichtige Austausch- und Mobilisierungsplattformen. Der regulative Akt, eine Gruppe oder ein Individuum zu sperren und den Zugang zu interaktiven Plattformen zu verweigern, die dem Austausch von Informationen oder Ideen dienen, wird unter dem Stichwort *Deplatforming* diskutiert. *Deplatforming* nimmt der extremen Rechten also die Möglichkeit, zentrale kommunikative Strukturen zu nutzen. Dies ist effektiv, aber nicht unumstritten: Es wird eine illegitime Einschränkung der Meinungsfreiheit kritisiert und befürchtet.

Mangelnde Transparenz und Kohärenz der Netzwerke sowie Fragen des Erkennens von und der Deutungsmacht über Hass in sozialen Netzwerken sind gesellschaftspolitisch höchst relevant, jedoch kaum erforscht. Bisher beruhen viele Einschätzungen zu den Folgen des Deplatformings auf fallspezifischer Evidenz und gehen selten über Ad-hoc-Analysen hinaus. Ebenso mangelt es an Untersuchungen, die erforschen, wie sich der Akt oder die Androhung des Deplatformings von Mainstream-Plattformen auf rechtsextreme Mobilisierungen allgemein und die gelöschten Akteure im Besonderen auswirkt. Der vorliegende Bericht stellt die Ergebnisse der ersten systematischen Studie zum Deplatforming der extremen Rechten im deutschsprachigen Raum dar. Die Untersuchung rekonstruiert die Muster in den Interaktionen zwischen Plattformen und Hassakteuren und erforscht,

a) ob und welche Reichweitenveränderungen Hassakteure durch Löschungen hinnehmen müssen,

b) welche innovativen Umgänge sie entwickeln, um kommunikativ handlungsfähig zu bleiben und

c) wie sie ihre Mobilisierung in sozialen Medien neu ausrichten.

Um die aufgeworfenen Fragen empirisch zu untersuchen, führen wir zunächst ein Mapping relevanter Hassakteure durch, auf dessen Grundlage wir das tatsächliche Ausmaß des Deplatformings von Hassakteuren feststellen. Anhand ausgewählter Fallstudien analysieren wir daraufhin wiederkehrende Muster in den Verläufen, Diskursen und Umgangsweisen mit Deplatforming-Vorgängen. Hierzu nutzen wir prozessanalytische Vorgehensweisen, die vor allem durch die Auswertung von Primär- und Sekundärquellen angeleitet sind. Schließlich nähern wir uns den diskursiven Dynamiken des Deplatformings für die Mobilisierungsfähigkeit der extremen Rechten über eine Framing-Analyse, die das Zusammenspiel von potenzieller Strafverfolgung, Plattformmoderation und rechter Selbstregulierung erforscht.

Die methodische Vielfalt deutet bereits an, dass Deplatforming in einen umfassenderen Komplex von rechtsextremer Mobilisierung fällt und zentrale Themen anspricht, die sich als Kampagnenthemen herausgebildet haben. Dazu gehören die Ablehnung von „politischer Korrektheit", der Kampf gegen eine „Meinungsdiktatur" oder die „Zensur nationaler Ideen". Somit geht das Deplatforming über die punktuelle Durchsetzung von Gemeinschaftsstandards zwangsläufig hinaus. Dies belegen auch unsere zentralen Ergebnisse.

Executive Summary

- Das Deplatforming zentraler rechtsextremer Akteure schränkt deren Mobilisierungskraft deutlich ein und nimmt ihnen eine zentrale Ressource, auf die ihre Inszenierungen abzielen: Aufmerksamkeit. In dieser Hinsicht lässt sich eindeutig sagen: Deplatforming wirkt.
- Repressive Plattformpolitiken treffen Hassakteure nicht mehr überraschend oder unvorbereitet. Im Gegenteil: Es bildeten sich innovative Muster des Umgangs heraus, die Handlungsfähigkeit signalisieren. Dazu gehören: semantische Mimikry-Taktiken, (Audio-)Visualisierung der Propaganda, Schaffung von Fake-Accounts, Einsatz von Proxies[1], Ausweichen auf Alternativplattformen sowie Aufbau eigener digitaler Infrastrukturen.
- Alternative Netzwerke werden genutzt, um Inhalte von gelöschten Akteuren wieder gezielt auf den großen Plattformen zu verbreiten. So navigieren Hassakteure ihre Follower*innen und Inhalte plattformübergreifend.
- Telegram hat sich zum zentralen Medium unter Hassakteuren entwickelt: 96% aller von uns untersuchten Hassakteure haben hier (hyper-)aktive Kanäle. Die meisten verstehen Telegram als ihre kommunikative Basis. Was dieses hybride Medium besonders macht: Es gibt so gut wie keine Moderation der Betreiber, Push-Nachrichten auf das Handydisplay wirken unmittelbarer und es kann leicht zwischen privater Messengerfunktion und öffentlicher Kanalfunktion gewechselt werden.
- Der Rückzug auf Alternativplattformen kann die Löschung aus dem digitalen Mainstream nicht ausgleichen. Abgesehen von Telegram haben sich keine stabilen Ausweichforen etabliert. Auf den bestehenden Alternativplattformen können rechtsextreme Ideen nicht effektiv zirkulieren, da sie kaum von Nutzer*innen aus dem deutschsprachigen Kontext frequentiert werden.
- Um nicht-intendierte Folgen des Deplatformings zu vermeiden, zum Beispiel die Steigerung von Aufmerksamkeit und der Bedeutung der Akteure, müssen Maßnahmen besser abgestimmt, deutlicher kommuniziert und unabhängig von politischen Kräfteverhältnissen durchgesetzt werden.

[1] Hiermit werden Internetnutzer*innen bezeichnet, die im Namen anderer Personen politische Nachrichten verbreiten und somit ihre eigentliche Motivation verbergen. Sie werden von Aktivist*innen genutzt, um die eigenen Inhalte zu teilen.

DEPLATFORMING BESITZT POLITISCHE SPRENGKRAFT VOR DEM HINTERGRUND GESELLSCHAFTS-POLITISCHER DEBATTEN UM CANCEL CULTURE, FREIE MEINUNGSÄUSSERUNG UND DEREN GRENZEN.

Das Deplatforming besitzt politische Sprengkraft vor dem Hintergrund gesellschaftspolitischer Debatten um Cancel Culture, freie Meinungsäußerung und deren Grenzen (Smith 2020). Auch aus diesem Grund beginnt diese Studie mit einer Einordnung, wie sich der Rechtsextremismus im Zeitalter sozialer Medien gewandelt hat. Hier diskutieren wir, weshalb die Frage des Deplatformings relevant für dessen Erfolgschancen ist und welche nicht-intendierten Folgen Deplatforming haben kann.

In den darauffolgenden empirischen Kapiteln stellen wir unsere Ergebnisse vor: Wir beginnen mit einem Mapping relevanter Akteure und erklären, wie sich im Kontext der Proteste gegen die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie die Akteurslandschaft gewandelt hat. Anhand verschiedener Fallstudien werden Muster und Verläufe des Deplatformings von Akteursgruppen untersucht. Daraufhin analysieren wir, welche diskursiven Handlungsinnovationen Hassakteure vornehmen, um eine Sperrung zu verhindern, zu antizipieren und zu umgehen. Abschließend folgen ein Blick auf die Grenzen des Deplatformings sowie Empfehlungen auf Grundlage der vorliegenden Ergebnisse.

Soziale Medien, Deplatforming und die extreme Rechte

Soziale Medien haben sich weltweit zu einem zentralen Aktionsfeld und Rekrutierungsort der extremen Rechten entwickelt. Kaum ein Akteur aus diesem Milieu verzichtet auf die Dienstleistung digitaler Plattformen, die eigenen Inhalte zu zirkulieren und somit Botschaften weit über die eigene Gefolgschaft zu verbreiten.[2] Es bildete sich ein facettenreicher digitaler Aktivismus heraus, der mit manipulativen Mitteln und aggressivem Gebärden das verbindende und emanzipatorische Potenzial der Plattformen bedroht: Kommentarspalten füllen sich mit rassistischen Wortmeldungen, digitale Hasskampagnen durchziehen die Timelines und die Abwertung von Frauen und Minderheiten gehört zum Alltag. In einer repräsentativen Befragung geben 16% der deutschen Internetnutzer*innen an, sich bereits wegen Hassbotschaften aus den jeweiligen Netzwerken zurückgezogen zu haben (Geschke et al. 2019: 28).

Hass hat Konsequenzen: für die individuelle Gesundheit sowie für die demokratische Kultur, für die Debattenkultur der Netzwerke, für Wahlergebnisse und für die Unversehrtheit von Leib und Leben. Nicht erst seit den Anschlägen in Christchurch, El Paso, Halle und Hanau ist ersichtlich, dass die Verbreitungsmechanismen sozialer Medien ein zentraler Aspekt in der Vor- und Nachbereitung von Anschlägen der jüngsten Welle des Rechtsterrorismus geworden sind (Ahmed et al. 2020; Albrecht/Fielitz 2019). Viele der Täter, die zur Waffe griffen oder Flüchtlingsunterkünfte angriffen, bezogen sich auf Inhalte, die sie über soziale Medien konsumiert hatten. Sie hatten nicht notwendigerweise direkte Kontakte in rechtsextreme Offline-Netzwerke, wie lokale Kameradschaften oder Parteien. Diese Tatsache verweist auf die Verantwortung der Betreiber, denen die Kontrolle über ihre Plattformen angesichts der Masse an Inhalten, die den Gemeinschaftsstandards widersprechen, und an Accounts, die gezielt Hass verbreiten, desinformieren oder Gewalttaten gar live übertragen, oft nicht zu gelingen scheint. So bereiteten die Live-Streaming-Funktionen von Facebook und Twitch dem rechten Terror von Christchurch und Halle eine Bühne, auf die potenziell Millionen von Menschen Zugriff haben und somit live an Gewalttaten teilnehmen können (Macklin 2019). Diese Videos wurden zwar auf den Plattformen hunderttausendfach gelöscht, verbreiteten sich aber über andere Plattformen weiter.

Gerade seit Beginn der Corona-Pandemie verdeutlicht sich, welch toxisches Potenzial manipulative Inhalte in Krisenzeiten haben können: So wurden soziale Medien zu Botschafter falscher Informationen in der Pandemiebekämpfung, die lebensgefährliche Folgen haben können (Donovan 2020a).

[2] Ausnahmen, die dennoch nicht aus dem Blick geraten dürfen, bilden vor allem bewusst konspirative Akteure, also zum Beispiel Gewaltgruppen, Graswurzelprojekte sowie Finanzierungs- und Strategienetzwerke von Kadern und Personen hinter den Kulissen, für deren illegale oder versteckte Agenda öffentliche Aufmerksamkeit bedrohlich wäre. Es ist im Allgemeinen von arbeitsteiligen Interdependenzbeziehungen zwischen konspirativen und öffentlichen Rechtsextremen auszugehen.

Gleichzeitig intensivierten Hassgruppen ihre Bemühungen, eigene alternative Lesarten über soziale Medien zu verbreiten und aus der Krise politisches Kapital zu schlagen. Nicht zuletzt lässt sich ein rasantes Wachstum von Verschwörungserzählungen mit antisemitischer Grundausrichtung beobachten, die sich wiederholt in Protest- und Gewalthandeln übersetzten. Moderative Eingriffe sind daher alternativlos – und in der Tat haben Plattformbetreiber ihre Bemühungen intensiviert, gefährliche Dynamiken einzugrenzen. So untersagten Facebook und Instagram jüngst weltweit die Leugnung des Holocausts auf ihren Plattformen, Twitter geht offensiver gegen Falschmeldungen vor und TikTok blockierte als eine der ersten Plattformen Hashtags mit einem Bezug zur rechtsextremen Verschwörungsbewegung *QAnon*.

a. Hassakteure in sozialen Medien

Soziale Medien sind zentrale Arenen, über die politischer Wandel verhandelt, angestoßen, kommuniziert und organisiert wird. Die geringen Zugangsbarrieren sorgen dafür, dass potenziell jede*r die Dienste von Tech-Unternehmen in Anspruch nehmen kann. Dies gilt auch für politische Akteure, die die Plattformen nutzen, um ihre Sicht auf die Welt zu propagieren, Gleichgesinnte zu mobilisieren und neue Anhänger*innen zu gewinnen. Mit wenigen Klicks lassen sich Kampagnen initiieren und eine Gefolgschaft aufbauen. Durch die bereits bestehende permanente Vernetzung von Millionen von Menschen wird die Ansprache und Rekrutierung erleichtert und passt sich den Kommunikationsgewohnheiten der Plattformen an.

Während die relative Publikationsfreiheit der sozialen Medien lange als Einladung verstanden wurde, progressiven Wandel herbeizuführen, sind in den jüngeren Jahren gerade die dunklen Seiten der freien Verbreitungsmöglichkeit in Form von Hass und rassistischer Propaganda in den Fokus geraten, die den Zugang zu rechtsextremen Weltbildern ebnen. Andere Formen unerwünschter, gefährdender oder strafbarer Kommunikation, wie offen terroristische Inhalte, Pornografie oder Betrug, sind seit jeher Gegenstand automatisierter Löschungen. Welche Inhalte als legitim gelten, ist kulturell unterschiedlich und wird nicht nur etwa durch das Jugend- und Strafrecht bestimmt, sondern auch durch gesellschaftliche Normen, Werte und universalistische Menschenrechte. Letztere sind insbesondere in Hinblick auf Antidiskriminierung wichtige Orientierungen für den Umgang mit Hass im Netz und passen sich gesellschaftlichen Entwicklungen an.

In diesem Zusammenhang drehen sich viele Debatten um Hassrede und eine Verrohung der Sprache und werden teilweise abgetrennt von der Untersuchung der Ideologien und Strategien organisierter und weniger organisierter Hassakteure geführt. In der deutschen Rechtsextremismusforschung wurde erst vergleichsweise spät ein Fokus auf die Akteure gelegt, die solche Dynamiken in digitalen Räumen anheizen und aus ihnen politisches Kapital schlagen wollen. Das liegt nicht nur an der Entwicklungsgeschwindigkeit und daran, dass im digitalen Kontext neue Instrumente und Methoden vonnöten sind, um rechtsextreme Mobilisierung zu untersuchen. Vielmehr wird eine neue Sichtweise auf den Untersuchungsgegenstand verlangt, da sich transregional Gruppierungen über die Plattformen sozialer Medien neu gründen, sich schnell auflösen und unter

anderer Fahne wieder zusammenfinden. Weiterhin gewinnen rechtsextreme Influencer*innen an Einfluss, die mit großen Fangemeinden oft eigenen Agenden folgen und nicht selten politischen Aktivismus mit kommerziellen Interessen verbinden.[3] Die Formierung von Hassakteuren online funktioniert daher anders als der Aufbau organisierter Strukturen offline. Sie haben keine festen Mitgliedschaften, sind nicht lokal gebunden und verwischen oft die Grenze zwischen Politischem und Privatem, indem propagandistische Inhalte neben alltäglichen Interessen erscheinen. So ist es mitunter schwer vorherzusehen, welche Akteure besonders effektiv rechtsextreme Weltbilder transportieren. Denn es benötigt keine großen organisationalen Ressourcen, um im Kampf um Aufmerksamkeit zu bestehen. Da die sozialen Medien bereits selbst eine Metaorganisation darstellen, sind es oft Akteure mit einem guten Gespür für digitale Kommunikation, die am meisten profitieren.

Demzufolge haben sich Gruppierungen und Einzelpersonen, die in der extremen Rechten den Ton angeben, geändert: Es gibt eine Verschiebung von hierarchisch organisierten Akteuren zu digitalen Bewegungsunternehmer*innen, die sich fast ausschließlich auf ihre Social-Media-Kanäle stützen, um Menschen anzusprechen und zu beeinflussen. Denn während klassische Bewegungsunternehmer*innen der Neonaziszene durch ihre eigens aufgebauten Netzwerke und Organisationsfähigkeiten an Bedeutung gewannen (Erb 2006), sind viele rechtsextreme Influencer*innen kaum in Offline-Strukturen eingebunden, sondern nutzen die Masse der Follower*innen als Argument für die Bewandtnis ihrer Position. Es entwickelten sich also neue Akteurstypen, die politische und wirtschaftliche Interessen in digitalen Inszenierungen miteinander verbinden. So kann es sein, dass Einzelpersonen, z.B. der Verschwörungsideologe Heiko Schrang, eine weit größere Relevanz für die rechtsextreme Mobilisierung haben als die NPD. Zudem exponieren sich Einzelpersonen aus Organisationen, etwa Martin Sellner von der *Identitären Bewegung Österreich*, als Influencer*innen. Das erschwert eine Unterscheidung zwischen individuellem und kollektivem Handeln.

Aus diesen Gründen verwendet diese Studie den Begriff Hassakteure, um sowohl organisierte Offline-Akteure als auch digitale Kollektive, Alternativmedien und Influencer*innen der extremen Rechten in die Betrachtung aufzunehmen. Hassakteure verstehen wir somit als Konzept, das neben Parteien und Bewegungen auch weniger strukturierte Hassgruppen umfasst, die „offen, aggressiv und systematisch Mitglieder einer Sündenbock-Zielgruppe dämonisier[en] oder entmenschlich[en]“ (Berlet 2004: 23; siehe auch: Blazak 2009). Schließlich sind jenseits von Gruppen auch Einzelpersonen wichtig, die über die Formate sozialer Medien, z.B. YouTube-Videos, neue Formen der Vergemeinschaftung etablieren. So ähneln die auf eine Person zugeschnittenen Interaktionen mehr Fangemeinschaften als politisch gefestigten Kollektiven (Marwick 2015; Abidin 2018). Im Gegensatz zur Terminologie der *extremen Rechten* geht der Begriff *Hassakteur* nicht von einem strukturierten Organisationszusammenhang aus, sondern erfasst explizit Akteure, die sich jenseits etablierter Strukturen eine eigene Wirkmächtigkeit aufgebaut haben. Nichtsdestotrotz sind die Grenzen fließend und verbinden sich über den Lauf der Zeit. Daher ist eine klare analytische Trennung nicht zielführend. Aus diesem Grund bezieht der Begriff des Hassakteurs auch die organisierte extreme Rechte mit ein.

[3] Siehe hierzu: IDZ Fact Sheet Rechtsextreme Influencer.

Hassakteure sind individuelle oder kollektive Akteure, die andere Personengruppen abwerten, weil diese nicht in die Vorstellung von homogenen Gemeinschaften passen, wegen ihrer Hautfarbe oder vermeintlichen Abstammung und Herkunft sowie wegen ihres Glaubens, ihrer geschlechtlichen Identität, sexuellen Orientierung, ihres sozialen Status oder einer ernsthaften Erkrankung oder Behinderung.[4]

Muslimfeindliche, frauenfeindliche, sozialdarwinistische, antisemitische oder rassistische Akteure gelten demnach auch dann als Hassakteure, wenn sie keine systemfeindlichen Ziele verfolgen oder nicht als Teil der extremen Rechten angesehen werden bzw. sich dieser nicht selbst zuordnen. Hassakteure stellen sich bisweilen als Grenzgänger dar und kommunizieren mit ambivalenter Rhetorik, um sich vor Kritik zu immunisieren und um unterschiedliche Zielgruppen anzusprechen.

Das Konzept der Hassakteure deutet an, dass die sozio-technischen Bedingungen einer digitalen Gesellschaft den Rechtsextremismus nachhaltig ändern. Soziale Medien übernehmen die Vernetzungsleistung, die rechtsextreme Akteure aus eigener Kraft nicht aufbauen könnten. So verbreiten die Algorithmen die dramatischen Erzählungen auf Knopfdruck, was zu einer Selbstverständlichkeit und Verselbstständigung ihrer Inhalte beiträgt. Denn es ist heute nicht unwahrscheinlich, dass unbedarfte Nutzer*innen über intransparente Verbreitungsketten rechte Propaganda zwischen Kochrezepten und Beauty-Tipps wiederfinden. In der Tat haben die sozialen Medien erst neue Akteure in diesem Feld geboren, die durch ihren ausgeklügelten Medienaktivismus zu einem plattformübergreifenden System beisteuern, das den gegenwärtigen globalen Aufstieg der extremen Rechten anfeuert. Schließlich bedarf es nur weniger Klicks, um selbst Teil einer breiteren Dynamik zu werden und so die Verbreitung von Desinformation zu unterstützen, die wiederum demokratische Mechanismen aushebelt. Somit gilt die mediale Praxis als Eintrittskarte in den rechtsextremen Aktivismus, der keiner Autorisierung, Mitgliedschaft oder fester ideologischer Grundlage bedarf. Vielmehr finden Menschen durch die Verwendung gleicher Hashtags oder Parolen schneller zueinander – das löst zumindest temporär die Unterscheidung zwischen Organisierten und Nicht-Organisierten auf.

[4] In anderen kulturellen Kontexten gilt auch die Kaste als eine vor Hass zu schützenden Eigenschaft.

b. Intendierte und nicht-intendierte Folgen des Deplatformings

In Zeiten, in denen sich politische Meinungsbildung immer weiter in die sozialen Medien verlagert, gewinnt die Frage nach einschränkenden Maßnahmen der freien Meinungsäußerung an Sprengkraft. Nicht wenige Menschen und Organisationen fühlen sich benachteiligt, wenn sie nicht gleichwertig an Debatten teilnehmen oder die vielfältigen Interaktionsmöglichkeiten zur Verbreitung ihrer politischen Ideen nutzen können (Myers West 2019). Die Frage, wer aus welchen Gründen gelöscht wird, spielt eine entscheidende Rolle für den Zugang zu Informationen und Reichweite und setzt gleichzeitig auch die Grenzen des Diskurses fest.

Die Plattformen sozialer Medien haben heute eine zentrale Verantwortung für die politische Kultur in Demokratien, da sie weit mehr als nur Menschen verbinden: Sie aggregieren zugleich Nachrichten, sie sind Orte kultureller Kreativität und politischer Auseinandersetzungen. Das Verhalten der Tech-Unternehmen hat Einfluss auf die Berichterstattung von herkömmlichen Medien, auf den Ausgang von Wahlen und das Denken von Millionen von Menschen: „[T]heir choices about what can appear, how it is organized, how it is monetized, what can be removed and why, and what the technical architecture allows and prohibits, are all real and substantive interventions into the contours of public discourse" (Gillespie 2010: 359). Das Design der Plattformen, die algorithmische Kuratierung und die damit verbundene (Un-)Sichtbarkeit von Akteuren sind deshalb nicht zufällig zu zentralen Topoi politischer Auseinandersetzungen geworden.

Weil die Bedeutung digitaler Plattformen im Alltag steigt und ihre politische Bedeutung den Rahmen nationaler und demokratischer Kontrolle längst gesprengt hat, bedarf es der öffentlichen Rechtfertigung ihrer Entscheidungen. Denn es geht bei den großen sozialen Medien längst nicht mehr nur um die Interessen der Privatwirtschaft. Über öffentliche Facebook-Seiten wurden beispielsweise rechtsextreme Aufmärsche wie in Charlottesville im August 2017 oder auch in Chemnitz 2018 koordiniert, Genozide wie in Myanmar angespornt und zur Gewalt gegen Black-Lives-Matter-Demonstrierende aufgefordert. Auch zur Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke wurde über verschiedene soziale Netzwerke aufgerufen. Gleichzeitig werden geschlossene Gruppen genutzt, um sich in Gewaltfantasien zu überbieten und wie im Fall der deutschen rechtsterroristischen *Gruppe Freital* klandestine Gewalt vorzubereiten und auszuüben. Die Frage ist daher nicht, ob Plattformen eingreifen, sondern wie. Je mehr der Rechtsextremismus ein Eigenleben in den sozialen Medien annimmt, desto schwerer ist er allerdings einzugrenzen.

Deplatforming ist ein technischer Akt, der den Zugang zu Social-Media-Profilen sperrt und Inhalte für andere Nutzer*innen unzugänglich macht. Für Plattformen, die selbst für „offene Teilnahme, freizügige Interaktion und dem Schutz von freier Rede" werben (Gillespie 2018: 176), ist dieser Schritt die Ultima Ratio, um mit Problemen auf der eigenen Plattform fertigzuwerden.

In diesem Sinne sind die Betreiber daran interessiert, Löschungen nur in Ausnahmefällen durchzuführen, damit nicht der Eindruck von Willkür oder politischer Parteilichkeit entsteht. Gleichzeitig sind die einzelnen Löschungen aber öffentlichkeitswirksame Signale, die an die breitere Masse gesendet werden. Denn der Akt des Deplatforming selbst legt Standards fest, wann Individuen oder Gruppen die Grenze des Ertragbaren überschreiten. Somit entsteht eine Pfadabhängigkeit in dem Sinne, dass dieselben Verstöße nun ähnlich geahndet werden müssen.

Einige reichweitenstarke Seiten rechtsextremer Akteure – darunter Seiten der *Identitären Bewegung* und von *Pegida* auf Facebook sowie des US-amerikanischen Verschwörungsideologen Alex Jones auf Facebook, YouTube und Twitter – wurden bereits vor mehreren Jahren gesperrt. 2020 hat sich die Verschwörungsideologie *QAnon* so massiv verbreitet, dass Facebook beispielsweise an einem Tag mehr als 900 Gruppen löschte. Damit einhergehend haben sich Debatten auf die normativen Grundlagen der Plattformen ausgeweitet (Suzor 2019). Denn: Der Vollzug des Deplatformings stellt die Frage nach dem Platforming. Anders gesagt: Es verweist auf die Frage, warum Hassakteuren wie der *Identitären Bewegung* so lang eine Bühne gegeben wurde. In der Tat werden öffentlichkeitswirksame Sperrungen bei Akteuren erst durchgeführt, wenn diese sich eine gewisse Community aufgebaut haben, wodurch das Skandalisierungspotenzial steigt.

Die zivilgesellschaftliche Seite identifizierte das Deplatforming von Hassgruppen als eine der wirkungsvollsten Taktiken, um rechtsextreme Dynamiken zu brechen (Mulhall 2018). Dabei wurde besonders auf die effektive Einschränkung von vier Aspekten hingewiesen, die eine Rekrutierung und Mobilisierung über soziale Medien begünstigten[5]: die Nutzung der Infrastrukturen zur internen Organisierung, die algorithmische Verbreitung von rechtsextremer Propaganda, die Möglichkeit der Finanzierung über Spenden und Werbeeinnahmen sowie die Belästigung von progressiven Communitys durch Troll-Verhalten.

Gleichwohl gibt es kritische Stimmen, die nicht-intendierte Folgen des Deplatformings hervorheben (Klein 2020). Sie geben zu bedenken, dass die Migration von Hassgruppen auf andere Plattformen das Problem nur verlagere, es radikalisierende Folgen haben könne, wenn Akteure in widerspruchsfreie Echokammern verdrängt würden, oder den Akteuren gerade durch das repressive Eingreifen erst Aufmerksamkeit beschert werde und sie sich als Opfer stilisieren könnten. Zudem bedeutet das Deplatforming von Postings oder Profilen nicht das Ende des Konflikts zwischen Betreibern und Nutzer*innen. Vielmehr gibt es verschiedene Möglichkeiten, die Entscheidungen von Plattformen anzufechten. Viele Social-Media-Plattformen bieten die Möglichkeit, Sperrungen zu widersprechen, etwa über Beschwerdeformulare oder Kontaktadressen. In den vergangenen Jahren mussten außerdem immer wieder Gerichte über die Rechtmäßigkeit von Sperrungen entscheiden.

[5] Vgl. Megan Squire über Deplatforming: https://twitter.com/MeganSquire0/status/1281621930202849280.

DIE ABLEHNENDE HALTUNG ZU MIGRATION KANN ALS VEREINENDES BAND VERSTANDEN WERDEN.

Mapping deutscher Hassakteure in den sozialen Medien

Im deutschen Kontext hat sich ein vielfältiges Netzwerk von Hassakteuren herausgebildet, das die sozialen Medien zur Propagierung ihrer Positionen nutzt. Die ablehnende Haltung zu Migration kann als vereinendes Band verstanden werden, welches das saliente Freund-Feind-Schema bestimmt. Der über soziale Medien vermittelte Aktivismus integriert verschiedene Charaktere, deren Zusammenkunft ohne die digitale Vernetzung wohl kaum so ausgeprägt wäre. Dies verdeutlichte sich unter anderem auf den Demos der Gegner*innen der staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie: Hier kamen stramme Neonazis, Reichsbürger*innen, Verschwörungsideolog*innen, regressive Globalisierungs- und Kapitalismuskritiker*innen sowie Impfgegner*innen vor allem über die Nutzung gemeinsamer Medien auf der Straße zusammen. Für Außenstehende ist schwierig zu unterscheiden, wer hier den Ton angibt und ob hinter bestimmten Online-Kanälen eine zahlenmäßig relevante Gruppe oder professionelle Influencer*innen stehen. Werden also deutsche Hassakteure im Internet untersucht – und die potenziellen Folgen ihrer Verbannung – wird idealtypisch zwischen drei Szenarien unterschieden, die jeweils eine eigene Entwicklungs- und Einhegungsdynamik mit sich bringen:

- **Die Aneignung digitaler Räume und Repertoires durch rechtsextreme Organisationen.** Hierzu zählen die Politikmodelle der *Identitären Bewegung*, die soziale Medien als Inszenierungsplattformen nutzen, mit denen ein verzerrtes Bild der Realität vermittelt wird.

- **Die Entwicklung rassistischer Gruppen über soziale Medien, die von dort den Weg auf die Straße finden.** Die unzähligen Ableger der *Pegida-Bewegung* sind markante Beispiele, wie sich Menschen online finden, um eigene Kundgebungen in ihrer Stadt zu organisieren, aber auch rechtsextreme Chatgruppen, die sich klandestin verabreden und Gewaltakte begehen.

- **Die Bildung von Mischszenen aus der Verschmelzung von digitalen Subkulturen und Verschwörungsideologien,** die politisch schwer kategorisierbare Akteure hervorbringt. So entstanden über Online-Foren und soziale Medien Verschwörungsbewegungen wie *QAnon* und rechtsoffene Corona-Leugner*innen-Gruppen, die Drohgebärden aufbauen und teilweise Gewalt befürworten.

Allen drei Szenarien ist gemein, dass sie die sozialen Medien als Resonanzraum ihrer antidemokratischen Ansichten nutzen und ohne die Plattformen wohl weit weniger Aufmerksamkeit und Wirkmächtigkeit besäßen (Amadeu-Antonio-Stiftung 2020). Sie sprechen ihre Zielgruppen durch emotional aufgeladene Inhalte direkt an und verlassen sich in ihrer Organisation fast ausschließlich auf die Infrastrukturen, die soziale Medien bereitstellen. Ihre Inhalte erreichen durch die manipulativen Techniken ihres Online-Aktivismus und über die algorithmische Verstärkung eine ungeahnte Reichweite. Um einschätzen zu können, inwiefern das Deplatforming bereits die Dynamiken dieses heterogenen Feldes beeinflusst, stellen wir zunächst ein Mapping von relevanten Akteuren auf und untersuchen, ob und inwiefern das Handeln von Hassgruppen eingeschränkt wird.

a. Einflussreiche Hassakteure und ihre Habitate

Die Relevanz von Hassakteuren zu messen, unterliegt einigen Fallstricken. Viele vermitteln ein weit bedeutenderes Bild nach außen, um Masse vorzutäuschen und Mitläufer*innen zu mobilisieren. Um heute die Stärke und Gefahr von Hassakteuren einzuschätzen, reicht es nicht, ihr Verhalten auf einer Plattform zu bewerten. Ihr Verhalten ist transmedial aufeinander abgestimmt. Ähnlich wie in einem Ökosystem entstehen Wechselbeziehungen zwischen individuellen oder kollektiven Akteuren und ihrer Umwelt (Benkler et al. 2018). Diejenigen, die sich den Sprach- und Verhaltensweisen nicht anpassen können, verlieren sich entweder in der Bedeutungslosigkeit oder werden von der Plattform verwiesen. Es benötigt also ein gutes Verständnis der strategischen Kommunikation, um einerseits die eigenen Inhalte zu positionieren und andererseits multiple Nachrichten an unterschiedliche Zielgruppen zu richten. Wohlwissend um die Restriktionen, die Mainstream-Plattformen mit sich bringen, sind Hassakteure darauf angewiesen, sich in randständigeren Foren deutlicher zu positionieren und von dort die eigenen Anhänger*innen über die Plattformen zu navigieren.

Für die Zwecke dieser Studie haben wir die Auswahl relevanter Hassakteure nach vier Kriterien festgelegt: Reichweite, Aktivität, Transmedialität, Abgrenzbarkeit. *Reichweite* – gemessen durch die Zahl von Follower*innen und Interaktion, aber auch in Form von Auflagen, Mitgliedern und Aufmerksamkeit in den Medien – ist das zentrale Kriterium für Sichtbarkeit und damit auch Einfluss auf Debatten. Diese wird besonders durch regelmäßige *Aktivität* und innovative Formate hergestellt. Akteure, die eigene Inhalte in sozialen Medien generieren, Versammlungen organisieren oder regelmäßig in Szeneportalen publizieren, signalisieren Agilität. Das wiederum motiviert Menschen zur Interaktion. Ein weiterer Schlüssel ist die Kapazität, *transmedial* zu kommunizieren. Das heißt, dass verschiedene Handlungsweisen sich über Medien hinweg miteinander ergänzen – am besten online und offline. Es reicht heute für Akteure in der Konkurrenz um Aufmerksamkeit nicht, nur auf einem Terrain gut aufgestellt zu sein, will man möglichst viele Menschen ansprechen.

Ein viertes Kriterium ist die *Abgrenzbarkeit* von Akteuren. Diese ist oft nicht per se gegeben, weil gerade im Bewegungssektor viele Kampagnenorganisationen entstehen, die eng verbunden sind mit einer oder mehreren Mutterorganisationen. So sind beispielsweise Bewegungsorganisationen wie die *Corona-Rebellen* außen vorgelassen.

Im Fokus der Analyse standen neuere außerparlamentarische Strukturen. Neben der inhaltlichen Bewertung von rassistischen, nativistischen und verschwörungsideologischen Inhalten stellte die Vernetzung untereinander ein zentrales Kriterium für die Auswahl dar. Verlinkten die Profile auf andere Hassakteure und waren darüber hinaus Verbindungen untereinander bekannt, nahmen wir diese Akteure in die Liste auf. In einem nächsten Schritt untersuchten wir dann, auf welchen Plattformen die Akteure besonders aktiv bzw. inaktiv waren oder gesperrt wurden. Um bessere Aussagen über das Feld zu treffen, wurde die Partei Alternative für Deutschland (AfD) als zentraler Fixpunkt der extremen Rechten ausgeschlossen. Das geschah vor dem Hintergrund, dass es bei dieser Partei aufgrund ihrer parlamentarischen Vertretung unwahrscheinlich ist, dass sie ihre starke Präsenz in sozialen Medien verliert. Immerhin hat sie mit mehr als einer halben Millionen Follower*innen bei Weitem die größte Zustimmung aller politischen Parteien auf Facebook und den größten YouTube-Kanal.

Außerdem bestehen für im Bundestag vertretene Parteien besondere rechtliche Privilegien, die eine Gleichberechtigung im politischen Wettstreit gewährleisten sollen. Nichtsdestotrotz bedient die Partei zahlreiche hassvolle Narrative und viele Hassakteure sind mit der Partei auf die eine oder andere Art und Weise verbunden. Das wird beispielsweise bei Einladungen zu Pressekonferenzen oder zur sogenannten „Konferenz der freien Medien" deutlich, die die Partei im Jahr 2020 ein zweites Mal in den Räumen des Bundestages veranstaltete. In der Tat verstehen sich viele der 55 identifizierten Hassakteure als alternative Medienschaffende, die die AfD unterstützen.

Tabelle 1

Deutschsprachige Hassakteure (Stand: November 2020)

	Facebook	Youtube	Twitter	Instagram
achse:ostwest	4461	109.000		
Anonymous News	[2000000]		3527	
Antaios	5578	10600	5520	1878
Anti-Spiegel	4694	43600	6455	188
Arcadi Magazin	2772	1910	764	[1341]
Attila Hildmann	[132500]	71200	6559	[68000]
Chris Ares*	8096	[80000]	997	23100
Compact	[90000]	139000	30000	
Connectiv Events	5656	16100	78	13
Contra Magazin	27133	1120	2241	
Der Dritte Blickwinkel	5664	1670	1227	5420
Der III. Weg			3229	
Der Volkslehrer		[70000]	1741	6175
Deutschland Kurier	69229	81300	12121	276
Die Rechte Dortmund	[10000]	2010	2846	
Die Schwarze Fahne		1230	1426	446
Die Vulgäre Analyse		8480		
Ein Prozent	[96000]	11700	15444	
Einzelfallinfos	101		19793	
Eva Herman		69700		
Hagen Grell	4089	[85000]	5247	1183
Hans-Joachim Müller	[13292]	94800	2426	
Heiko Schrang	14188	178000	8586	17300
Henryk Stöckl	6728	40400	4127	[1200]
Identitäre Bewegung Deutschland		27000	[29600]	
Ignaz Bearth	689	34800	1138	590
Info Direkt	[21000]	2560		
Journalistenwatch	33130	1620	11648	107
Junge Revolution	[300]			
Klemens Kilic		26600	6283	90300

* Im Falle des identitären Akivisten Chris Ares wurden die Zahlen vor seinem eigenen Rückzug im September 2020 aus den sozialen Medien genutzt.

Website	Telegram	VK	Gab	BitChute
	14.906			
	3.505	1.622		
	5472			
	415			
	81816		33	1797
	13996	660		
	22293	2899		
	13406			
	40	3405		
	5461	1400	8	529
	1774	2079		
	27226	1831		7843
	1500			
	1934	1158	37	
	896			
	10993			3740
	8691			31
	3146		2700	
	141160			
	12800			5266
	40501	4308		580
	78510	4074		2765
	7288	1199	1	503
	7967	2670		46
	16958	2791		3633
	5109			
	8592	4376	477	
	1698			41
	6998			2449

aktiv

nicht genutzt

Privates Profil

inaktiv seit 6 Monaten

Deplatforming & Selbstlöschung

Tabelle 1 – Fortführung

	Facebook	Youtube	Twitter	Instagram
Kolja Bonke				48
Laut Gedacht	[6000]	54700	4812	[5000]
Lutz Bachmann	11390	20800	9577	25400
Malenki		21000	4987	
Martin Sellner		[151157]	[44900]	[11000]
Naomi Seibt	26695	101000	41100	5854
Neverforgetniki	67627	178000	35243	45000
NPD Bundesverband	152911			
Oliver Flesch	8936	57800		
Oliver Janich	18425	[158000]	15879	
Pegida	[15600]			1569
Philosophia Perennis	9386	262		
PI News		8410	4998	
Politikstube		2920	2573	1
Politikversagen	[16300]		1939	
Prototyp NDS	728		433	8101
Qlobal Change		[108000]		
Roman Möseneder		3670	8905	7222
Sezession	4901	10700	7192	
Sonnenkreuz Versand	3653	714	226	1185
Sven Liebich/Halle Leaks	[8000]	4980		
Tim Kellner	267189	256000		31300
Tommy Frenck	[1000]	4150		
UNBLOGD/Miró Wolsfeld	[1700]	33300	2658	2604
Zukunft Heimat	17504		3892	2195
Aktive Profile	20	36	36	17
Private Profile	5	0		0
Inaktive Profile	3	4	2	8
Deplatformte Profile	20	9	8	12
Gesamtreichweite	781553	1732806	297837	277455
Durchschnitt Reichweite	26950	44430	7316	11098

Tabelle 1: Deutschsprachige Hassakteure (Stand: November 2020)

Website	Telegram	VK	Gab	BitChute
		1033	5700	
	5389			1858
	5746	2897	146	566
	4719			176
	57005	5042	1000	16358
	12847			707
	22365			
	1139	1092		
	17421	439		
	141325	6625	197	7373
	2861	5698		
	458	861		
	3961	633		
	788	1073		327
	1184	245		
	1717			
	126682	69	42	2230
	1591		93	
	533			
	1341			
	8973	3533		
	41112	4763		
	4593	3696		
	21559	66	19	8353
	431			
39	52	22	6	20
	0	1	0	0
1	0	7	7	2
0	0	0	0	0
	1030791	72237	10453	67171
	25072	2409	804	3053

aktiv

nicht genutzt

Privates Profil

inaktiv seit 6 Monaten

Deplatforming & Selbstlöschung

Tabelle 1 zeigt, dass mit 29 der 55 untersuchten Hassakteure (Stand: November 2020) über die Hälfte Accountlöschungen und -Sperrungen hinnehmen musste oder die Accounts selbst löschte. Die Eingriffe betrafen in der Regel die Plattformen, auf denen die Akteure am aktivsten waren. Somit verloren sie ihre lang aufgebauten Communitys. Hinzu kamen Profileinschränkungen wie temporäre Sperrungen und algorithmische Benachteiligungen. Wie an konkreten Fällen später gezeigt wird, tragen die Sperrungen und Löschungen zu einem massiven Reichweiteverlust bei. Allerdings zeigt sich bereits: Die Sperrungen sind sehr fragmentiert. Das heißt, Akteuren wie Jürgen Elsässers *Compact-Magazin* oder dem identitären Rapper *Prototyp NDS* gingen zwar wichtige Austauschplattformen verloren, aber auf anderen waren sie weiterhin aktiv. Um nicht von weiteren Plattformen verbannt zu werden, verlinken sie in ihren Posts die eigenen Webseiten, deren Inhaltsbewertung nicht jedem Plattformbetreiber zusteht. Einzig Martin Sellner musste eine konsequente Sperrung aus dem digitalen Mainstream hinnehmen. Zudem ist die neonazistische Jugendorganisation *Junge Revolution* auf den meisten Plattformen nicht mehr vertreten.

Unter den identifizierten Hassakteuren betreffen die meisten Sperrungen und Selbstlöschungen Facebook (20), gefolgt von Instagram (12), YouTube (9) und Twitter (7). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass Instagram bei den von uns betrachteten Akteuren weniger frequentiert wurde – das heißt aber nicht, dass die Plattform weniger Probleme mit Rechtsextremismus hätte.[6] Gleichzeitig hat Twitter für viele Akteure eine geringere Attraktivität, weil die Plattform weit weniger Nutzer*innen erreicht als alle anderen und die Antwortfunktion nicht so sehr genutzt wird wie beispielsweise die Kommentarfunktion auf Facebook. Dadurch sind hohe Interaktionsraten und damit längere Nutzer*innenketten unwahrscheinlicher. Insgesamt verzeichnet YouTube für Hassakteure in absoluten und relativen Zahlen die größte Reichweite. Im Durchschnitt erreichen die Profile 44.430 Follower*innen, während Facebook, gerade aufgrund des stärkeren Deplatformings, die Zahl auf 26.950 verringert hat.

Mit Blick auf die Bedeutung der Plattformen im gesamten rechtsextremen Ökosystem lassen sich eindeutige Aussagen treffen: Spätestens seit Anfang 2020 nimmt die Messaging App **Telegram** eine zentrale Funktion für Hassakteure ein. Bis auf zwei Ausnahmen pflegen dort alle untersuchten Akteure einen Kanal. Die auf Telegram entstehenden Kanäle sind für rechtsextreme Gruppen und Influencer*innen eine Art Basis, von der aus sie ungestört und unmittelbar Botschaften senden können. Die schnellen Weiterleitungsmöglichkeiten, die Botschaften als Push-Nachricht in Windeseile verbreiten können, gelten als eines der effektivsten Mittel, dauerhaft mit den Inhalten und ihren Urheber*innen verbunden zu bleiben. Im Gegensatz zum Messenger-Dienst WhatsApp, der die Gruppenzahl auf 256 und eine Weiterleitung auf maximal fünf Personen begrenzt hat, verweigert sich Telegram einer Regulierung und garantiert den Nutzer*innen nahezu uneingeschränkte Kommunikation. Diese Haltung trifft auf Zustimmung in rechtsextremen Kreisen: Denn im Gegensatz zu den sozialen Medien des Mainstreams, die die Reichweite einschränken, können sie sich hier ungefiltert austauschen. Telegram dient einerseits als Back-up-Kanal für den Fall einer Sperrung auf anderen Plattformen und andererseits als erster Anlaufpunkt für die Gefolgschaft nach einer Sperrung.

[6] Vgl. Correctiv (2020): Kein Filter für Rechts Wie die rechte Szene Instagram benutzt, um junge Menschen zu rekrutieren, https://correctiv.org/top-stories/2020/10/06/kein-filter-fuer-rechts-instagram-rechtsextremismus-frauen-der-rechten-szene/.

Für die effektive Verbreitung der Inhalte sind die großen Plattformen der kommerziellen sozialen Medien YouTube und Facebook unerlässlich. **YouTube** ist unter Hassakteuren besonders beliebt, weil audiovisuelle Formate eine große Flexibilität in der Vermittlung der Botschaften aufweisen. Content-Creator*innen sind darauf angewiesen, einen eigenen Stil zu entwickeln, wobei das Community-Format eine Verstetigung mit dem Publikum anstrebt. Die stark auf einen Persönlichkeitskult zugespitzte Form der Inszenierung vermittelt eine Unmittelbarkeit, die Hassakteure nutzen, um mit Menschen über vermeintlich authentische Inhalte in Beziehung zu treten. Wie Rebecca Lewis beschreibt, ist das notwendigerweise eine einseitige parasoziale Beziehung, weil die Anhänger*innen das Gefühl haben, die Protagonist*innen wirklich zu kennen und ihnen nahe zu stehen (Lewis 2019).

Facebook hat in den letzten Jahren seine Rolle unter Hassakteuren als zentrale Mobilisierungsplattform mehr und mehr eingebüßt. Es wird heute von den meisten Akteuren als eine Schnittstelle genutzt, um Links zu teilen oder um Beiträge auf anderen Seiten zu kommentieren. Weiterhin spielen sich viele Diskussionen in geschlossenen Gruppen ab, in denen einerseits Nachrichten diskutiert werden, andererseits Vernetzung unter Akteuren stattfindet. So entwickelt sich ein abgestimmtes Bild, das nach außen hin Botschaften aufpoliert, während extremere Inhalte in geschlossenen Gruppen und im Facebook Messenger geteilt werden. **Twitter** wird für sein Potenzial zur Skandalisierung und zur Anstiftung von digitalen Hasskampagnen genutzt (vgl. Fielitz 2020b). Allerdings sind rechtsextreme Aktivist*innen hier von der Resonanz der Medien und politischen Gegner*innen abhängig, da ihre Accounts selten originelle Inhalte produzieren, sondern zumeist Inhalte von anderen Plattformen reposten.

Werden rechtsextreme Hassgruppen auf diesen Plattformen gelöscht, greifen sie auf ihre Back-up-Accounts auf alternativen Plattformen zurück – auch Alt-Tech genannt.[7] Im Falle des Videostreamings etablierte sich **BitChute**[8] als alternativer Host, der neonazistische und terroristische Inhalte toleriert (Davis 2020). Die russische Plattform **VK**[9] fungiert als Ausweichplattform für Facebook, wobei von hier wenig Dynamik ausgeht, die breitere Massen erreicht. Zumindest im deutschen Sprachraum fehlt aufgrund weniger Nutzer*innen die Reichweite und das Interaktionspotenzial. Schließlich bildeten sich als Twitter-Alternativen das Alt-Tech-Forum **Gab**[10] und das rechtskonservative Medium **Parler**[11] heraus, die aber für die extreme Rechte in Deutschland kaum eine Rolle spielen. Eine jüngere Studie des *Institute for Strategic Dialogue* (ISD) zeigt, dass es bei Weitem nicht nur Seiten mit festen Profilen sind, die Rechtsextreme frequentieren (Guhl et al. 2020). Zunehmend wurden randständige Online-Communitys unterwandert, welche offen für rechtsextremes Gedankengut sind.

[7] Siehe hierzu: IDZ Fact Sheet Alt-Tech.

[8] BitChute gibt es seit 2017. Seitdem hat sich die Plattform zu einer Alternative für YouTube für Rechtsextreme und Verschwörungsideolog*innen entwickelt. Das Spendenkonto des Unternehmens wurde von PayPal gesperrt.

[9] VK ist eine russische Social-Media-Plattform, die in ihrem Aufbau und ihren Funktionen Facebook stark ähnelt. Die Plattform hat weltweit mehr als 600 Millionen angemeldete Nutzer*innen.

[10] Gab wird seit seinem Start im Jahr 2017 von Rechtsextremen als Alternative zu Twitter betrachtet. Der Rechtsterrorist, der im Oktober 2018 einen Anschlag auf eine Synagoge in Pittsburgh verübte, kündigte die Tat bei Gab an. Elf Menschen starben.

[11] Parler wurde im September 2018 gelauncht und ist damit eine der jüngeren Alt-Tech-Plattformen. Im Sommer 2020 hatte Parler laut eines Berichts der Washington Post 2,8 Millionen angemeldete Nutzer. Nach seiner Sperrung von Twitter rief beispielsweise Martin Sellner dazu auf, ihm auf Parler zu folgen.

Für organisierte Akteure fungieren hier die sog. Imageboards nicht selten als eine Art Rekrutierungsbecken, mit der Hassakteure Troll-Aktivist*innen auf bestimmte Inhalte in sozialen Medien aufmerksam machen. Da Akteure in ihnen aber rein anonym auftreten, ist eine Mobilisierung schwer nachzuvollziehen – für Nutzer*innen und Forschende gleichermaßen.

b. Neuere Entwicklungen in der Corona-Pandemie

Die Corona Pandemie beeinflusst das Agieren von Hassakteuren und verändert deren Erfolgsbedingungen. Indem das Thema Einwanderung im gesellschaftlichen Diskurs durch den Rückgang von Migrationsbewegung nach Zentraleuropa an Relevanz verloren hat, arbeiteten sich viele Hassakteure am Corona-Management der Bundesregierung ab. Allerdings war gerade die AfD als Sammelbecken der extremen Rechten zu Beginn unentschieden und vertrat teils diametral entgegengesetzte Positionen, weshalb sie ein uneinheitliches Bild nach außen vermittelte.

Mehr Anziehungskraft entfalten Verschwörungsideolog*innen, die mit eigenen Erklärungsmodellen Handlungsdruck auf regierungskritische Menschen ausüben. So lässt sich nachweisen, dass in der Corona-Krise etablierte Akteure der extremen Rechten in ihrer Gefolgschaft stagnierten, die häufig zunächst eine Politik der harten Hand gegen die Ausbreitung des Virus propagierten, wohingegen Hassakteure, die besonders viele Verschwörungsideologien verbreiteten, starken Zulauf erhielten – vor allem über den Messenger-Dienst Telegram. Besonders hervor stachen hier Verschwörungsideolog*innen wie Oliver Janich, Eva Herman und Attila Hildmann, die durch eine Aneinanderreihung von Verdächtigungen, Falschinformationen und Abstrusitäten Menschen über die Vermittlung eines emotionalen Ausnahmezustandes aktivierten. Immer wieder behaupteten sie beispielsweise, dass das Tragen von Masken und Impfungen schädlich oder unnütz seien und griffen dabei auch auf klassische antisemitische Sprachbilder zurück (Abbildung 1).

Abbildung 1: Von Oliver Janich verbreitete Grafik, gepostet am 10. August 2020

Der Telegram-Kanal der ehemaligen Tagesschau-Sprecherin Eva Herman wuchs von 24.319 Abonnent*innen am 18. März bis zum 13. Mai auf 106.744 an und gewann bis Anfang September 2020 noch einmal mehr als 30.000 weitere Abonnent*innen dazu (Abbildung 2). Oliver Janich, früher ebenso wie Herman als Journalist tätig, hat die Zahl seiner Abonnent*innen von Anfang Januar bis Anfang September 2020 mehr als verdreifacht. Mit dem Versprechen, alternative Wahrheiten zu erfahren, wurden Menschen schrittweise dazu animiert, sich von Fakten als Grundlage des verständigungsorientierten Austauschs zu verabschieden und sich klassischen Schwarz-Weiß-Mustern von Verschwörungsideologien anzuschließen.

Klassische rechtsextreme Akteure, beispielsweise die NPD, die Initiative *Ein Prozent* oder die *Identitäre Bewegung*, stagnierten auf einem vergleichsweise niedrigen Level. Das deutet darauf hin, dass sie von der Krise nicht profitieren konnten. Einzig der bereits erwähnte Martin Sellner verzeichnete nach der Löschung seiner letzten Social-Media-Kanäle im Sommer 2020 einen Anstieg auf Telegram. Für alle anderen Kanäle gilt: Auch frühere Sperrungen oder Löschungen sind nicht allein ausschlaggebend für ein erhöhtes Interesse. Die in Abbildung 2 gezeigten Kanäle waren in der Vergangenheit bereits von Deplatforming betroffen. Eine Ausnahme bildet Eva Herman, die als verschwörungsideologische Influencerin mit offen rassistischen Untertönen während der Pandemie einen erheblichen Zuwachs an Abonnent*innen verzeichnete.

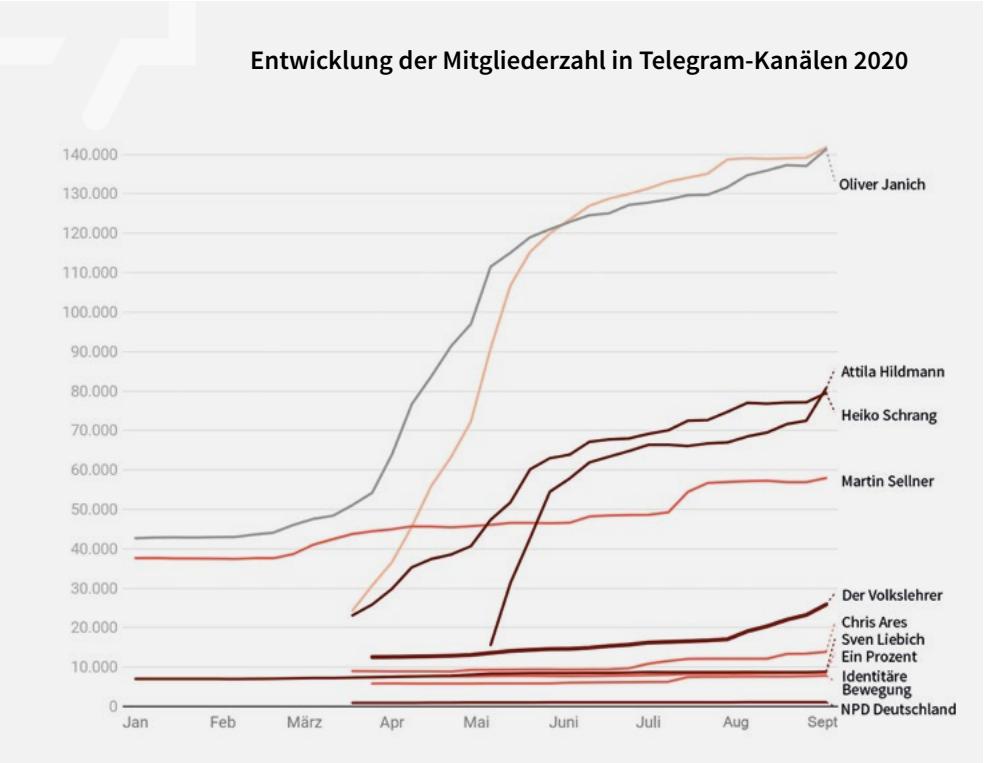


Abbildung 2: Entwicklung der Abonnent*innenzahl von Telegram-Kanälen zwischen Januar und September 2020

Eine Schlüsselrolle spielte die von den USA ausgehende Verschwörungsbewegung *QAnon*, die in Deutschland seine Anhänger*innen vor allem aus dem Milieu der sogenannten Reichsbürger*innen und Sourveränist*innen gewann. Auch US-Präsident Donald Trump verbreitete auf Twitter in der Vergangenheit wiederholt Tweets von Konten mit explizitem Bezug auf den *QAnon*. *QAnon* ist eine Art Super-Verschwörungsmythos, der verschiedene Erzählungen miteinander verbindet, um demokratische Strukturen zu delegitimieren. Hierzu gehören abstruse Vorstellungen, nach denen eine pädophile Elite ihren Einfluss über einen sogenannten *„tiefen Staat" (deep state)* ausübe, Regierungen ihre Bevölkerungen über Impfungen gefügig machen wollten und das ganze durch jüdischen Einfluss gelenkt werde. Trump gilt als Galionsfigur, um eine verloren geglaubte Souveränität wiederzuerlangen. Von Anhänger*innen dieser weithin virtuellen Bewegung ging wiederholt Gewalt aus. Das veranlasste das FBI bereits im August 2019 dazu, die Bewegung als Gefahr für die nationale Sicherheit einzustufen, von der Terrorismus ausgehen kann.[12]

Der Erfolg antisemitisch aufgeladener Verschwörungsnarrative hängt auch von den Verbreitungsmechanismen ab: Die Infodemie[13], durch die Fehlinformationen in Umlauf gebracht wurden, die sich während der ersten Welle der Pandemie besser verbreiteten als seriöse Informationen, wurde zunehmend unterbunden. Plattformen schalteten vermehrt Aufklärungsseiten und leiteten Nutzer*innen auf seriöse Inhalte um. Nach mehreren blockweisen Löschungen bei Facebook, Instagram und Twitter im Frühjahr und Sommer 2020 folgte YouTube im Oktober 2020 mit einem Vorstoß zur Löschung entsprechender Inhalte. Somit trat die Begrenzung der Reichweite oder Löschung von gefährlichen Falschinformationen in den Vordergrund, was eine Sperrung wegen Vergehen gegen die Gemeinschaftsstandards vereinfachte. Denn oft fiel es den Betreibern zuvor schwer, konkrete Anlässe für eine Sperrung zu isolieren.

Die (potenzielle) Löschung von Inhalten auf Mainstream-Plattformen steigerte die Bedeutung von Back-up-Kanälen auf Alternativplattformen, die im Fall von Telegram bald eine neue Prioritätensetzung auslöste. Mit Telegram als zentralem, unreguliertem Bewegungsmedium äußerten sich Ressentiments offener als über Mainstream-Plattformen. Das wird auch mit präventiven Maßnahmen gegen Deplatforming begründet. Da beispielsweise Facebook fragwürdige Inhalte während der Pandemie algorithmisch abwertete, war dort für viele (rechtsextreme) Corona-Leugner*innen kein Wachstum zu erwarten. Es gehört allerdings zur paradoxen Natur des Sachverhalts, dass Akteure wie der AfD-nahe *Deutschlandkurier* wiederum Werbung auf Facebook schalten durften, welche die Verbannung von ‚kritischen' Menschen von Facebook monierte (Abbildung 3). Schließlich fühlen sich viele Anhänger*innen von Verschwörungserzählungen gar noch in ihrer Auffassung bestärkt, wenn sie wegen ihrer vermeintlichen Meinung ihre Präsenzen auf Plattformen verlieren.

[12] https://www.telegraph.co.uk/technology/2019/08/02/online-conspiracy-theories-like-*QAnon*-pizzagate-domestic-terrorism/.

[13] Mit dem Begriff Infodemie bezeichnete unter anderem die WHO die epidemische Verbreitung von Falschinformationen mit Bezug auf den Corona-Virus.

Abbildung 3: Werbeanzeigen des Deutschland-Kuriers auf Facebook

Muster und Verläufe des Deplatformings

Aus dem ermittelten Fallkorpus haben wir für eine Feinanalyse aussagekräftige Fallbeispiele ausgewählt, an denen wir die Muster des Deplatformings genauer untersuchen. Um Aussagen über Ursachen, Prozesse und Folgen des Deplatformings von Hassakteuren treffen zu können, muss das Handeln von Plattformbetreibern mit dem der betroffenen Gruppen in Zusammenhang gebracht werden. Auffällig ist beim Deplatforming, dass es häufig in Wellen vollzogen wird. Das heißt, dass selten ein politisch relevanter Account allein gelöscht wird und sich zudem das Verhalten der Plattformen angleicht. Zumindest geraten Betreiber in Erklärungsnot, wenn sie politischen Akteuren weiterhin eine Bühne geben, während andere diese Akteure als schädlich identifiziert haben.

Das übertragbare Verhalten von Betreibern deutet jedenfalls an, dass Entscheidungen immer mehr von der Konkurrenz abhängig sind und es Absprachen zur Koordination eines gemeinsamen Vorgehens gibt. Dieses wird nicht selten durch staatliche Regulierung – oder deren Androhung – forciert. Gerade mit dem *Global Internet Forum to Counter Terrorism (GIFCT)* wurde ein Forum geschaffen, um „gewaltsame Extremisten daran zu hindern, digitale Plattformen auszunutzen“[14]. Neben der ständigen Ausweitung einer Hash-Datenbank, die terroristische Inhalte am Upload auf die Plattformen hindert, nimmt es auch Graubereiche in den Blick, da terroristische Aktivitäten zumeist nicht als solche ersichtlich sind und unter anderer Flagge auftreten. Während es also bei eindeutig gewaltsamen und terroristischen Inhalten kaum eine Debatte über deren Löschung gibt, gestaltet sich das Vorgehen bei legalen Organisationen und stark sichtbaren Aktivist*innen weitaus schwieriger – zumal eine ganze Reihe von Akteuren sich in der Grauzone zwischen legaler und illegaler Rede bewegt und diese Grenzen bewusst ausreizt.

a. Eine unvollständige Chronik des Deplatformings

Die Bundesrepublik steht international besonders im Fokus in der Bekämpfung von digitalen Hassdynamiken. Dies hängt zum einen mit der eindeutigen Gesetzeslage zusammen, welche die Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole strafrechtlich unterbindet: Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz nimmt international eine Vorreiterrolle ein, da es die Plattformbetreiber zur Umsetzung nationaler Rechtsprechung verpflichtet . Zum anderen liegt es an der Bedeutung sozialer Netzwerke für die jüngste Formierung rechter Gewaltakteure, die in Deutschland im internationalen Vergleich besonders oft zugeschlagen haben (Bjorgo/Ravndal 2019).

[14] https://gifct.org/about/.

Auf Grundlage unseres Mappings und kombiniert mit einer Primär- und Sekundäranalyse von rechtsextremen Quellen und Medienberichten haben wir Hassakteure identifiziert, die seit 2014 zeitweilige, dauerhafte und/oder wiederholte Sperrungen ihrer Konten auf relevanten Plattformen hinnehmen mussten. Einigen von ihnen wurden mehrfach Löschungen zuteil. Viele Sperrungen und Löschungen bleiben aber ob der intransparenten Datenlage schwer nachvollziehbar oder erfüllen nicht die Relevanzkriterien (vgl. Kapitel 3a). Die Plattformbetreiber geben zwar an, wie viele Posts sie löschen. Sie stellen aber keine Informationen darüber bereit, wie viele Hassakteure sie auf welcher Grundlage gesperrt haben. Nichtsdestotrotz lassen sich an der folgenden Aufzählung Tendenzen ablesen. Uns interessierte, welche Spektren der extremen Rechten besonders betroffen waren.

Hierfür unterteilten wir das Spektrum der ausgewählten Hassakteure in vier Kategorien: Neonazis, Identitäre, Rechtspopulist*innen und Verschwörungsideolog*innen. Diese Kategorien sind notwendigerweise idealtypisch, da ihre Akteure bewusst spektrenübergreifend agieren und mobilisieren. Allerdings hilft es, im heterogenen Spektrum zu differenzieren und primäre Orientierungen festzulegen, um allgemeinere Entwicklungen des Deplatformings besser bewerten zu können. Wir unterscheiden daher zwischen Neonazis, die ihre politische Vision am historischen Nationalsozialismus orientieren und die den Holocaust leugnen oder glorifizieren; Identitäre, die sich als Bewegung gegen den Islam und die Globalisierung hauptsächlich über soziale Medien inszenieren; Rechtspopulist*innen, die wir als Sammelbegriff für nativistische und rassistische Gruppierungen und Individuen verstehen, die über einen Antagonismus von Volk und Elite und nach außen hin im Namen von Demokratie und Grundgesetz mobilisieren; und Verschwörungsideolog*innen, die ihr politisches Handeln auf eine vermeintlich tiefere Erkenntnis von Wahrheit gründen und esoterische Weltanschauungen vertreten, die antisemitisch und/oder rassistisch informiert sind. Wie bereits angedeutet, sind diese Kategorien nicht exklusiv zu denken. Die primäre Zuschreibung geschieht sukzessiv in der Reihenfolge der genannten Akteursgruppen.

Gleichsam halten wir es für hilfreich, zu unterscheiden, welche Organisationsform vom Deplatforming betroffen ist. Das ausgewählte Spektrum ist zu differenzieren in Parteien, Bewegungen und Subkultur. Wir addieren zudem noch Influencer*innen und Alternativmedien, welche sich in der jüngeren Zeit als einflussreiche Akteure etabliert haben. Rechtsextreme Influencer*innen sind Akteure, die ohne feste organisatorische Basis agieren und sich „die Techniken von [kommerziellen] Influencern zu eigen machen, um ein Publikum aufzubauen und ihm eine rechtsextreme Ideologie zu ‚verkaufen'" (Lewis 2018: 4). Ihr zentrales Mittel ist, das eigene Leben über soziale Medien erlebbar zu machen und so über ihre eigene Persönlichkeit gerade jungen Menschen niedrigschwellige Zugänge zu rechtsextremen Weltbildern zu ermöglichen (Fielitz 2020a: 243). Rechte Alternativmedien hingegen zeichnen sich durch ein Weltbild aus, das politische Berichterstattung als ein zentrales Vehikel für gesellschaftlichen Wandel darstellt (Holt 2020). Die im Kontrast zur „Lügenpresse" inszenierte Form des Medienaktivismus wertet das politische Zeitgeschehen zuallererst nach dem politischen Gehalt der Nachricht und propagiert eine Weltsicht, die demokratische Grundsätze delegitimiert.

Tabelle 2

Deplatforming-Vorgänge im zeitlichen Verlauf[15]

	Datum der Löschung	Plattform	Hassakteur	Organisations-form	Ideologie
1	09/14	Facebook	Der III. Weg	Partei	neonazistisch
2	01/16	Facebook	Die Rechte	Partei	neonazistisch
3	02/16, 05/17	Twitter	Kolja Bonke	Influencer	rechtspopulistisch
4	02/16	*Facebook*	*Sven Liebich / Halle Leaks*	*Influencer*	*neonazistisch*
5	*07/16*	*Facebook*	*Pegida*	*Bewegung*	*rechtspopulistisch*
6	*05/17*	*Facebook*	*Jürgen Elsässer*	*Influencer*	*rechtspopulistisch*
7	02/18	Discord	Reconquista Germanica	Subkultur	neonazistisch
8	05/18	Facebook, Instagram	Identitäre Bewegung	Bewegung	identitär
9	*07/18, 08/18*	*Facebook, Instagram*	*Chris Ares*	*Influencer*	*identitär*
10	*11/18*	*Facebook*	*NPD Sachsen*	*Partei*	*neonazistisch*
11	07/19	YouTube	Der Volkslehrer	Influencer	neonazistisch
12	*07/19*	*YouTube*	*NuoViso*	*Alternativmedien*	*verschwörungs-ideologisch*
13	07/19	Facebook	Epoch Times Deutschland	Alternativmedien	verschwörungs-ideologisch
14	08/19	Facebook, Instagram	Laut Gedacht	Alternativmedien	identitär
15	*08/19*	*YouTube*	*Neverforgetniki*	*Influencer*	*rechtspopulistisch*
16	08/19	Facebook, Instagram	Ein Prozent	Bewegung	identitär
17	08/19	YouTube	Martin Sellner	Influencer	identitär
18	10/19	Facebook	Tommy Frenck	Influencer	neonazistisch
19	10/19	Facebook	Info-DIREKT	Alternativmedien	rechtspopulistisch
20	*12/19*	*YouTube*	*UNBLOGD*	*Influencer*	*identitär*
21	*12/19*	*YouTube*	*Oliver Flesch*	*Influencer*	*rechtspopulistisch*
22	05/20	Facebook, Instagram	Attila Hildmann	Influencer	verschwörungs-ideologisch
23	05/20	Facebook	QAnon	Bewegung	verschwörungsi-deologisch
24	07/20	Amazon, Spotify, iTunes	Chris Ares	Subkultur	identitär
25	07/20	Twitter	Identitäre Bewegung	Bewegung	identitär
26	07/20	YouTube	Martin Sellner	Influencer	identitär
27	07/20	Twitter	QAnon	Bewegung	verschwörungs-ideologisch
28	08/20	Facebook, Instagram	QAnon	Bewegung	verschwörungs-ideologisch
29	08/20	YouTube	Chris Ares	Influencer	identitär
30	08/20	Facebook, Instagram	Compact	Alternativmedien	rechtspopulistisch
31	10/20	YouTube, Etsy	QAnon	Bewegung	verschwörungs-ideologisch

[15] Kursiv sind hier die Akteure, die nicht dauerhaft gesperrt wurden. Stand: Oktober 2020.

An der Verteilung der Fälle (siehe Tabelle 2) lässt sich bereits ablesen, dass wir es mit verschiedenen Wellen des Deplatformings zu tun haben, deren Schlagzahlen sich ab Sommer 2019 häuften und schließlich im Sommer 2020 eine besondere Konzentrierung erfuhren. Auffällig ist, dass anfangs besonders neonazistische Akteure von den Löschungen betroffen waren, während in der Gesamtzahl dann identitäre Aktivist*innen und Gruppen mehrheitlich von den Plattformen entfernt wurden. Diese Verteilung spiegelt bei Weitem nicht die Kräfteverhältnisse in der extremen Rechten wider, da identitäre Gruppen spätestens seit dem Anschlag in Christchurch 2019 auf dem Rückzug sind. Sie sind besonders betroffen, weil sie online als Ankerpunkte fungieren und lose Gruppierungen um sich sammeln. Im Sinne des Deplatformings bilden die Profile der *Identitären Bewegung* und ihrer Mitglieder organisatorische Knotenpunkte, deren Sperrung – und in den meisten Fällen auch Löschungen – Verbreitungsdynamiken effektiv eingrenzen. Ohne die Anlaufpunkte der reichweitenstarken Accounts geht folglich eine zentrale Ressource zur Vernetzung im rechten Spektrum verloren.

So ist auch zu erklären, dass viele identitäre Aktivist*innen es bevorzugen, sich als Privatpersonen und Influencer*in darzustellen, um repressiven Akten der Plattformen weniger Angriffsfläche zu bieten – was sie allerdings nicht vor einer Sperrung oder Löschung schützt. Denn eine Vielzahl der identifizierten gesperrten oder gelöschten Hassakteure umfasst rechtsextreme Influencer*innen. Das fügt dem Deplatforming eine ökonomische Ebene hinzu, da viele der Influencer*innen von der direkten oder indirekten Monetarisierung über ihre Social-Media-Konten abhängig sind, während ihr Politikmodell ohne die Aufmerksamkeitsökonomie in sozialen Medien nicht funktioniert. Sie werden somit Opfer ihres eigenen Erfolgs: Denn ohne die große Aufmerksamkeit würden sie wohl nicht so schnell auf das Radar der Plattformen kommen. Da Formate wie YouTube Video-Content-Creator*innen dazu drängen, immer radikalere Inhalte zu posten, um die Aufmerksamkeit in der eigenen Community und in wachsender Konkurrenz zu gleichgesinnten Angeboten aufrechtzuerhalten, stehen rechtsextreme Influencer*innen vor dem Dilemma, durch zu extreme Äußerungen die Plattform oder durch zu moderate Inhalte die Gefolgschaft zu verlieren. Die eigenen kommerziellen Interessen haben dabei durchaus Vorrang vor der politischen Arbeit.

Dies trifft allerdings weniger auf die organisierteren Akteure zu. Schauen wir genauer auf die Fälle, dann fällt auf, dass sich die Muster je nach politischer Organisierung und Ausrichtung unterscheiden.

Parteien: Die Rechte, NPD, Der Dritte Weg

Die relevantesten politischen Parteien rechts der AfD sind alle von temporärem Deplatforming (NPD) und der permanenten Löschung (*Die Rechte* und *Der Dritte Weg*) betroffen gewesen. Mehrere Facebook-Accounts der rechtsextremen Partei *Die Rechte* wurden bereits im Januar 2016 zeitgleich gesperrt. Betroffen waren damals neben der Facebook-Seite des Bundesverbandes auch die Verbände aus Sachsen und Bayern. Einige Kreisverbände wurden jedoch auf der Plattform belassen. Inzwischen unterhält die Partei keine Facebook-Seiten mehr. Auf Twitter ist sie zwar vertreten, postet aber nur unregelmäßig, kündigte dort aber immer wieder das Anlegen neuer Facebook-Seiten an. Ein letzter öffentlich kommunizierter Versuch wurde im Januar 2019 unternommen.

Die damals angelegten Facebook-Seiten für den Bundesverband sowie für zwei Kreisverbände sind inzwischen wieder verschwunden. Die eigene Website wird hingegen regelmäßig mit neuen Inhalten befüllt. Auch auf Telegram ist die Partei mit mehreren Kanälen vertreten, von denen aber keiner mehr als 2.000 Abonnent*innen verzeichnet.

Die Facebook-Seiten der rechtsextremen Kleinpartei Der Dritte Weg wurden in der Vergangenheit wiederholt gesperrt, darunter die Seite des Bundesverbandes im Januar 2019. Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Mai 2019 musste die Facebook-Seite der Partei kurz vor der Europawahl wieder freigegeben werden. Allerdings galt das nur zeitlich begrenzt, nämlich bis zum Vorliegen des amtlichen Endergebnisses der Wahl. Seinen Eilbeschluss und damit eine vorläufige Entscheidung begründete das Gericht mit einer Abwägung möglicher Folgen einer späteren Entscheidung:

Die Folgen, die einträten, wenn der Antragstellerin eine Nutzung ihres Internetangebots auf Facebook versagt bliebe, sich später aber herausstellte, dass die Antragsgegnerin des Ausgangsverfahrens zur Wiedereröffnung des Zugangs hätte verpflichtet werden müssen, wiegen erheblich schwerer als die Folgen, die entstünden, wenn die Antragsgegnerin des Ausgangsverfahrens einstweilig zur Wiederherstellung des Zugangs verpflichtet würde, sich später aber herausstellte, dass die Sperrung beziehungsweise Zugangsverweigerung zu Recht erfolgt war.[16]

Zuvor hatte bereits die sächsische NPD im Januar 2019 einen Erfolg vor Gericht erstritten, nachdem ihre Facebook-Seite 2018 gesperrt wurde. Das Urteil nahm *Die Rechte* zum Anlass, um neue Facebook-Seiten anzulegen. Im Falle erneuter Sperrungen kündigte die Partei rechtliche Schritte an: „Selbstverständlich werden wir, wenn Facebook unser neues Profil auch wieder löschen sollte, uns gezwungen sehen, als politische Partei entsprechend eine Klage gegen Facebook einzureichen."[17] Diese Ankündigung ist offenbar trotz der erneuten Sperrung ausgeblieben. Nach ihrem Sieg vor Gericht bezeichnete der sächsische NPD-Landesverband die Sperrung durch Facebook als „willkürlich"[18]. Das Gericht begründete die Entscheidung damit, dass Facebook die Partei zunächst laut der eigenen Richtlinien hätte abmahnen müssen, bevor eine Sperrung erfolgen könne.[19] Der Jugendverband der NPD, die *Jungen Nationalisten* (JN), war ebenso mehrfach von Sperrungen bei Facebook betroffen und ist inzwischen nicht mehr dort vertreten. Noch immer verfügt die NPD auf Facebook über eine große Reichweite und die Seite des Bundesverbandes hat mehr Likes als die der FDP. Im Untersuchungszeitraum zwischen Januar 2020 und September 2020 hat allerdings keine der Parteien mehr Likes verloren als die NPD (Abbildung 4), die ein Minus von 6.500 Likes aufweist. Mit einigem Abstand folgt dann die FDP mit einem Verlust von 2.700 Likes und DIE LINKE mit einem Minus von 1.400 Likes.

[16] https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2019/05/qk20190522_1bvq004219.html.

[17] https://die-rechte.net/allgemein/auf-ein-neues-wir-sind-wieder-bei-facebook-vertreten/.

[18] https://www.facebook.com/npdsachsen/posts/1913756598723163.

[19] http://web.archive.org/web/20190203000129/https://www.mdr.de/sachsen/dresden/urteil-prozess-npd-facebook-100.html.

Kombiniertes Wachstum von Like-Raten auf Facebook
01.01.2020 – 30.09.2020

	Likes insgesamt	Wachstum	Wachstumsrate
	1,85M	+22.0K	+0.60 %

NAME	TOTAL	WACHSTUM	WACHSTUMSRATE
AfD	502.8K	+17.3K	+3.57 %
DIE LINKE	552.1K	-1.4K	-0.566 %
CSU Christlich-Soziale Union in Bayern e. V.	216.7K	+8.9K	+4.26 %
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	200.0K	+1.7K	+0.85 %
SPD	191.7K	-261	-0.136 %
CDU	191.5K	+5.0K	+2.69K
NPD – Nationaldemokratische Partei Deutschlands	153.2K	-6.5K	-4.063 %
FDP	146.7K	-2.7K	-1.821 %

Abbildung 4: Gesamtzahl der Likes der im Bundestag vertretenen Parteien und der NPD auf Facebook im Vergleich im Zeitraum von Anfang Januar bis Ende September 2020 | **Quelle: CrowdTangle**

Identitäre: Ein Prozent, Martin Sellner und Chris Ares

Der Verein *Ein Prozent*, der als rechtes „Bürgernetzwerk" auftritt und verschiedene rechtsextreme Akteure unterstützt,[20] wurde im August 2019 auf Facebook und Instagram gesperrt. Seitdem sind mehrere Versuche, auf gerichtlichem Weg eine Entsperrung der Seiten zu erzwingen, gescheitert. Im November 2019 urteilte das Landgericht Görlitz zunächst, dass die Sperrung durch die Plattform rechtmäßig gewesen sei. Im Juni 2020 bestätigte das Oberlandesgericht Dresden diese Entscheidung mit der Begründung, dass der Verein Facebooks Definition einer Hassorganisation entspreche.[21] Philip Stein, Vorsitzender des Vereins, kündigte im Anschluss an die Urteilsverkündung in einem Video auf YouTube weitere rechtliche Schritte gegen die Sperrung an: „Wir werden dieses Urteil nicht hinnehmen. Wir werden weiter dagegen vorgehen. Und sie können sich ganz klar sein, dass dies nicht der letzte Akt gewesen ist."[22] Bis Mitte Oktober 2020 wurde allerdings nicht konkretisiert, wie das weitere Vorgehen sich gestalten soll.

[20] *Ein Prozent* tritt als Sponsor für den Podcast *GibMaKaffee* des Leipziger Identitären Alexander „Malenki" Kleine auf. Auch das inzwischen aufgelöste Hausprojekt der *Identitären Bewegung* in Halle gab das Spendenkonto von *Ein Prozent* an. Das „Alternativmedium" InfoDirekt aus Österreich gibt den Verein auf der eigenen Website ebenso als Spendenadresse an.

[21] https://www.mdr.de/sachsen/bautzen/goerlitz-weisswasser-zittau/urteil-sperrung-ein-prozent-facebook-instagram-100.html.

[22] https://www.youtube.com/watch?v=vb6DogKvN9M.

Die *Identitäre Bewegung* (*IB*) und zu ihr zählende Aktivist*innen erlebten Deplatformings teilweise mit einem Abstand von mehreren Jahren. Zunächst wurde ein Teil ihrer Konten im Mai 2018 auf Facebook und Instagram gesperrt. Als Reaktion auf die Sperrungen verbreitete die Organisation eine Grafik, über die ihre Anhänger*innen dazu aufgerufen wurden, die Inhalte der *IB* selbst zu verbreiten sowie mögliche rechtliche Schritte finanziell zu unterstützen (Abbildung 5). Im August 2019 wurde dann der YouTube-Kanal Martin Sellners gesperrt, um etwa 24 Stunden darauf wieder entsperrt zu werden. Eine Erklärung seitens YouTube gab es in Bezug auf die Entsperrung damals nicht. Die Sperrung war zuvor mit Verstößen gegen die Community-Richtlinien begründet worden. In einem Screenshot auf Sellners Website ist in der Mitteilung von YouTube an Sellner zu lesen, dass es um die Richtlinien zum Hass auf Einzelne und Gruppen sowie „Inhalte, in denen Gewalt gegen Einzelne oder Gruppen verherrlicht oder dazu aufgerufen wird“ ging.[23]

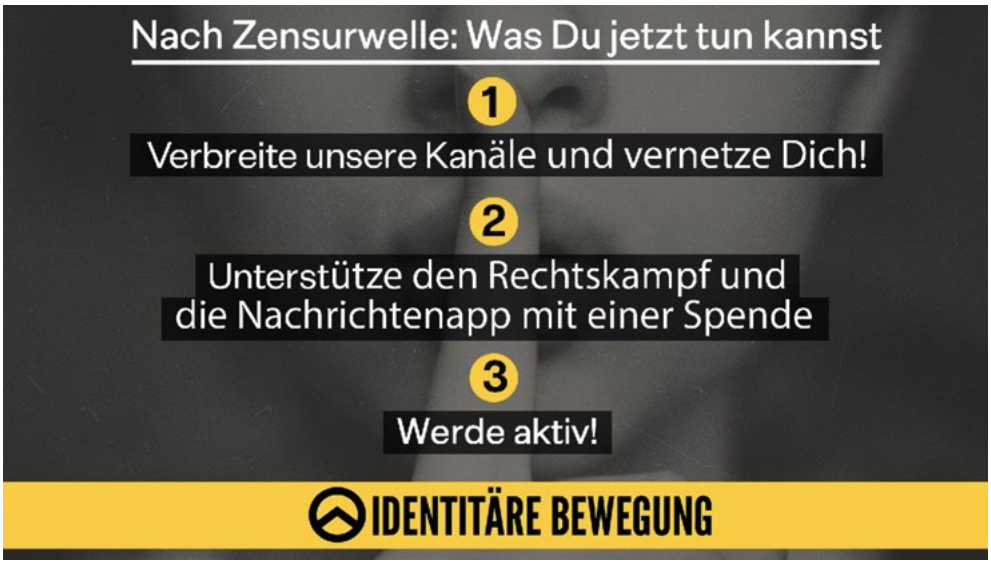


Abbildung 5: Anleitung zur Reaktion auf Facebook-Sperrungen | **Quelle: Identitäre Bewegung Deutschland auf Telegram**

Im Juli 2020 war die rechtsextreme Hassgruppe erneut von einer Welle von Sperrungen betroffen: auf Twitter (10.07.2020), YouTube (15.07.2020) und TikTok (16.07.2020). Auch Martin Sellners Webhoster kündigte seine Dienstleistung auf. Sellners Website musste bei einem neuen Betreiber unterkommen. Seitdem weicht die Gruppe vermehrt auf Alternativplattformen aus – allerdings findet die Öffentlichkeitsarbeit der Rechtsextremen dadurch vor deutlich kleinerem Publikum statt. Nachdem allein Martin Sellner auf YouTube und Twitter noch im Juli 2020 etwa 180.000 Follower*innen[24] erreichte, ist das Publikum nun deutlich geschrumpft. Den rund 144.000 Abonnent*innen auf Sellners gesperrtem YouTube-Kanal stehen etwa 16.900 Abonnent*innen auf der alternativen Videoplattform BitChute und 6.300 Abonnent*innen auf der Streaming-Plattform DLive gegenüber.

[23] https://martin-sellner.at/2019/08/29/pressemeldung-die-wiederherstellung-meines-kanals/.

[24] http://web.archive.org/web/20200610040924/https://twitter.com/martin_sellnerhttp://web.archive.org/web/20200628030712if_/https://www.youtube.com/channel/UCZ8uFo1RKSgEg-od3Yu10Pw.

Obwohl die Bedeutung solcher Alternativplattformen im Kontext der Corona-Krise gestiegen ist, fällt es deutlich schwerer, unbedarfte Nutzer*innen mit ihren Inhalten anzusprechen und Aufmerksamkeit in den Medien zu erhalten. Somit entfallen zentrale Mobilisierungsressourcen und lassen die Gruppierung (weiter) in der Bedeutungslosigkeit versinken. Es lässt sich konstatieren: Ohne Resonanzräume über soziale Medien und deren Vernetzungsfunktion sind rechtsextreme Akteure weitgehend unsichtbar im öffentlichen Diskurs – und daher deutlich einflussloser.

Das Vorgehen der Plattformen wirkt allerdings eher inkonsequent: Zwar hat die *IB* einige ihrer einflussreichsten Social-Media-Konten eingebüßt, vertreten ist sie auf den Mainstream-Plattformen aber weiterhin, beispielsweise über Konten des sächsischen Identitären Alexander „Malenki" Kleine auf Twitter und YouTube oder über den YouTube-Kanal der *Identitären Bewegung Deutschland*. Außerdem legen die Aktivist*innen neue Konten für neue Projekte an, beispielsweise für Kleines Podcast *GibMaKaffee*. Auch der identitäre Rapper Chris Ares war im Sommer 2020 von Sperrungen betroffen: Amazon und Spotify nahmen seine Musik aus dem Angebot, sein YouTube-Kanal sowie der anschließend angelegte YouTube-Kanal seines Musiklabels *NDS* wurden gesperrt. Gleichwohl war er bis zu seinem öffentlichen Abschied von Musikgeschäft und Aktivismus am 25. September 2020 weiter auf Massenplattformen (Twitter und Instagram) vertreten.

Alternativmedien: NuoViso und Compact

Auch sogenannte Alternativmedien sind hin und wieder von Sperrungen betroffen. Diese Form des digitalen Medienaktivismus versteht soziale Medien als zentrales Schlachtfeld für eine politische Wende und zieht seine Stärke gerade aus dem Faktum, dass sie sich zumindest vordergründig keiner politischen Kraft zuordnen. Jüngst lässt sich allerdings erkennen, wie die AfD sich schützend vor dieses Spektrum stellt und bekannte Influencer*innen sich zunehmend in den Dienst der Partei stellen. Beispielsweise loten Youtuber*innen sowie Autor*innen und Produzent*innen der sogenannten Alternativmedien Kooperationsmöglichlichkeiten aus: Abgeordnete der AfD bekommen etwa „Kolumnen" auf einschlägigen Portalen wie *PI-News* und im Oktober 2020 traf man sich gemeinsam im Bundestag zur zweiten „Konferenz der Freien Medien" auf Einladung der AfD im Bundestag.

Das Leipziger Portal *NuoViso*, das sich unter anderem auf die Verbreitung von Verschwörungsideologien spezialisiert hat, wurde im Juli 2019 auf YouTube gesperrt. Es folgte eine Welle der Solidarität, beispielsweise vom russisch beeinflussten Internetsender *RT Deutsch*, der einen der Köpfe des Projekts interviewte. *NuoViso* rief zudem zu Spenden auf und bewarb noch am selben Tag einen neuen Kanal auf YouTube. Der alte Kanal ist inzwischen wieder online und wurde von YouTube verifiziert. Der Kanal hat mehr als 220.000 Abonnent*innen und umfasst Videos zu Impfgegnerschaft, Geschichtsrevisionismus und Desinformation zur Corona-Pandemie.

Das *Compact Magazin* rund um Chefredakteur Jürgen Elsässer betätigt sich wie *NuoViso* in der Verbreitung von falschen oder zurechtgebogenen Fakten zur Pandemie. Seit 2020 wird die Publikation vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall geführt. Am 29. August 2020, einen Tag vor der zweiten Demonstration von Corona-Leugner*innen und Rechtsextremen in Berlin, wurde die Facebook-Seite des Magazins gesperrt. Am Vorabend zeigte sich Elsässer in Begleitung des Identitären-Chefs Martin Sellner auf einer Veranstaltung der Demonstrant*innen.[25] Elsässer schildert auf der Website von *Compact* immer wieder auch Sperrungen seines Facebook-Kontos sowie Konten anderer Autor*innen. Im Herbst 2019 beklagte er in einem Artikel, man habe von Facebook eine letzte Warnung erhalten und eine Sperrung stünde kurz bevor. Bereits damals rief er auf der Website des Magazins dazu auf, dem Telegram-Channel des Magazins zu folgen. Seit der Sperrung ruft Elsässer auf den verbliebenen Kanälen zu Spenden auf, um unter anderem gerichtlich gegen die Sperrung vorgehen zu können. Zudem war die Website im September 2020 immer wieder von Ausfällen betroffen. Elsässer gab zu Protokoll: „Wir haben zwar einen alternativen Verbreitungskanal via Telegram […] inzwischen aufgebaut, allerdings wird unsere Reichweite gerade an diesem wichtigen Wochenende durch den Wegfall von Facebook und Instagram empfindlich gestört.“[26]

Mischszenen: QAnon-Löschungen

Auch die bereits erwähnte Verschwörungsbewegung *QAnon* verlor zentrale Plattformen. Zunächst löschte Facebook im Mai eine Handvoll Facebook-Seiten und einige Accounts und Gruppen wegen Hinweisen auf ein koordiniertes Vorgehen in der Verbreitung der Inhalte. Laut Unternehmen handelte es sich um 5 Facebook-Seiten, 20 Accounts sowie 6 Gruppen, die insgesamt mehr als 133.000 Follower*innen und mehr als 30.000 Gruppen-Mitglieder erreichten[27]. Im Juli 2020 entfernte zunächst Twitter mehr als 7.000 Konten im Zusammenhang mit *QAnon* und veränderte zudem den Empfehlungsalgorithmus, um *QAnon*-Inhalte und -Konten aus der Suche und den Trending Topics fernzuhalten.[28] Zudem dürfen Websites mit einschlägigen Inhalten nicht mehr verlinkt werden. In einem Statement auf Twitter begründete das Unternehmen die Entscheidung mit der Gefährlichkeit der Bewegung: „We've been clear that we will take strong enforcement action on behavior that has the potential to lead to offline harm. In line with this approach, this week we are taking further action on so-called 'QAnon' activity across the service.“[29]

[25] Der Standard (31.08.2020): Warum Sellner und Co von Youtube und Facebook gesperrt werden: https://www.derstandard.de/story/2000119682348/warum-sellner-und-co-von-youtube-und-facebook-gesperrt-werden.

[26] Compact (29.08.2020): Skandal: Facebook löscht COMPACT-Account kurz vor Start der Querdenker-Demo: https://www.compact-online.de/skandal-facebook-loescht-compact-account-kurz-vor-start-der-querdenker-demo/.

[27] https://about.fb.com/wp-content/uploads/2020/05/April-2020-CIB-Report.pdf.

[28] In den Trending Topics bildet Twitter Themen ab, die von der Plattform als relevant eingestuft werden. Etwa, weil innerhalb kurzer Zeit viele Nutzer*innen Beiträge zu einem konkreten Thema posten.

[29] https://twitter.com/TwitterSafety/status/1285726277719199746.

Im August 2020 sperrte wiederum Facebook zahlreiche Gruppen und Seiten, aber auch Hashtags auf Facebook und Instagram. Laut Erhebungen der New York Times war die Aktivität in einigen der Gruppen während der Pandemie um 200 bis 300% gewachsen[30]. Auch 1.500 Werbeanzeigen waren von der Sperrung betroffen. Gemäß Auskunft des Unternehmens wurden im ersten Monat nach dem Strategiewechsel im Umgang mit *QAnon* auf den Plattformen im August 1.500 Gruppen gelöscht.[31] Im Oktober folgte der Online-Handel Etsy mit Sperrungen von *QAnon*-Produkten. Schließlich zog YouTube am 15. Oktober nach und kündigte entsprechende Sperrungen an.[32] Drei Tage später waren zumindest noch einige deutschsprachige YouTube-Kanäle online, die zur Szene der *QAnon*-Anhänger*innen gezählt werden können. Auf das Wachstum des größten deutschsprachigen *QAnon*-Kanals auf Telegram hatten die Sperrungen keine auffälligen Auswirkungen. Die Zahl der Abonnent*innen stieg dort seit März ohnehin erheblich. Mittlerweile hat sich das Wachstum dort allerdings etwas verlangsamt und war zeitweise etwas rückläufig (Abbildung 6).

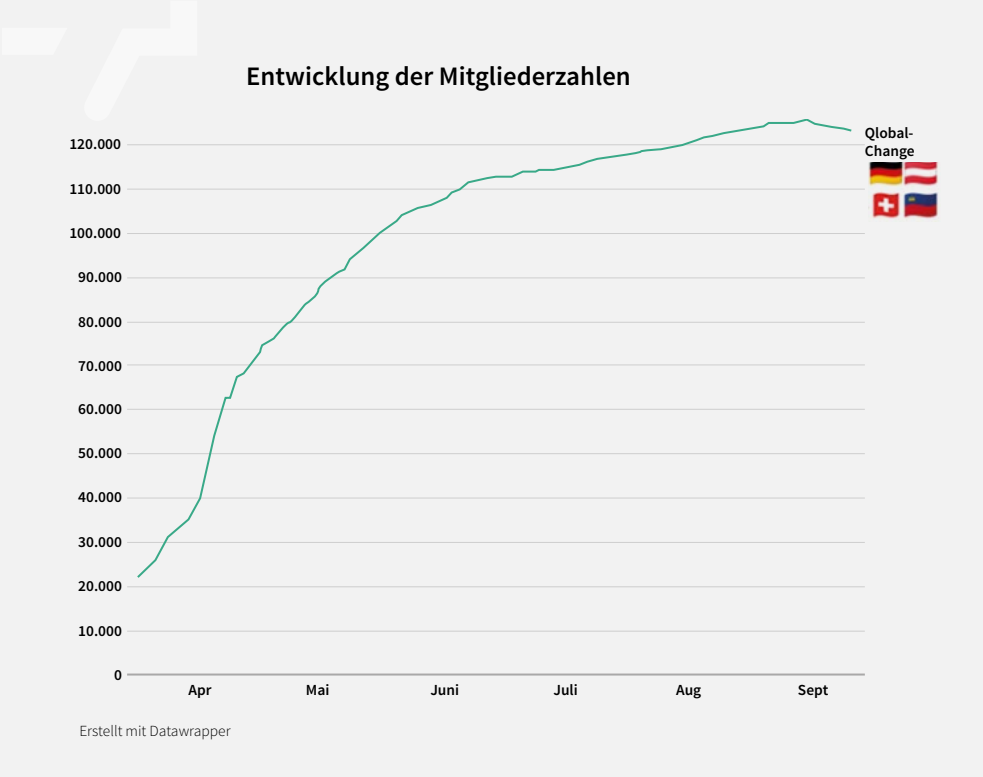


Abbildung 6: Entwicklung der Mitgliederzahlen des größten deutschsprachigen *QAnon*-Kanals auf Telegram im Jahr 2020

[30] https://www.nytimes.com/2020/08/19/technology/facebook-*QAnon*-groups-takedown.html.

[31] https://about.fb.com/news/2020/08/addressing-movements-and-organizations-tied-to-violence/.

[32] https://blog.youtube/news-and-events/harmful-conspiracy-theories-youtube.

b. Der Deplatforming-Diskurs als Mobilisierungsthema der extremen Rechten

Rechtsextreme Akteure haben es traditionell schwer, ihre Positionen mit einem breiten Publikum zu teilen. Mit ihrer Frontstellung gegen die liberale Demokratie und ihren unverhohlenen Angriffen auf die offene Gesellschaft manövrieren sie sich selbst an den Rand des politischen Spektrums. Und tatsächlich konnten sie erst durch den massiven Einsatz sozialer Medien und den darüber forcierten Aufbau von Alternativmedien so direkt wie nie zuvor mit einer großen Anzahl an Menschen in Kontakt treten und ihre Narrative weit über ihr eigenes Milieu hinaus verbreiten. Mit der Löschung der eigenen Konten sind allerdings nicht nur Kanäle der politischen Meinungsbildung verschlossen. Damit verbunden sind auch ökonomische Nachteile für Gruppen und Individuen, die auf die Monetarisierung ihrer Online-Aktivitäten, den Verkauf von Merchandise oder Spendensammlungen angewiesen sind. Es überrascht daher nicht, dass sich die Einschränkung des Zugangs zu sozialen Medien zu einem Thema unter Hassakteuren entwickelt hat, das eine Solidarisierung und somit den Zusammenhalt der extremen Rechten mit Bezug auf ein gemeinsames Feindbild stärkt.

Die rechtsextreme Kampfansage an das Deplatforming fügt sich in einen breiteren Diskurstopos über freie Rede, „politische Korrektheit“ und die Ablehnung der etablierten Medien ein (Sparrow 2018) und vermischt sich mit Verschwörungsnarrativen, wonach die Plattformbetreiber der verlängerte Arm politischer Eliten seien (Hope not Hate 2020). In diesem Kontext wurden die Entscheidungen zum Deplatforming oft politisiert und spektrenübergreifend zu einem Kampagnenthema auserkoren, um sich als Verteidiger*innen der Redefreiheit zu stilisieren und die gegenwärtige Situation als „Meinungsdiktatur“ zu kontrastieren.

Der Aufbau solch antagonistischer Szenarien ist bei Weitem nicht neu: So gehen Rechtsextreme seit jeher davon aus, dass ihre politischen Inhalte verboten oder unterdrückt werden, um dem Volk eine tiefere Wahrheit zu verheimlichen. Gleichsam hat sich die Opferstilisierung zu einem Markenzeichen der extremen Rechten etabliert, mit der versucht wird, die Ausgrenzungsversuche als undemokratisch zu demaskieren und sich als wahre Demokrat*innen zu inszenieren (Botsch 2017). Ähnliche Denk- und Kommunikationsweisen finden sich mit Bezug zum Deplatforming, das oft als Anlass dient, um eingespielte Argumentationsmuster zu reaktivieren, wie mit Repression umzugehen ist, und um Überlegenheitsfantasien zu äußern sowie demokratisch gesetzte Grenzen des Diskurses zu delegitimieren.

Rechtsextreme wissen, dass sie mit dem Vorwurf der willkürlichen Löschung einen wunden Punkt bei Plattformbetreibern und liberalen Demokratien gleichermaßen treffen. Dadurch, dass sich sowohl Plattformen als auch Demokratien der Rede- und Meinungsfreiheit verpflichtet fühlen, lösen die fast schon zelebrierten Grenzüberschreitungen von rechts außen widersprüchliche Debatten aus, wie eine wehrhafte Demokratie mit ihren Feind*innen umzugehen habe. Aus demokratietheoretischer Sicht ist unbestritten: Demokratiefeind*innen kann nicht mit derselben Toleranz begegnet werden wie politischen Gegner*innen, die sich der offenen Gesellschaft verpflichtet fühlen.

Die Durchsetzung repressiver Mittel ist allerdings zurecht umstritten und muss von Fall zu Fall ausgehandelt werden. Dies wird insbesondere durch die ambivalenten und ironischen Kommunikationsformate erschwert, die mitunter nicht angemessen im Kontext rechtsextremer Digitalstrategien verstanden werden (Fielitz 2020a).

Eine schlecht oder nicht begründete Sperrung oder Löschung kann sich daher kurzzeitig als Bumerang erweisen, indem rechtsextreme Narrative über eine vermeintliche Selbstentblößung von willkürlichem Verhalten der Plattformen und gar liberaler Demokratien Resonanz erfahren. Sie erhalten in diesem Zeitraum mehr Öffentlichkeit und die gelöschten Akteure schmücken sich beinah mit ihrer Verbannung (vgl. Donovan 2020b). Positiv gewendet wird das Deplatforming dann als eine Art „Ehrenmedaille" an die eigene Gruppe kommuniziert. Mit diesen Worten würdigte beispielsweise der US-amerikanische Rechtsaußen Steve Bannon diejenigen, die in der Öffentlichkeit als rassistisch „gebrandmarkt" würden, weil sie zu ihren Ideen stünden (Stanley 2018). So wird ein öffentliches Stigma in Selbstbestätigung umgewandelt: Die Löschung von Lügen, Propaganda und Hass wird zum Beleg der Relevanz und Richtigkeit der gelöschten Inhalte und ihrer Urheber*innen. In diesem Sinn brüsten sich rechtsextreme Influencer*innen wie Martin Sellner, aber auch der britische Aktivist Tommy Robinson, mit dem Titel, die am meisten gelöschten Personen im Internet zu sein.

In der eigenen Szene erhalten gelöschte Inhalte massiven Auftrieb, da diese vermeintlich den Zeitgeist herausfordern würden. In der Tat scheint es für einige Hassakteure eine Art Feuertaufe zu sein, wenn ihre Inhalte gelöscht werden. In einigen Fällen wirkt es so, als würden die Akteure eine Löschung ihrer Inhalte begrüßen, um an Bewandtnis zu gewinnen: „Die Doku wird zu 99,9% von YouTube zensiert werden" ist eine Aussage des rechtsextremen Youtubers Nikolai Nerling, die stellvertretend für den Mythos vom „Löschwahn" steht, den rechtsextreme Online-Aktivist*innen verbreiten. Solche Anpreisungen sollen die Brisanz des Inhalts ausdrücken, was bestenfalls zu einer größeren Verbreitung führt. Indem Menschen das vermeintlich „stigmatisierte Wissen" konsumieren, fühlen sie sich schneller als Teil einer verschworenen Gemeinschaft, da die angeblich von der Öffentlichkeit verheimlichten Inhalte dem Konsumierenden einen Wissensvorsprung geben (vgl. Barkun 2017). Über diese Schiene werden Menschen stärker in den Bann rechtsextremer und verschwörungstheoretischer Ideologien gezogen. Das koppelt sie von faktenbasierten Argumentationen ab (Amadeu-Antonio-Stiftung 2020).

Somit ist bereits angedeutet: Rechtsextreme Akteure leisten einen interpretativen Aufwand, um die Rückschläge in den sozialen Medien strategisch zu rahmen. Diese in den Sozialwissenschaften unter dem Konzept des strategischen Framings diskutierte Form kollektiver Handlungsanleitungen unterscheidet drei Dimensionen: das diagnostische Framing, das bestimmte Probleme beschreibt und deren Ursachen festlegt; das prognostische Framing, das Lösungsstrategien vorschlägt, wie man ein bestimmtes Problem überwinden kann; und das motivationale Framing, das Anhänger*innen zum Handeln animieren soll (Snow/Benford 1988). Anhand von Sprechakten von acht der ausgewählten Hassakteure haben wir wiederkehrende Argumentationsmuster untersucht, die diese drei Ebenen abbilden.[33]

[33] Hierbei haben wir auf eine Varianz geachtet, die aus den verschiedenen Subfeldern Akteure und verschiedene Plattformen einschließt sowie auch solche, die bisher (noch) nicht von Deplatforming betroffen waren.

Im Sinne einer qualitativen Inhaltsanalyse (Mayring 2015) wurden die 976 erhobenen Diskursfragmente, die das Deplatforming thematisieren, mit der Software *MaxQDA* induktiv codiert, um möglichst offen an das Material heranzugehen. Mehrfachcodierungen wurden ausgeschlossen, um die Kategorien möglichst trennscharf zu separieren.

Auf der diagnostischen Ebene wurde am deutlichsten eine angebliche Zensur moniert, die das politische System in Deutschland präge und patriotische Ideen systematisch ausschließe (Abbildung 7). Vermeintliche Beschränkungen im Zugang zu den Plattformen werden hier als Pars pro Toto auf den Zustand der Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik bezogen und so ein politischer Plan unterstellt, der totalitäre Tendenzen aufweise. Den irreführenden Bezug auf die gewaltsame Unterdrückung von Dissident*innen im Dritten Reich und der DDR befeuern die Identitären heute unter dem Schlagwort „Digitaler Gulag“ und Youtuber Hagen Grell unter dem Schlagwort „digitale Pogrome“ (Stegemann/Musyal 2020: 82). So überrascht es nicht, dass der Identitäre Martin Sellner seinen Telegram-Kanal nutzt, um über jeden Akt des Deplatformings zu berichten und versucht, dessen Skandalisierungspotenzial auszuschöpfen: „Heiko [Schrang] geht es wie Tommy Robinson, Alex Jones und mir- unbequeme Stimmen werden geblockt!“ Auch Gerüchte über anstehende Account-Löschungen reihen sich hier ein. Besonders hart scheint die verschiedenen Akteure vor allem die Demonetarisierung zu treffen, also die Unterbindung, über Plattformen Einnahmen durch Spenden und Werbung zu generieren. Dies deutet darauf hin, dass viele Hassakteure ihre Kanäle als wichtige Quelle des Lebensunterhalts begriffen haben. Schließlich wird auch die mit Löschungen einhergehende öffentliche Stigmatisierung durch die Sperrung von Accounts thematisiert, die den Akteuren und ihren Ideen die Fassade der Normalität entzieht.

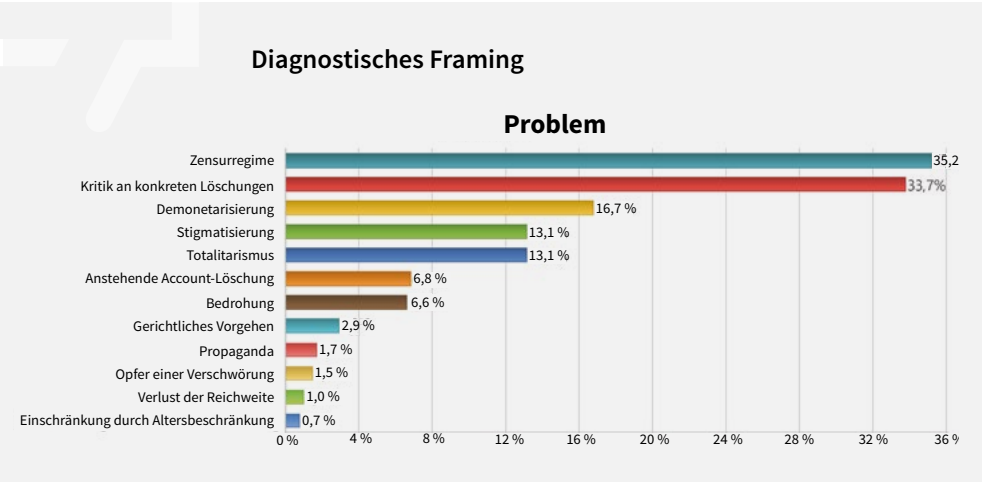


Abbildung 7: Diagnostisches Framing des Deplatformings in Hassgruppen

Auf der prognostischen Ebene wird die Tendenz von Hassakteuren deutlich, sich eine neue Basis auf einer anderen Plattform aufzubauen und so handlungsfähig zu bleiben. Über ein Viertel aller lösungsorientierten Beiträge diskutierte diese Option als eine Reaktion auf das Deplatforming des eigenen Kontos oder anderer Accounts (Abbildung 8). Die Spannweite reicht dabei von der Erstellung von Back-up-Kanälen bis hin zu Boykottaufrufen von Mainstream-Plattformen, denen allerdings selten Taten folgen. Eine Ausnahme bildete ein einwöchiger YouTube-Streik im Dezember 2019 als Folge auf wiederholte Sperrungen. In dieser Zeit verpflichtete sich eine Vielzahl an Videomacher*innen des rechten YouTube-Spektrums, nur noch auf der Alternativplattform BitChute Videos zu posten.[34] Gleichsam wird betont, wie wichtig es sei, bei Gegenwind zur eigenen Meinung zu stehen. Diese zu äußern verstehen Hassakteure als einen selbstverständlichen und gleichzeitig subversiven Akt: Das lässt sich an einem Beitrag verdeutlichen, den der Musiker Chris Ares nach seiner Sperrung auf Spotify über seinen Telegram-Kanal teilte: „Mein Fazit? Ich bleibe unbeeindruckt und kämpfe weiter für Meinungsfreiheit, mein Land und all die Menschen, die an mich glauben! Ihr könnt mich nicht runterkriegen. Sperrt mich in einen dunklen Kerker und ich sehe immer noch das Licht durch die Gitterstäbe brechen.“ Der vermeintliche Kampf um Meinungsfreiheit beinhaltet auch rechtliche Mittel, die Sperrungen von Accounts aufzuheben. Viele der Hassakteure kündigten ihren Widerspruch an, die wenigsten gehen dabei jedoch tatsächlich ein juristisches Verfahren ein.

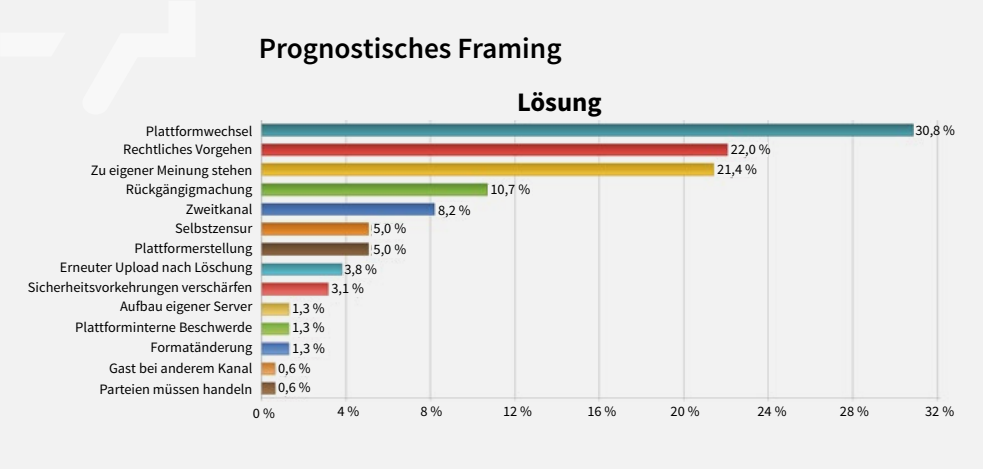


Abbildung 8: Prognostisches Framing des Deplatformings in Hassgruppen

[34] https://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/171/1917162.pdf, S. 15.

Auf die Frage, was konkret zu tun ist nach der Sperrung von Accounts, zieht sich als Antwort der Aufruf zur finanziellen Unterstützung über Spendenkonten und Crowdfunding-Plattformen wie ein roter Faden durch die Kommunikationskanäle (Abbildung 9). Über ein Drittel der Posts thematisieren, wie sehr die Sperrungen die finanziellen Ressourcen beanspruchen, und rufen zu Spenden auf. Die andere Ressource, die besonders beansprucht wird, ist Aufmerksamkeit. Auch diese soll ausgeglichen werden, indem solidarische Bekundungen auf Deplatforming-Vorgänge aufmerksam machen und ihre Legitimität infrage stellen. Zugleich wird über die Danksagungen für den Beistand eine besondere Form der Gemeinschaft und Verbundenheit beschworen – beispielsweise wie im Falle Martin Sellners: „Was mich am meisten freut: Die Anzahl der Leute hier ist massiv gestiegen! Danke an jeden der hier ist!“ Die Mitgliedschaft in einer Telegramgruppe wird hier als Ausdruck des Aufbaus von Gegenmacht gedeutet. Das wird dadurch angeheizt, dass die Gefolgschaft zum ständigen Teilen, Folgen und Liken aufgerufen wird, um vermeintlich zensierte Inhalte weiter in Umlauf zu bringen und die Accounts am Leben zu halten.

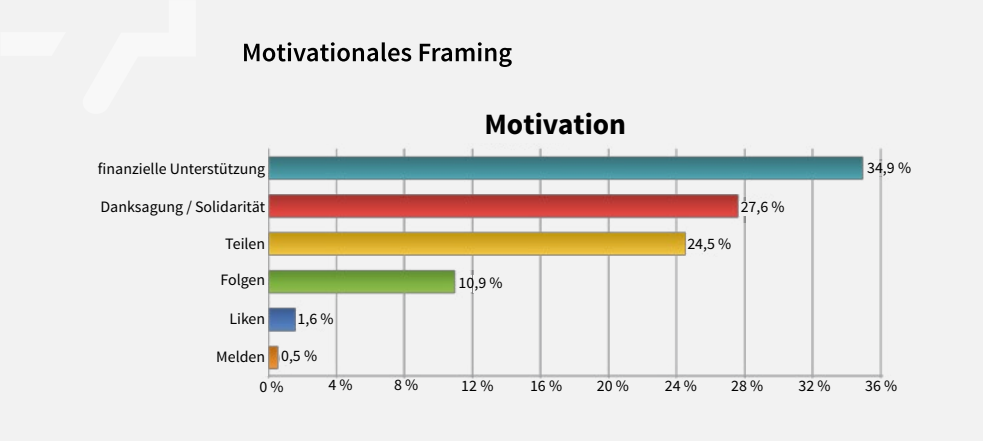


Abbildung 9: Motivationales Framing des Deplatformings in Hassgruppen

Auffällig ist: Es gibt qualitative Unterschiede im Umgang mit Deplatforming. Neonazistische Akteure wie die Partei *Die Rechte*, deren Mitglieder bereits mehrfach mit staatlicher Repression konfrontiert wurden, gehen routinierter mit Löschungen um und können oft das Potenzial von juristischen Verfahren einschätzen. Identitäre Hassakteure sind stärker an der Verwertung des Deplatformings zur Inszenierung interessiert. Rechtspopulistische Akteure wiederum empören sich stärker, zu Unrecht von Deplatforming betroffen zu sein. Gleichwohl finden alle Akteure eine Gemeinsamkeit, indem sie sich als Opfer von Willkür stilisieren – vonseiten des Staates und der Plattformbetreiber gleichermaßen. Aus dem Diskurs zum Deplatforming haben sich schließlich konkrete innovative Umgänge herausgebildet, um Kontensperrungen zu vermeiden, zu umgehen oder auszugleichen.

ALLE AKTEURE FINDEN EINE GEMEINSAMKEIT DARIN, DASS SIE SICH ALS OPFER VON WILLKÜR STILISIEREN – VONSEITEN DES STAATES UND DER PLATTFORMBETREIBER GLEICHERMASSEN.

Sechs innovative Umgänge mit Deplatforming

Soziale Bewegungen und politische Oppositionelle kommen notwendigerweise mit staatlichen Institutionen und Gegenbewegungen in Konflikt und sind so Repression oder Angriffen ausgesetzt. Ihre Handlungsweisen müssen sich daher stets weiterentwickeln, um Positionen den gegebenen politischen Umständen anzupassen und einen „tactical freeze“ zu umgehen. So bezeichnet Zeynep Tufekci (2017: xvi) die fehlende Leistung von Bewegungen, neue Wege zu gehen und aus festen Routinen auszubrechen, was wiederum zur Bedeutungslosigkeit führe. Wie wir bereits gezeigt haben, hat sich die extreme Rechte mit ihren vielschichtigen Medien gut in den politischen Wettbewerb eingefunden. Dabei musste sie mit ihrer aus der Zeit gefallenen Ideologie schon immer ein besonders hohes Innovationspotenzial aufwenden, um relevant zu bleiben (Kollmorgen/Quent 2014). So überrascht es nicht, dass ihre Akteure neuen Formen der digitalen Repression schnell ausweichen und gemäß des Musters ‚Repression schafft Innovation‘ Repertoires entwickeln, wie sie sich präventiv vor Deplatforming-Vorgängen schützen, nach einer Löschung dennoch auf den Plattformen bleiben oder auf andere Plattformen migrieren bzw. sich eigene aufbauen können. Wie Joan Donovan, Rebecca Lewis und Brian Friedberg schreiben, sorgt „die Präsenz auf allen verfügbaren Plattformen für Stabilität für den Fall, dass Gegenbewegungen sich taktisch anpassen oder sich Hindernisse auftun, wie z.B. im Falle des Deplatformings” (Donovan et al. 2019: 62).

a. Deplatforming-Prävention

Unsere Analysen zeigen, dass die Löschpraktiken der Plattformbetreiber die betroffenen Akteure oft nicht unvorbereitet treffen. Vielfach haben sich Hassakteure bereits durch Back-up-Kanäle abgesichert für den Fall einer Löschung, um den Kontakt zu den Follower*innen nicht zu verlieren. Das Angebot dieser alternativen Plattformen ist in den vergangenen Jahren merklich gewachsen und Alternativkanäle sind unter Hassakteuren inzwischen üblich. Oftmals werden Accounts auf Telegram oder Videoplattformen wie BitChute beworben. Die rechte österreichische Wochenzeitung *Wochenblick* schaltete beispielsweise im September 2020 eine Anzeige auf ihrer Website, um den hauseigenen Telegram-Kanal zu bewerben und nebulös vor einer kommenden Zensur zu warnen (Abbildung 10). Konten auf den sogenannten Alt-Tech-Plattformen werden immer wieder auf Mainstream-Plattformen wie YouTube, Twitter und Facebook beworben. Vor allem Video-Inhalte werden oftmals auf mehreren Plattformen gespiegelt, darunter vor allem Telegram und BitChute. Diese Multi-Plattform-Strategie ist allerdings nur eine von mehreren Handlungsoptionen, die präventiv eingesetzt werden.

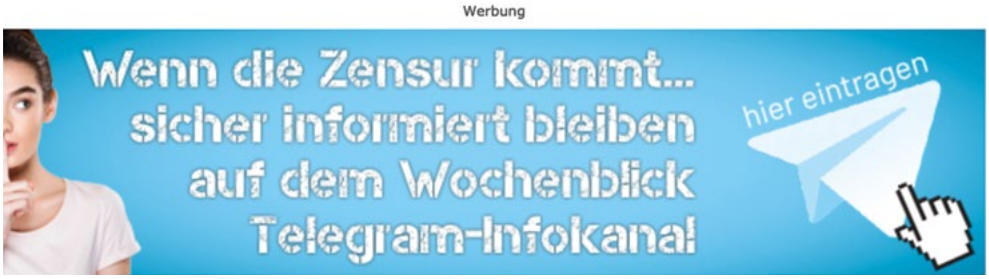


Abbildung 10: Werbeanzeige auf Wochenblick.at

Semantisches Mimikry

Rechtsextreme Akteure haben gelernt, ihre Kommunikation zielgruppengerecht anzupassen und mit rhetorischen Euphemismen zu operieren (Feldman/Jackson 2014). Auf das Ausreizen der Grenzen des Sagbaren haben sich insbesondere Influencer*innen und "Alternativmedien" spezialisiert. Um Sperrungen zu vermeiden, arbeitet man beispielsweise mit ungenauen Formulierungen, Andeutungen und Wortneuschöpfungen. Dazu gehört der Begriff „Goldstücke", den sich das Spektrum im Anschluss an eine Rede von Martin Schulz aneignete. Schulz sprach damals von der Sicht Geflüchteter auf die EU: „Es ist der unbeirrbare Glaube an den Traum von Europa. Ein Traum, der uns irgendwann verloren gegangen ist." Dieser Kontext wird gerade unter Rechtsextremen unterschlagen, stattdessen wird wieder und wieder ein Satz zitiert, den Schulz kurz zuvor aussprach: „Was die Flüchtlinge zu uns bringen, ist wertvoller als Gold". Der Begriff "Goldstücke" wird seitdem als Synonym für Geflüchtete genutzt. Das Landgericht Bremen entschied im Juni 2019, dass der Begriff als Hetze verstanden werden kann (Abbildung 11). Ein Bremer Facebook-Nutzer klagte damals gegen das Unternehmen wegen einer 30-tägigen Sperre aufgrund der Nutzung des Begriffes. Er hatte Geflüchtete insgesamt als „Goldstücke" bezeichnet und einen Mord, bei dem ein Messer als Tatwaffe eingesetzt wurde, der Gesamtheit der Geflüchteten zugeschrieben. Das Gericht wertete den Post als Angriff auf eine Personengruppe und vermerkte im Urteil: „Es ist gerichtsbekannt, dass Anhänger der rechten Szene Flüchtlinge als ‚Goldstücke' bezeichnen."[35] Somit hat das rhetorische Mimikry durchaus seine Grenzen, wenngleich diese viel Wissen über Sprachcodes und Kommunikationsweisen erfordern.

[35] https://www.lvz.de/Nachrichten/Politik/Landgericht-Bremen-Begriff-Goldstueck-kann-Hetze-sein.

Abbildung 11: Ein Sticker aus dem Sortiment des rechtsextremen Online-Händlers Sven Liebich

Auch *QAnon*-Anhänger*innen auf Facebook passten sich nach den Sperrungen und Einschränkungen auf Facebook und Twitter entsprechend an. Viele Facebook-Gruppen haben sich beispielsweise umbenannt und führen seitdem den Begriff *QAnon* oder den Buchstaben Q nicht mehr in ihren Gruppennamen oder ersetzten das Q durch Cue. Dieses Verhalten erinnert an das kreative Verhalten des *Ku-Klux-Klans*, der nach der Sperrung auf Facebook mit einer Seite in kyrillischen Buchstaben zurück auf die Plattform kam (Miller-Idriss 2020). Auch rechtsextreme Podcaster*innen haben sich entsprechend angepasst, um mit ihren Produktionen auf möglichst vielen Plattformen vertreten zu sein. Im rechtsextremen Podcast *Die Schwarze Fahne* wird diese Vermeidungsstrategie mehrfach thematisiert und über Worte diskutiert, die man während der Aufnahme nicht sagen „dürfe". An diese Absprachen halten sich die Redner*innen jedoch nicht immer. Das führt dazu, dass diskriminierende Beleidigungen hin und wieder durch einen Piepton überspielt werden. Die Betreiber des Podcasts treten in der Regel nur mit Vornamen auf, haben aber diversen rechtsextremen Akteuren, darunter Martin Sellner und Vertretern der *Jungen Alternative*, in der Vergangenheit eine Plattform geboten. Zudem bedienen sie diverse Instagram-Accounts, auf denen die Bezüge zu einem jüngeren, internetaffinen Publikum durch die Nutzung entsprechender Memes ebenso deutlich werden. Auch in ihrer Wortwahl orientieren sie sich an jungen rechtsextremen Subkulturen, die sich auf Imageboards und vergleichbaren Plattformen verorten lassen.

(Audio-)Visualisierung

Ein weiterer Aspekt in der Umgehung von Deplatforming-Maßnahmen ist, dass die jeweiligen Akteure auf visuelle Formate und Audioformate umsteigen, die die Eindeutigkeit und relativ einfache (technische) Zuordenbarkeit schriftlicher Sprechakte strategisch umgehen und gleichzeitig subtiler und assoziativer Inhalte vermitteln (Bogerts/Fielitz 2019). Diese Strategie reflektiert eine generelle Tendenz, privat und politisch mit Fotos und Videos zu kommunizieren. Der Aufstieg von Plattformen wie Instagram verdeutlicht dies. Gerade für als Influencer*innen agierende Hassakteure gewinnen Videobotschaften und ästhetische Elemente an Bedeutung, mit denen sie ihre politischen Botschaften transportieren. Hierzu zählt der vermehrte Gebrauch von Sharepics, Memes und anderen bildlichen Elementen, die politische Positionen in komprimierter Form vermitteln, aber auch

Sprachnachrichten, Reels[36] und Livestreams, die eine Unmittelbarkeit der Interaktion mit einem breiten Publikum herstellen. Der Inhalt tritt nicht selten hinter der Form zurück, was es schwierig macht, in der Masse an Bild- und Videoproduktionen kohärente Positionen zu definieren.

Wiederholt werden unscheinbare Fotos mit kaum zusammenhängenden Wortbeiträgen verbunden. Das macht Menschen über das Bild auf die politischen Inhalte aufmerksam. So erschließt sich der Zusammenhang zwischen einem Foto im Rosengarten mit der Klage über Zensur in sozialen Medien nicht unmittelbar (Abbildung 12).

Abbildung 12: Facebook-Post des rechtspopulistischen Social-Media-Aktivisten Niklas Lotz (Neverforgetniki)

[36] Bei Reels handelt es sich um kurze Videos, die höchstens eine Minute lang sind. Die von Instagram im Jahr 2020 eingeführte Funktion erinnert stark an TikTok.

Weiterhin fällt auf: Hassakteure äußern sich in Videosequenzen offener als in schriftlichen Statements. Das hängt damit zusammen, dass sie davon ausgehen, dass ihre Inhalte seltener von Sicherheitsbehörden und Plattformbetreibern wahrgenommen werden, unter anderem weil sie algorithmisch schwerer erfasst werden können. Als der rechtsextreme Verschwörungsideologe Oliver Janich beispielsweise eine seiner ersten Botschaften auf seinem Telegram-Kanal veröffentlichte, wandte er sich an seine ersten 73 Abonnent*innen und sagte: „Dafür kann ich mich hier ein bisschen mehr auslassen, fällt mir gerade ein. Hier kann mich ja niemand zensieren. Jetzt kann ich es gleich mal raus lassen: Also viele der Leute, die da heute an der Macht sind, gehören eigentlich aufgehängt. Kann man ja sonst nirgends sagen. Hier kann man's sagen."[37] Schriftlich erscheinen seine Aussagen verklausulierter – auch wenn sie dieselben menschenverachtenden Inhalte transportieren (Abbildung 13).

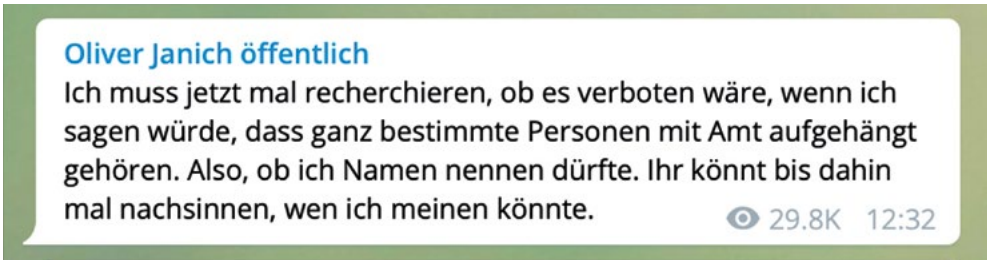


Abbildung 13: Telegram-Nachricht von Oliver Janich vom 1. Oktober 2020

b. Unterwanderung

Sind bestimmte Hassakteure erst einmal mit dem Deplatforming konfrontiert, müssen sie zwangsläufig ihre Strategie anpassen, um handlungsfähig zu bleiben. Viele Aktivist*innen können es sich politisch und finanziell nicht leisten, vollkommen auf die Mainstream-Plattformen zu verzichten. Daher nutzen sie verschiedene Wege, um ihre Inhalte weiterhin im digitalen Mainstream zu platzieren.

Aktivierung von „Proxies"

„Die Front im Informationskrieg ist auf Facebook!" – Mit diesem markigen Zitat spornte der Hallenser Rechtsextreme Sven Liebich die eigene Gefolgschaft auf seinem Telegram-Kanal an, seine Inhalte auf der Plattform zu verbreiten (Abbildung 14). Liebich, der selbst mehrmals von der Plattform gelöscht wurde, hatte über Jahre hinweg mit Falschmeldungen, vulgärem Rassismus und derbsten Beleidigungen Stimmung gegen politische Gegner*innen über soziale Medien angestimmt. Als Vollzeitaktivist und Bewegungsunternehmer mit eigenem Onlineshop ist er dauerpräsent auf der Straße und im Netz und hat sich eine Gefolgschaft aufgebaut. Nach der zeitweiligen Sperrung der eigenen Facebook-Seite versuchte er vor allem Schwarmdynamiken zu aktivieren, um den Anschein zu vermitteln, seine Inhalte würden von einer dezentralen Masse weitergetragen.

[37] Telegram-Video von Oliver Janich vom 22. August 2018.

Diese loyalen Unterstützer*innen, die wir als „Proxies“ bezeichnen, tragen die Inhalte auch nach Einschränkung auf Plattformen wie Facebook und YouTube weiter. Sie koordinieren sich auf Alternativplattformen und teilen stellvertretend Inhalte, beispielsweise Links zu Videos, die gesperrte Akteure ihnen vorlegen. So können die gesperrten Akteure über Umwege ihre Inhalte weiter über die Plattformen teilen, zu denen sie keinen Zugang mehr haben.

Abbildung 14: Neonazi Sven Liebich ruft seine Anhänger*innen zur Verbreitung seiner Inhalte auf

Auch der rechtsextreme Holocaustleugner Nikolai Nerling, der unter seinem Pseudonym *Der Volkslehrer* zunächst vor allem Videos publizierte, wurde von YouTube mehrfach gesperrt und setzt zur Streuung seiner Propaganda auf seine Anhänger*innen, bei denen er sich regelmäßig dafür bedankt, dass sie seine Inhalte auf YouTube spiegeln. Weiterhin steht von Deplatforming betroffenen Akteuren die Möglichkeit offen, die eigenen Inhalte über die Accounts befreundeter Kanäle mit ihrer Klientel zu teilen und Präsenz zu zeigen. Kurz nach seiner Sperrung auf Twitter meldete sich Martin Sellner zum Beispiel in einer Videobotschaft zu Wort, die auf dem Twitter-Account von *Ein Prozent* veröffentlicht wurde. Das Video wurde mehr als 12.000 Mal angesehen. Seit seiner Sperrung war Sellner zudem auf den Kanälen verschiedener YouTube-Influencer*innen zu Gast. Das Format der Proxies funktioniert allerdings im Fall von Löschungen nicht überall. So nimmt Facebook beispielsweise jegliche Inhalte von der Plattform, die von Sellner stammen.

Neue Konten und Fake-Accounts

Wurden die Konten von Hassakteuren einmal gelöscht, heißt das nicht, dass sie von der Plattform verschwinden. Rechtsextremen ist in der Regel bewusst, dass eine Sperrung ihrer Konten auf den großen Plattformen es weitestgehend verunmöglicht, neue Anhänger*innen zu rekrutieren. Das führt dazu, dass sie sich bemühen, Facebook, Twitter und YouTube auch nach einer Sperrung weiterhin zu bespielen. Löschungen individueller Accounts (wie im folgenden Abschnitt diskutiert) gehen zwar mit einem Verlust der Reichweite einher, führen aber oftmals nicht dazu, dass die Gesperrten der Plattform fernbleiben. So geben sich viele rechtsextreme Aktivist*innen nicht einmal die Mühe, ihre neu angelegten Präsenzen zu kaschieren. Die rechtsextremen Aktivisten Lutz Bachmann und Sven Liebich haben in der Vergangenheit mehr als nur einen neuen Account auf Facebook angelegt, nachdem sie gesperrt wurden. In anderen Fällen legen die

Akteure stattdessen neue Konten zu anderen Zwecken an, um ein Projekt oder eine Kampagne zu bewerben. Aus dem Umfeld des Vereins *Ein Prozent* und der *Identitären Bewegung* beispielsweise wurden Konten für das Videospiel *Heimat Defender*, den Podcast *GibMaKaffee* und das YouTube-Format *Kulturlabor* angelegt. Alle Protagonist*innen dieser Projekte stammen aus dem Umfeld der beiden Organisationen: Als Anbieter*in für das Spiel trat auf Steam *Ein Prozent* auf, die Protagonisten des Spiels sind Martin Sellner, Alexander Kleine, Götz Kubitschek und der Youtuber Outdoor Illner. *Ein Prozent* tritt zudem als Produzent für Kleines Podcast-Projekt *GibMaKaffee* auf, in jeder Episode wird der Sponsor beworben.

Dass nicht immer nur die Verbreitung eigener Inhalte, sondern auch die passive Nutzung von Plattformen eine wichtige Rolle für Rechtsextreme spielt, erklärte der Leipziger Identitäre Alexander „Malenki" Kleine in einer Episode des Podcasts *Lagebesprechung*, ebenfalls ein jüngeres Projekt von *Ein Prozent*. Dort erklärte er, dass er nach seiner Sperrung auf Facebook und Instagram mit Fake-Accounts auf den Plattformen unterwegs gewesen sei. Zudem habe er seine bestehenden Konten umgewidmet: „Dann teilst halt auch mal ein privates Bild bei Twitter, was eigentlich in Anführungsstrichen nicht zu Twitter gehört, weil es dafür nicht die richtige Plattform ist, aber machst dann halt solche Sachen." Somit deutet der identitäre Aktivist an, dass unter einer Tarnidentität und mit abwechselnder Intensität politische Nachrichten geteilt werden und er kaum Repressalien fürchten müsse. Gleichzeitig wird es aber für Unterstützer*innen schwieriger, die Spuren zu verfolgen, und für die Akteure schwieriger, selbst eine Community aufzubauen.

c. Abwanderung

Um dauerhaft mit einem möglichst großen Publikum zu kommunizieren, bedarf es einer gewissen Stabilität. Denn das digitale Katz-und-Maus-Spiel, das Hassakteure und Plattformen betreiben, vermag keine stabile Gefolgschaft aufzubauen. So zeigt sich, dass sich mit jedem neuen Facebook-Account des *Pegida*-Sprechers Lutz Bachmann oder mit jedem neuen YouTube-Kanal des bereits erwähnten Nikolai Nerling auch die Reichweite immer weiter einschränkte. Viele Hassakteure weichen zwangsläufig auf digitale Infrastrukturen aus, die ihnen eine gewisse Stabilität in Aussicht stellen, um die eigenen Inhalte dauerhaft archivieren und zugänglich machen zu können. Die Abwanderung auf wenig moderierte oder nicht moderierte Plattformen liegt daher auf der Hand. Hierbei lassen sich zwei Tendenzen ausmachen: das Kapern alternativer Plattformen und der Aufbau eigener Infrastrukturen.

Das Kapern alternativer Plattformen

Mit diversen Deplatforming-Vorgängen der vergangenen Jahre stieg unter Hassakteuren die Bedeutung von Alternativplattformen. In der Regel wurde zum Wechsel auf Plattformen aufgerufen, die ähnlich jener sind, auf denen die Konten gesperrt wurden. Als Alternative für Facebook gelten sowohl VK als auch Minds[38], statt Twitter sollte auf Gab gewechselt werden, als Ersatz für YouTube gilt unter anderem Bitchute (Guhl et al. 2020). Eine der ersten sehr sichtbaren Abwanderungsbewegungen dieser Art in Deutschland war die Sperrung des frauenfeindlichen „Pick-Up-Artists" Kolja Bonke auf Twitter im Mai 2017. Die Sperrung löste eine größere Solidarisierungsbewegung aus. In der Folge bewarben Twitter-Nutzer*innen mit viel und wenig Reichweite Bonkes neue digitale Heimat auf Gab und änderten ihr Profilbild, das fortan das Profilbild Bonkes zeigte. Selbiger ist bis heute auf Gab aktiv. Allerdings existiert inzwischen auch ein neues Twitter-Konto, das den Namen eines seiner Bücher trägt und offenbar von ihm betrieben wird. Seitdem hat sich neben Gab mit Parler eine weitere Twitter-Alternative auf dem Markt der Alt-Tech-Plattformen hervorgetan. Dort publizierten beispielsweise die britische rechte Kommentatorin Katie Hopkins und Martin Sellner nach der Sperrung ihrer Twitter-Konten.

Als YouTube-Alternative hat sich im Jahr 2020 zunächst BitChute durchgesetzt (Davis 2020). Am Beispiel Martin Sellners zeigt sich, dass von Deplatforming betroffene Akteure in der Regel nicht annähernd die gleiche Zahl von Anhänger*innen wie vor der Sperrung erreichen. Das verdeutlicht auch seine Initiative *DigiGer – Digitale Guerillas gegen die Zensur*, über die er auf VK Zielvorgaben für seine Alternativkanäle kommuniziert (Abbildung 15). Allerdings finden weder der Kanal der Initiative noch die Initiative selbst eine größere Resonanz. Bis Oktober 2020 konnte Sellner keine seiner Zielvorgaben erfüllen und blieb teilweise weit darunter zurück. Auf Telegram verlor Sellner nach dem 1. September 2020 sogar fast 600 Abonnements. Wenn man die Zielvorgaben aller fünf Kanäle Sellners – VK, Dlive, Telegram, Parler und Bitchute – zusammenrechnet, dann liegt diese Zahl noch unter der tatsächlichen letzten Abonnent*innenzahl auf Sellners Youtube-Kanal, die kurz vor der Sperrung 151.157 betrug.[39]

[38] Bei Minds handelt es sich um eine 2015 öffentlich gestartete Social-Media-Plattform. Nach eigenen Angaben hatte Minds im Mai 2020 etwa 300.000 aktive monatliche Nutzer*innen. Nicht nur bei Rechtsextremen ist die Plattform beliebt. Eine Mehrzahl der Nutzer*innen von Minds stammt aus Thailand, die von Twitter dorthin abgewandert sind, weil sie Repressionen seitens der thailändischen Regierung fürchteten.

[39] https://socialblade.com/youtube/channel/UCZ8uFo1RKSgEg-od3Yu10Pw.

Abbildung 15: Abonnent*innenzahlen und Zielvorgaben für Sellners Alternativkanäle im Juli 2020
Quelle: Screenshot von Martin Sellners Profil auf VK)

Ganz ähnlich erging es der britischen Kleinstpartei Britain Frist, die auf Facebook bis zu ihrer Sperrung 2018 bis zu 1,8 Millionen Follower*innen hatte. Nach der Sperrung versuchten die Aktivist*innen, neue Kanäle auf alternativen Plattformen aufzubauen (Nouri et al. 2019). Allerdings erzielen sie heute nicht annähernd die gleiche Reichweite wie noch vor zwei Jahren: Auf Gab erreichen sie etwas mehr als 11.200, auf VK etwa 15.000 und auf Telegram 20.000 Follower*innen. Diese Einsicht lenkt den Blick einerseits auf die Anpassungsstrategien der Akteure in den jeweiligen Netzwerken und andererseits auf das transmediale Zusammenspiel verschiedener Formate, die über Plattformen hinweg gedacht werden müssen. Inzwischen rufen viele Rechtsextreme ihre Anhänger*innen vor allem dazu auf, ihren Kanälen auf Telegram zu folgen. Ein Großteil der Abwanderungsbewegungen hat sich inzwischen dorthin verlagert und wird ergänzt durch Plattformen wie BitChute und DLive zur Publikation von Video-Inhalten.

Wie im Mapping (siehe S. 16 – 29) bereits verdeutlicht, griffen viele deutschsprachige Hassakteure vergleichsweise wenig auf alternative Plattformen zurück. Nur 13 der untersuchten Hassakteure haben ein Profil auf Gab, wovon mehr als die Hälfte inaktiv ist. VK funktioniert seit vielen Jahren als Ausweichplattform, aber sie kann keine wirklichen Dynamiken erzeugen. Jüngst hängt die sinkende

Bedeutung solcher Plattformen auch mit der integrativen Wirkung und zunehmenden Wichtigkeit von Telegram zusammen. Hier ist gerade die Verquickung von Messenger und sozialem Medium für Hassakteure interessant, da ihre Inhalte mit wenigen Swipes von den Empfänger*innen als öffentliche oder private Nachrichten weitergetragen werden und so in kürzester Zeit ein sehr großes Publikum erreichen. Die zunehmende Bedeutung Telegrams in der Alltagskommunikation spielt Hassakteuren in die Hände.

Aufbau eigener digitaler Infrastrukturen

Hassakteure haben verstanden, dass die Abhängigkeit von kommerziellen Plattformen sich negativ auf die Mobilisierungskraft auswirken kann. Die Hoheit über die digitalen Infrastrukturen erhält daher eine neue Bedeutung. So hielt der YouTuber Hagen Grell auf der *zweiten „Konferenz der Freien Medien" Medien* der AfD-Bundestagsfraktion ein Plädoyer für die Arbeit an eigenen Strukturen, die nicht von kommerziellen Plattformbetreibern kontrolliert werden.[40] Dies drückt sich bereits in der Schaffung eigener Plattformen aus, wo die rechten Betreiber die Hoheit über die Veröffentlichung der Inhalte haben. Doch verlangt der Aufbau eigener Netzwerke ein außerordentliches technisches und soziales Know-how über die Gestaltung von Plattformen sowie finanzielle Ressourcen, die sich nicht in dem Maße über Werbung kompensieren lassen, wie es auf kommerziellen Plattformen geschieht.

Nichtsdestotrotz haben sich verschiedene Influencer*innen aus Deutschland daran versucht, eigene Plattformen, insbesondere für Videoinhalte, aufzubauen. Dazu gehören beispielsweise Hagen Grells *frei3* oder Timm Kellners *Profortis*. Über diese Plattformen wurden Videos der rechten YouTuber-Szene verbreitet, die meist parallel über andere kommerzielle und nicht-kommerzielle Plattformen geteilt wurden. Die Plattformen wirken verlassen, ihr Design ist unprofessionell und die Reichweite geht selten über wenige Hundert Klicks hinaus. Diese Foren können daher gerade einmal zur Spiegelung von Inhalten dienen. Auf *frei3* sind lediglich sechs der von Grell von Januar 2020 bis Mitte Oktober 2020 veröffentlichten Videos öfter als 1.000 Mal angesehen worden. Der Kanal des Plattformgründers hat 1.807 Abonnements.

Weitere Kleinstplattformen haben sich auch im verschwörungsideologischen Feld ausgebildet. Doch bis zum jetzigen Zeitpunkt zeigt sich, dass Hassakteure allein keine Massendynamiken aufbringen können, die ein kritisches Maß an Aufmerksamkeit erregen. Sie sind angewiesen auf die Verstärkereffekte der großen sozialen Plattformen und der Interaktionsketten. Eine größere Skepsis gerade älterer Nutzer*innen gegen englischsprachige Plattformen führt mit dazu, dass die Alternativplattformen eine geringere Rolle spielen.

[40] https://www.endstation-rechts.de/news/afd-medienkonferenz-neurechte-influencer-im-bundestag.html.

Die Grenzen von Deplatforming

Deplatforming kann eine effektive Methode sein, um Hassakteuren zwei zentrale Resonanzflächen zu nehmen: Reichweite und Aufmerksamkeit. Die globale Welle des Rechtsextremismus wäre ohne diese externen Ressourcen wohl kaum denkbar. Denn ohne die potenzielle Möglichkeit, sich dauerhaft kommerzieller Wege zu bedienen, um die eigene Ideologie zu verbreiten, würde die extreme Rechte wohl kaum über ihr Milieu hinauskommen und mit einem Massenpublikum kommunizieren können. Ihnen also die Plattform zu nehmen, ist ein erster, wenn auch umstrittener Schritt, um den Schaden einzugrenzen. Allerdings ist Deplatforming nur ein Zwischenschritt in der Bekämpfung des digitalen Rechtsextremismus. Dieses Kapitel setzt sich daher mit den Grenzen des Deplatformings auseinander, welches abschließend im breiteren Kontext der Dilemmata der Plattformmoderation besprochen wird.

a. Dezentralisierung als Herausforderung

Wie wir aufgezeigt haben, hat die Digitalisierung das Gesicht der Rechtsextremismus nachhaltig verändert. Viele Akteure agieren heute losgelöst von festen und lokalen Strukturen und finden über soziale Medien zusammen, deren Versprechen von ungezügeltem Meinungsaustausch sich Rechtsextreme zu eigen gemacht haben. Die Plattformen haben über ihre Formate somit eigene Typen rechtsextremer Aktivist*innen hervorgebracht. Einige der einflussreichsten Hassakteure wie Oliver Janich oder Tim Kellner haben sich ihren Ruf durch einen exzessiven Gebrauch sozialer Medien erarbeitet. Sie ordnen sich bewusst keiner Organisation zu und agieren in Form von Influencern, die mit rassistischem Clickbait nicht nur Aufmerksamkeit generieren, sondern sich auch finanzieren. Diese digitalen Aktivist*innen vermischen bewusst Privates und Politisches, um sich weniger angreifbar zu machen und unter dem Schirm der alternativen Berichterstattung rechtsextreme Weltbilder zu verbreiten (Schwarz 2020).

Indem sie über ihre Social-Media-Accounts teilweise Zehntausende Follower*innen ansprechen, haben sie eine bedeutende Reichweite, die oft weit über den Resonanzraum von Bewegungen und Parteien hinausgeht. Joe Mulhall spricht in diesem Kontext von der Formierung einer post-organisatorischen extremen Rechten, die mehr über soziale Medien als über organisierte Strukturen zusammenfindet (Mulhall 2018). Anders gesagt: „Die extreme Rechte findet heute als Bewegung zusammen, ohne sich wirklich zu organisieren“ (Fielitz/Marcks 2020: 183).

Es ist zunehmend schwierig, organisatorische Zentren des digitalen Rechtsextremismus zu identifizieren, von denen bestimmte Handlungen ausgehen. Denn durch die vielfältigen Informationswege in sozialen Medien lassen sich die Ursprünge von rechtsextremen Dynamiken schwer lokalisieren, da einzelne Akteure nur im Kontext des gesamten rechtsalternativen Digitaluniversums zu verstehen sind. Durch die ständige Neuformierung und -Aktivierung bilden sich Ad-hoc-Netzwerke, die

über eine Vielzahl von Facebook-Seiten, YouTube- und Telegram-Kanälen eine Gegenöffentlichkeit inszenieren, die ohne hierarchische Kommunikationsweisen auskommt. Im Gegensatz zu vielen Einschätzungen zeigen unsere Ergebnisse, dass dies nicht unbedingt nur eine Schwäche ist. Im Gegenteil: Indem der Rechtsextremismus sich den dezentralen Kommunikationsformen anpasst, sind die Kampagnen und Schlüsselakteure schwerer einschätzbar und die Dynamiken – bspw. durch Deplatforming – schwerer zu brechen.

b. Löschpraxis als alltägliche Platform Governance

Die Löschung von Postings und Accounts durch privatwirtschaftliche Akteure ist ein Einschnitt in die freie Meinungsäußerung, die ihrer Rechtsform zum Trotz eine enorme öffentliche und politische Bedeutung und somit Verantwortung haben. Allerdings ist dieser Einschnitt alltäglich. Allein YouTube löschte im Zeitraum April bis Juni 2020 insgesamt 11,4 Millionen Videos, 2,1 Milliarden Kommentare und knapp 2 Millionen Accounts.[41] Während die meisten Verstöße unter Spam oder Copyright-Verstöße fallen, verbleibt nur ein kleiner Teil unter der Kategorie „Gewaltverherrlichende Inhalte oder gewalttätiger Extremismus". Mit 921.783 gelöschten Videos, die unter diese Kategorie fallen, wird jedoch deutlich, dass solche Inhalte kein Randphänomen darstellen. Im Verhältnis deutet sich an: Accountsperrungen bilden aufgrund desselben Vergehens mit 3.308 globalen Fällen vergleichsweise die Ausnahme. Etwas anders geartet ist diese Diskrepanz bei Facebook. Hier wurden im selben Zeitraum weltweit 22,5 Millionen Inhalte aufgrund von Hassrede gelöscht, gegen 12,7 Millionen Inhalte von terroristischen oder organisierten Hassgruppen wurde vorgegangen.[42]

Moderative Eingriffe von Plattformen sind also alltäglich, Sperrungen und Löschungen von Konten bilden dagegen die Ausnahme. Zuweilen werden zur Warnung temporäre Sperrungen verhängt, damit die Nutzer*innen ihr Verhalten überdenken können. Andererseits können Gruppen, die auch außerhalb der Plattformen in den Fokus von Sicherheitsbehörden und Geheimdiensten gekommen sind, mit Repression bedacht werden. So sind für einige Löschungen auf Facebook, z.B. das Verhalten von Hassakteuren wie der *Identitären Bewegung*, weniger die Posts selbst von Bedeutung. Ihre antidemokratische Grundausrichtung richtet sich jedoch per se gegen die Gemeinschaftsstandards, was wiederum einen Einfluss auf die Entscheidung zum Deplatforming auf Facebook hat (Beirich/Via 2020). Plattformen wie YouTube hingegen beziehen sich ausschließlich auf die Inhalte, die über die Plattformen geteilt und kommentiert werden. Nichtsdestotrotz sind Entscheidungen zur Löschung öffentlichkeitswirksamer Hassakteure weder zwingend an spezielle Ereignisse geknüpft noch ist der Anlass immer genau nachzuvollziehen.

Zudem birgt es auch Dilemmata, die gleichen Standards auf alle Nutzer*innen einer Plattform anzuwenden. So ist es ein fundamentaler Unterschied, ob einflussreiche oder randständige Accounts bestimmte Nachrichten mit ihrer Anhängerschaft teilen. Generell gilt, dass Akteure oft

[41] https://transparencyreport.google.com/youtube-policy/removals.

[42] https://transparency.facebook.com/community-standards-enforcement#terrorist-propaganda.

erst in das Visier repressiver Maßnahmen geraten, je mehr Follower*innen sie haben und je mehr Schaden sie mit ihren Nachrichten anrichten können (Rogers 2020). Gleichzeitig wirken Eingriffe einschneidender, wenn Hassgruppe oder Influencer*innen sich selbst und/oder ihre Inhalte als gesellschaftlich relevant vermitteln können. Diese Relevanz kann auch durch Dritte hergestellt werden. So vermittelt beispielsweise das Teilen eines Tweets einer Hassgruppe durch den US-Präsidenten deren Legitimität und erhöht die Hürden der Löschung.[43]

Die Publikationsfreiheit erhöht die Kosten für die Informationskontrolle in einer dauererregten Teilöffentlichkeit, in der Kommunikationsprozesse schnell aus der Hand geraten und sich verselbstständigen. In Zeiten der Corona-Pandemie wurde die Moderationspraxis aus Ressourcengründen teils ausschließlich auf Algorithmen umgestellt, die darauf trainiert sind, missliebige Inhalte aufzuspüren und zu löschen. Dies sekundiert menschliches Urteilsvermögen dauerhaft (Gillespie 2020). Zumindest bei YouTube erfolgte im September 2020 eine Abkehr von dieser Strategie. Laut eines Berichts der Financial Times musste ein deutlich größerer Anteil gesperrter Inhalte wieder verfügbar gemacht werden, als das bei menschlichen Entscheidungen der Fall war.[44] Mit 11 Millionen Videos wurden mehr Inhalte durch die automatisierten Systeme gelöscht, allerdings wurde mehr Widersprüchen zu Sperrungen entsprochen: Unter menschlicher Moderation werden Inhalte bei durchschnittlich 25% der Einsprüche wiederhergestellt, während der automatisierten Moderation waren es 50%.

Die verstärkte Bereitschaft zur Löschung ist auch eine Folge des Drucks auf die Betreiber durch politische Regulierung. Das deutsche Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) verpflichtet dazu, strafbare Inhalte innerhalb von 24 Stunden zu löschen, nachdem Beschwerden eingegangen sind. Das NetzDG erhielt international viel Aufmerksamkeit. Es trug dazu bei, dass Plattformen allein darüber entscheiden, welche Inhalte den legalen Rahmen verlassen und gegen die Community-Standards verstoßen. Zivilgesellschaftliche Akteure kritisierten dies stark – neben der Abgabe an Verantwortung beschränke sich das Gesetz demzufolge auf rechtliche Fragen. So blieben viele Postings unter dem Radar, die für stigmatisierte Gruppen und Personen jedoch konkrete Folgen haben könnten. Eine Verschärfung des Gesetzes ist geplant, das unter anderem eine Meldepflicht für Offizialdelikte vorsieht. Zuvor waren Plattformbetreiber zunächst lediglich zu einer Entfernung entsprechender Inhalte verpflichtet. Laut Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags ist ein großer Teil der geplanten Gesetzesverschärfung verfassungswidrig.[45] Dabei geht es unter anderem um die Übermittlung von Daten durch die Plattformen an das Bundeskriminalamt sowie eine Abfrage entsprechender personenbezogener Daten durch das BKA. Zwar haben Bundestag und Bundesrat schon über den Gesetzesvorschlag entschieden, allerdings hat Bundespräsident Steinmeier das Gesetz wegen verfassungsrechtlicher Bedenken noch nicht unterzeichnet.[46]

[43] So geschehen im Dezember 2017, als Donald Trump einen Tweet der rechtsextremen Partei Britain First teilte, deren Account wenig später gelöscht wurde und die Entscheidung viel umstrittener machte.

[44] https://www.ft.com/content/e54737c5-8488-4e66-b087-d1ad426ac9fa.

[45] https://cdn.netzpolitik.org/wp-upload/2020/09/WD-10-030-20-Gesetz-Hasskriminalitaet.pdf.

[46] https://www.sueddeutsche.de/politik/hate-speech-hasskriminalitaet-gesetz-steinmeier-1.5034929.

Letztlich sind die Betreiber daran interessiert, möglichst vielen Menschen offen zu stehen. Daher nehmen Plattformen ihre Nutzer*innen selbst in die Verantwortung und fordern sie auf, Regelverstöße zu melden. Das lasse zugleich resilientere Communitys entstehen.

c. Deplatforming im Kontext gesellschaftlicher Debatten

Deplatforming wird im Kontext von Debatten um „Cancel Culture“[47] gesellschaftlich kontrovers diskutiert. Kritiker*innen argumentieren dabei weithin entlang dreier Linien. Erstens bedeute die Löschung von Konten oder einzelner Posts einen fundamentalen Eingriff in die Meinungsfreiheit, weil dadurch nicht allen Menschen der gleiche Zugang zum Diskurs gewährt werde (Reynolds 2018). Der freie Austausch erübrige sich durch den Eingriff von außen, weil der Meinungskorridor eingeengt werde. Das Grundrecht auf freie Rede könne nur in strafrechtlich relevanten Fällen beschränkt werden. Zweitens argumentieren Kritiker*innen des Deplatformings, dass sich die betroffenen Akteure in eine Opferhaltung begeben würden, aus der sie gestärkt hervorgingen (Selk 2017). Dahinter steckt der Gedanke, dass politisch ungefestigte Massen sich auf die Seite der Schwachen und Ausgegrenzten schlagen würden und aus einem Gefühl der Ungerechtigkeit Sympathien erwachsen würden. Drittens steht das Argument im Raum, dass die Löschung von Konten einer Radikalisierung den Weg ebne, da sich die Akteure in Echokammern zurückziehen würden, in denen sich extremistische Weltbilder festigten und schließlich der Schritt zur Gewalt sinke (McDermott 2019).

Dem ersten Argument ist zunächst insofern zuzustimmen, als dass die Löschung eines Kontos ein Eingriff in die freie Meinungsäußerung sein kann. Schließlich kann die betroffene Person nicht mehr die digitalen Marktplätze nutzen. Allerdings kann passives Verhalten von Plattformen ebenso in den freien Meinungsaustausch hineinspielen, wenn es Manipulator*innen und Aggressor*innen nicht Grenzen aufzeigt. Wenn nicht jeder Mensch die gleiche Möglichkeit hat, seine Meinung zu äußern, ohne dafür angegriffen zu werden, lässt sich nicht mehr von einem freien Diskurs sprechen. Hinzu kommt: Es wird nicht die Meinung an sich oder deren generelle Äußerung global eingeschränkt, sondern lediglich im Rahmen der Plattform eines privatwirtschaftlichen Unternehmens. Es benötigt eine differenzierte Debatte darüber, wie vulnerable Gruppen geschützt werden und inwiefern unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit antidemokratische Tendenzen um sich greifen. Eine Laisser-faire-Attitüde ist daher kein Garant des freien Meinungsaustauschs.

[47] Cancel Culture bezeichnet den Vorwurf, dass systematische Boykotte von Personen oder Organisationen politische Debatten unmöglich machen würde. Diese Lesart ist stark umstritten.

Im zweiten Fall spricht das Argument einen validen Punkt an, da soziale Medien heute nicht mehr wegzudenken sind im sozialen Austausch, politischen Wettbewerb und in der Vermittlung ökonomischer Interessen. Eine Verbannung von Freundeskreisen und Geschäftspartnern kann Brücken abbrechen, die Menschen Halt geben. Mit der Löschung des Kontos geht daher auch ein soziales und wirtschaftliches Standbein von Einzelpersonen verloren, sodass sich die Individuen umorientieren müssen. Das Ungerechtigkeitsempfinden darüber, für die politische Einstellung Repression erleiden zu müssen, sollte aber nicht das Ursache-Wirkung-Schema auf den Kopf stellen. Hassakteure werden nicht gelöscht, weil sie ihre Meinung offen sagen. Sie werden vielmehr in die Schranken gewiesen, weil ihre Aussagen Menschen aufhetzen und sie sich durch gezielte Schikanen und die Verbreitung von Hass und Manipulation über andere erheben. Die Hassakteure, die gelöscht wurden, sind bei Weitem keine unbeschriebenen Blätter. Ihr Ziel ist es, die zwischenmenschlichen Interaktionen so zu unterminieren, dass keine aussagekräftigen Diskurse mehr auf den Plattformen geführt werden können.

Das dritte Argument geht davon aus, dass eine Sperrung Hassakteure weiter an den politischen Rand oder in die Radikalisierung dränge. Doch diesem kausalen Verständnis wohnen mehrere Trugschlüsse inne: Zum einen haben wir gezeigt, dass sich die meisten Akteure bereits vorher Back-up-Kanäle angelegt haben, um sicherzustellen, dass sie auch im Falle einer Löschung kommunikativ handlungsfähig bleiben. Die wenigsten Akteure fangen wirklich bei Null an, nachdem sie aus dem digitalen Mainstream gebannt sind. Zum anderen wird die Wirkung des Deplatformings überschätzt. Einen Zusammenhang herzustellen zwischen der Sperrung eines Profils in sozialen Medien und gestiegener Gewaltbereitschaft engt die Perspektive ein und entbehrt einer empirischen Grundlage. Hassakteuren ist die Option der Sperrung immer bewusst und kein Rechtsterrorist radikalisierte sich infolge des Deplatformings.

Fraglos bedarf es eines genauen Augenmaßes und einer guten Rechtfertigung, um Löschungen durchzuführen. Allerdings ist jeder Akt der Löschung auch ein Signal an eine breitere Gemeinschaft. Schließlich stärkt es Online-Communitys, wenn einflussreichen Hassgruppen der Sauerstoff genommen wird. So zeigen Studien zur Löschung von Hass-Communitys auf dem sozialen Netzwerk Reddit, dass auch in anderen Ecken der Plattform Hassposts sinken, wenn normative Grenzen festgelegt und toxische Inhalte gebannt werden (Chandrasekharan et al. 2017). Somit hat die Löschung einzelner Akteure weit über die gesperrten Accounts Auswirkungen auf die Plattformkultur und bedarf einer gründlichen Dokumentation, um künftigen Fällen besser zu begegnen.

HASSAKTEUREN IST DIE OPTION DER SPERRUNG IMMER BEWUSST UND KEIN RECHTSTERRORIST RADIKALISIERTE SICH INFOLGE DES DEPLATFORMINGS.

Abschließende Betrachtungen

Im Kampf gegen Hass in sozialen Medien ist es schwer, Schärfe und Augenmaß zugleich zu bewahren. Löschungen von einzelnen Inhalten, Accounts oder Gruppen sind auf den Plattformen quantitativ ein Tropfen auf den heißen Stein. Allerdings zeigt diese Studie, dass es qualitativ fundamentale Auswirkungen für das digitale Ökosystem der Hassakteure hat, wenn die Knotenpunkte ihrer Online-Kommunikation wegfallen. Denn mit ihnen geht auch die vernetzte Kraft von Hassdynamiken verloren, die durch ihre Interaktionen mehrere Zehntausende Menschen bündelte. Mehr noch: Es bricht die Inszenierung der extremen Rechten zusammen, eine normale politische Kraft zu sein, wenn man nicht mehr im digitalen Mainstream erscheint.

In der Tat haben sich viele Hassakteure deutlich von den Dienstleistungen digitaler Plattformen abhängig gemacht. Es ist daher wenig überraschend, dass sich der Diskurs um das Deplatforming zu einem Mobilisierungsthema in der extremen Rechten entwickelte. Hierzu haben wir herausgestellt, dass Einschränkungen einerseits als Aufhänger vorgeschoben werden, um eine größere Kritik am politischen System zu artikulieren, und andererseits als Schirm dienen, um klassische Subthemen miteinander zu verbinden: z.B. vermeintliche Zensur, Repression, Souveränität und fehlende Legitimität demokratischer Verfahren. Sich in einem Meinungskampf wähnend werden die eigenen Ideen als verfolgt dargestellt. Das wird schnell in eine Bestätigung des eigenen Handelns übersetzt, nach dem Motto: „Wenn sie uns löschen, haben wir alles richtig gemacht."

Mit dem Wegfall der Konten der Mainstream-Plattformen müssen Menschen eher aktiv nach rechtsextremen Hassakteuren suchen. Allerdings haben wir in dieser Studie auch dargestellt, dass Plattformen wie Telegram mehr und mehr zur politischen Kommunikation genutzt werden – von der extremen Rechten und von Verschwörungsideolog*innen nur besonders intensiv. Somit entwickeln sich teils schwer nachzuvollziehende Kommunikationswege, die Inhalte von gelöschten Accounts über unregulierte Plattformen in das Ökosystem der Hassakteure einspeisen. Doch je mehr Zulauf solche Apps bekommen, desto mehr müssen sie auch zu regulativen Maßnahmen greifen. Diesem Trend wird sich langfristig gesehen auch das Unternehmen Telegram nicht entziehen könnten, das nach der Löschung dschihadistischer Inhalte bereits erste Löschungen von rechtsterroristischen Inhalten vornahm.

Die geringen Zugangshürden zu sozialen Medien sorgen weiterhin dafür, dass viele gelöschte Akteure über pseudonyme Accounts zurückkehren. Aber auch jenseits der Schaffung alternativer Konten haben wir Umgangs- und Umgehungsstrategien vorgestellt, die rechtsextreme Akteure nutzen, um trotz Löschung ihre Inhalte weiter auf den großen Plattformen zu platzieren. Für sie steht weiterhin fest, dass der Ort, wo die meisten Menschen zusammenkommen, der Ort ist, an dem die eigenen Positionen sichtbar sein müssen – selbst wenn mit Repression zu rechnen ist. Ausgehend von unseren Erkenntnissen möchten wir abschließend Empfehlungen an relevante Akteure geben, die Grenzen unserer Untersuchung beschreiben und mit einem Ausblick unsere Ergebnisse in einen größeren Kontext setzen.

a. Empfehlungen an relevante Akteure

Wie wir in dieser Studie deutlich gemacht haben, birgt das Deplatforming eine Reihe von Dilemmata und nicht-intendierten Konsequenzen, die keine einfachen Lösungen bereithalten. Die Frage nach den Grenzen des Sagbaren war schon immer die Achillesferse offener Gesellschaften und erhält mit der Durchdringung sozialer Medien eine bisher ungeahnte Komplexität. Nicht nur die Themen werden komplexer, sondern auch die Durchsetzungsmechanismen von Regeln und die Akteure, die direkt oder indirekt auf Entscheidungen einwirken. Community-Manager*innen, Plattformbetreiber, Politik, Faktenchecker*innen, Justiz, Strafverfolgung, Zivilgesellschaft, Wissenschaft: Alle diskutieren die Frage, welche Inhalte auf den sozialen Medien vertretbar sind und welche Akteure den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden, aus ganz unterschiedlichen Perspektiven.

Empfehlungen für Tech-Unternehmen: die Tugenden des Deplatformings

Jede Plattform hat für ihre spezifischen Zwecke eigene Gemeinschaftsstandards und somit eigene Routinen entwickelt, diese durchzusetzen. Während kleinere Plattformen leichter zu moderieren sind, haben große Plattformen bei der Masse an (potenziellen) Fällen das Problem, dass sie kaum ein angemessenes Verfahren entwickeln, das zufriedenstellend Hassinhalte löscht. Das First-Publish-Then-Filter-Prinzip (Gillespie 2018: 75) bedeutet, dass jede*r erst einmal alles publizieren kann, bevor es einer Prüfung unterzogen wird. Dem Hass und der Hetze, die darüber in die Plattformen strömen, ist allerdings selbst mit den besten Algorithmen nicht beizukommen. Eher schafft die zunehmende Abhängigkeit von technischen Verfahren eigene Probleme, da die Programmierung nicht vorurteilsfrei funktioniert. Dies zeigt sich beispielsweise daran, wie simple Suchanfragen bei Google – zum Beispiel „Black Girls“ – sexualisierte Inhalte anzeigten, die rassistischen Stereotypen folgen (Noble 2018), oder am Instagram-Algorithmus, der nackte Haut bevorzugt.[48] Somit handelt es sich bei der Frage der Löschung nicht um ein technisches Problem, sondern um ein soziales.

Kontinuierliche wissenschaftliche Analyse

Tech-Unternehmen müssen sich bewusst sein, dass ihre Entscheidungen konkrete Konsequenzen haben – ebenso wie das Nicht-Einschreiten. Um die Gefahren von Hassakteuren adäquat einzuschätzen, bedarf es wissenschaftlicher Analysen, die das Verhalten nicht nur auf den Plattformen zum Ausgangspunkt für Löschungen nehmen, sondern es auch in ihre Offline-Handlungen und -Vernetzungen einordnen. Ein erster Schritt dahin ist, die eigene Rolle in einem rechtsextremen Online-Ökosystem zu verstehen.

[48] https://algorithmwatch.org/story/haut-zeigen-auf-instagram/.

Abgestimmtes Verhalten über Plattformen hinweg

Plattformen sind jüngst selbst immer mehr in die Kritik geraten. Ihre Entscheidungen zum Deplatforming seien demzufolge intransparent, schlecht getimt oder inkonsequent umgesetzt worden. Dazu tragen widersprüchliche Einschätzungen zu bestimmten Fällen bei. So ist es einer Öffentlichkeit schwer vermittelbar, warum organisierten Hetzer*innen der Zugang auf der einen Plattform versperrt wird, auf einer anderen aber nicht. Hier bedarf es koordinierten Handelns sowie gemeinsamer Verständnisse und Begriffe, um Entscheidungen über Sperrungen kohärent zu treffen und nachvollziehbar zu begründen. Die großen sozialen Netzwerke sollten gemeinsam unabhängige wissenschaftliche Institutionen fördern, die gefährliche Entwicklungen untersuchen und geeignete Lösungen zur Eindämmung von Hassdynamiken finden.

Früheres Eingreifen und transparente Begründungen

Viele Löschungen wurden zu einem Zeitpunkt durchgeführt, an dem die Akteure sich auf Plattformen etablierten. Für identitäre Aktivist*innen waren sie die zentrale Bühne ihrer Politik, bevor sie gelöscht wurden. Je später also Entscheidungen zur Sperrung oder Löschung fallen, desto schwerer sind sie zu begründen. Denn warum sollen auf einmal Hassakteure verbannt werden, bei denen sich die Botschaften ihrer Inhalte kaum geändert haben? Plattformen sind spätestens dann mit dem Vorwurf konfrontiert, sie würden willkürlich agieren. Betreiber sollten sich daher stärker an den Santa-Clara-Prinzipien orientieren, um den Eindruck von Willkür zu vermeiden.[49] Die 2018 von einer Gruppe von bürgerrechtlichen Organisationen und akademischen Expert*innen entworfenen Prinzipien, die das Recht auf freie Meinungsäußerung im Internet unterstützen, umreißen ein Mindestmaß an Transparenz und Verantwortlichkeit, das Plattformbetreiber bei der Moderation von nutzergenerierten Inhalten bieten sollten. Dazu zählen: eine Offenlegung, wie viele Accounts gesperrt werden, eine transparente Begründung für die Sperrung von Konten und Inhalten sowie die Möglichkeit, Entscheidungen anzufechten.

Dokumentation von gelöschten Hassakteuren und ihrer Inhalte

Ein weiteres Problem stellt die fehlende Dokumentationspraxis bzw. die Transparenz von Plattformbetreibern dar. Daten gelöschter Konten werden zumeist nicht aufbewahrt und Gerichten, Strafbehörden oder Forscher*innen zugänglich gemacht. *Human Rights Watch* stellte hierzu fest, dass viele im Internet dokumentierte Beweise über Menschenrechtsverstöße nicht mehr dokumentiert sind, wenn Inhalte nicht mehr zugänglich sind (Human Rights Watch 2020). Ähnliches gilt für den Bereich Rechtsextremismus: Viele rechtsextreme Online-Netzwerke könnten bei Weitem besser analysiert werden, wenn Forschende Zugang zu den Daten erhielten. Diese Praxis würde Plattformen

[49] Die Santa-Clara-Prinzipien sind transparent aufgestellt Forderungen, die einige der wichtigsten Akteure der US-amerikanischen Zivilgesellschaft aufgestellt haben, um den Unternehmen, die sich mit der Moderation von Inhalten befassen, ein sinnvolles Verfahren vorzuschlagen und sicherzustellen, dass die Durchsetzung ihrer Inhaltsrichtlinien fair, unvoreingenommen und verhältnismäßig ist sowie die Rechte der Nutzer*innen respektiert: https://santaclaraprinciples.org/.

wiederum helfen, manipulative Kampagnen früher zu unterbinden, indem wiederholende Muster früher erkannt werden. Bessere technische Zusammenarbeit und technische Infrastrukturen sind nötig, um Inhalte relevanter rechtsextremer Akteure für die Forschung zu archivieren.

Empfehlungen für die Zivilgesellschaft: Deplatforming mitgestalten

Öffentlicher Druck auf Betreiber kann die Entscheidung beeinflussen, welche Accounts Zugang zu den Plattformen haben. Der Hashtag #DeplatformingWorks diente vielen Aktivist*innen und NGOs dazu, erfolgreiche Fälle zu dokumentieren und steht gleichzeitig für eine neue Schwerpunktsetzung zivilgesellschaftlicher Akteure, die Plattformen in die Verantwortung zu nehmen. So wird das Deplatforming als eine Strategie zur Eindämmung rechter Online-Aktivitäten diskutiert. In der Tat ist der öffentliche und wirtschaftliche Druck nicht zu unterschätzen. Allerdings wäre es ein Fehler, die Verantwortlichkeiten für rechte Umtriebe Plattformen allein zu überlassen oder sich auf sie zu verlassen. In diesem Sinne sollten die Akteure Forderungen stellen, in Entscheidungsprozesse mit eingebunden zu werden.

Stärkerer Einfluss auf Entscheidungen von Tech-Unternehmen

Die digitale Zivilgesellschaft ist am nächsten am digitalen Puls, wenn es darum geht, rechtsextreme Dynamiken zu antizipieren und zu problematisieren. Ein gemeinsames Vorgehen breiter zivilgesellschaftlicher Allianzen kann dazu beitragen, Forderungen nach dem Deplatforming antidemokratischer Akteure zusätzliches Gewicht zu verleihen.

Kontinuierliches Monitoring rechtextremer Online-Aktivitäten

Durch kontinuierliches Monitoring können verändernde Kommunikationsstrategien Rechtsextremer in sozialen Medien sichtbar gemacht werden. Zivilgesellschaftliche Akteure, aber auch Medien können hier die Rolle einer Kontrollinstanz übernehmen.

Overblocking und Willkür verhindern

Angesichts der Tatsache, dass Deplatforming eine effektive Strategie ist, Hassakteure zu verbannen, sollte auch vor einer allzu freizügigen Anwendung gewarnt werden. So muss auch die Macht von Plattformen thematisiert werden, die ohne demokratische Legitimation über die Grenzen des Diskurses entscheiden. Schließlich könnten sich ihre Werkzeuge auch gegen zivilgesellschaftliche Akteure selbst richten.

Empfehlungen für die Politik und Justiz: Kontrolle (zurück-)gewinnen

Ein konsistentes Update des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes

Die Bedeutung von Telegram für Hassakteure wächst seit Jahren kontinuierlich und hat während der Pandemie jüngst einen neuen Höhepunkt erreicht. Hunderttausende werden in Kanälen und Gruppen rund um die Uhr mit Hass, Gewaltfantasien und Verschwörungsideologien bedient. Telegram wird nicht ausschließlich in seiner Messengerfunktion genutzt und verstanden, sondern ist Forum, Video-Plattform und Massenkommunikationskanal für Influencer*innen und zahlreiche Gruppierungen aus dem rechtsextremen und verschwörungsideologischen Spektrum. Aus diesem Grund erscheint es sinnvoll, Telegram in das Netzwerkdurchsetzungsgesetz aufzunehmen. Wegen der Dynamik, die auch in Bezug auf neue Plattformen und Abwanderungsbewegungen zu beobachten ist, sollte die Reihe der für das Netzwerkdurchsetzungsgesetz relevanten Plattformen regelmäßig überprüft und transparent überarbeitet werden.

Förderung für Forschung und Zivilgesellschaft

Die Forschung muss schnell und angemessen auf die neueren Entwicklungen im Spektrum der im Internet vertretenen Hassakteure reagieren können. Im Hinblick auf deutschsprachige Akteure, aber auch deren internationale Vernetzung sowie Radikalisierung und Gewaltbereitschaft gibt es noch einige Leerstellen: Von der Frage der Rekrutierung in rechtsextreme Netzwerke bis hin zur Verbreitung internationaler Einflüsse muss hier das Handeln im Netz mit dem auf der Straße analytisch besser in Verbindung gebracht werden. Zudem hat insbesondere das Jahr 2020 gezeigt, dass der Bedarf von Beratungsstellen für Menschen, die Verschwörungsideologien verfallen sind, sowie für deren Angehörigen, erheblich ist. Ein Ausbau der Strukturen ist unumgänglich.

Empfehlungen für die Sicherheitsbehörden: Dezentralisierung antizipieren

Eine der größten Herausforderungen, die das Deplatforming aus sicherheitspolitischer Sicht mit sich bringt, ist, dass Hassakteure unvorhersehbarer agieren. Während es zuvor leichter war, über die Mainstream-Plattformen bestimmte Aktivitäten zu beobachten und Netzwerke zu erkennen, wird es durch die Aufteilung in diverseren Teilöffentlichkeiten schwieriger, den Überblick zu behalten. Dies muss nicht sofort ein Sicherheitsrisiko bedeuten. Es kann aber dazu beitragen, dass bestimmte Akteure, die ihre Gefolgschaft über Plattformen hinweg navigieren, von der Bildfläche verschwinden. Gleichsam muss in den Sicherheitsbehörden verstanden werden, dass sich die extreme Rechte neu aufstellt. Dazu zählt, dass nun immer mehr Einzelpersonen den Ton angeben, die eine relativ schnelle Radikalisierung durchlaufen und oft über verschwörungstheoretische Wege Zugang zu rechtsextremen Ideen gefunden haben. Die Analyse muss daher die manipulative Kraft einzelner Demagog*innen berücksichtigen, die über soziale Medien und Chatgruppen unmittelbar mit ihnen verbunden sind. Diese Studie gibt Anhaltspunkte, mit welchen innovativen Reaktionen gerechnet werden muss.

Bedeutung von Telegram erkennen

In den vergangenen Monaten haben sich Hassakteure Telegram als eine der wichtigsten Plattformen erschlossen. Nahezu alle relevanten Akteure unterhalten inzwischen einen Kanal oder eine Gruppe bei Telegram. Zudem ergeben sich Vernetzungen unter Verschwörungsideolog*innen, rechtsextremen Influencer*innen und losen Gruppierungen allein schon über die Nutzung der Weiterleitungsfunktion von einem Channel zu anderen, von denen man innerhalb des Spektrums gern Gebrauch macht. Besonders frappant sind die geringen Zugangshürden. Unter den wiederkehrenden Forderungen nach mehr Befugnissen für Polizei und Geheimdienste wird zu häufig vernachlässigt, dass sich ein erheblicher Teil rechtsextremer Agitation ganz offen und abseits konspirativer Kleinstgruppen verschlüsselter Messenger abspielt. Selbst kleine gewaltbereite Gruppen kommunizieren ihre Ambitionen öffentlich und versuchen offen, neue Mitglieder zu gewinnen. Das gilt sowohl für ihre Präsenzen auf den Mainstream-Plattformen als auch für große Telegram-Gruppen, in denen aktiv neue Anhänger*innen umworben werden.

Internationale Trends antizipieren

Einige der wichtigsten Entwicklungen des Rechtsextremismus hierzulande lassen sich durch eine kontinuierliche Analyse internationaler Entwicklungen antizipieren. Das betrifft die Entstehung neuer Bewegungen und Influencer*innen ebenso wie den Umgang mit Akteuren, die von Deplatforming betroffen sind. Mit Blick auf die USA und Großbritannien sehen wir, dass wichtige Bewegungsakteure bereits vor mehreren Jahren vom digitalen Mainstream ausgeschlossen wurden und sich eigene Infrastrukturen aufgebaut haben, über die sie stabil kommunizieren. Die Tendenz, dass sich deutschsprachige Rechtsextreme eigene Foren schaffen, auf denen sie frei hetzen können, muss frühzeitig auf dem Radar der Sicherheitsbehörden sein.

Neue Konzepte für Mischszenen

Unsere Studie zeigt, dass Hassakteure, die einen deutlichen Verschwörungseinschlag haben, besonders in der Zeit der Pandemie profitieren konnten. Diese Tendenz hat sich auch auf der Straße gezeigt. Neben Verschwörungsideologen wie Oliver Janich und Attila Hildmann ist es vor allem die internationale Verschwörungsbewegung *QAnon*, die rechtsextreme Narrative mit Verschwörungsdenken verbindet und demokratische Institutionen delegitimiert. Viele Sicherheitsbehörden haben spät erkannt, welches Gewaltpotenzial von diesen Mischszenen ausgeht. Ein frühes Eingreifen in den unzähligen Chat-Gruppen bei Volksverhetzung, Gewaltaufrufen und Verächtlichmachung würde wichtige Signale senden.

b. Limitationen der Untersuchung

Mit dieser Studie legen wir die erste Untersuchung zur Auswirkung des Deplatformings auf rechtsextreme Hassakteure im deutschsprachigen Raum vor. In dem achtmonatigen Forschungszeitraum konnten wir wichtige Erkenntnisse zur Frage generieren, wie sich Einschränkungen im Zugang zu sozialen Medien auf die Mobilisierungskraft von Hassakteuren auswirken und welche innovativen Strategien Hassakteure entgegensetzen. Wie bei allen zeitlich begrenzten Studien bestehen auch hierbei Einschränkungen und es ergeben sich weiterführende Forschungsfragen.

Eine der größten Herausforderungen war es, eine solide Datenbasis aufzubauen, auf deren Grundlage wir Muster des Deplatformings nachzeichnen konnten. Durch diverse Vorarbeiten konnten wir eine möglichst ausführliche Liste von Deplatforming betroffenen Akteure aufstellen. Diese hat jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Hier hätten uns Auskünfte der Plattformbetreiber geholfen, die allerdings aus datenschutzrechtlicher Sicht nicht zugänglich waren. Gleichzeitig kam unser projektinternes Monitoring an seine Grenzen, nachdem die Profile bestimmter Akteure gesperrt wurden und wir nur teilweise die Reichweite gesperrter Accounts rekonstruieren konnten. Diese beiden Punkte führten uns vor Augen, dass es kontinuierlichere Formen der Datenerhebung benötigt, die projektunabhängig funktionieren und Entwicklungen im Rechtsextremismus computergestützt aufzeichnen. Dazu gehört die automatisierte, plattformübergreifende Analyse von Botschaften mit großen Interaktionen, von trendenden Hashtags der Szene und von internationalen Trends, auf deren Grundlage eine Art Heat Map erstellt werden kann, die frühzeitig vernetzte Mobilisierungspotenziale erkennt.

Weiterhin haben wir uns – um eine bessere Vergleichbarkeit herzustellen – bewusst auf abgrenzbare Hassakteure beschränkt, deren Medienverhalten über verschiedene Plattformen nachvollziehbar ist und die sich in der Reichweite ähneln. Somit haben wir andere Phänomene außen vorgelassen: Wir haben Akteure, die nicht auf mindestens einer Plattform mindestens 1.000 Menschen erreichten ebenso ausgelassen wie die AfD, die durch ihre Etablierung im deutschen Parteienspektrum eine andere Strategie verfolgt und bisher nicht in die Gefahr des Deplatformings kommt – trotz ihrer extremen Aussagen.[50] Zugleich fiel die Betrachtung anonym kommunizierender Foren aus unserem Analyseschema. An dieser Schnittstelle gibt es daher Potenzial für weitere Forschung: Wie beeinflussen Imageboards und andere randständige Foren das Handeln der untersuchten Hassakteure? Und wie interagieren sie konkret mit der AfD?

Schließlich muss in Zukunft genauer untersucht werden, auf welcher Grundlage Plattformen ihre Entscheidungen treffen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die Verfahren kontinuierlich anpassen, verändern und nicht zuletzt auf öffentlichen Druck reagieren. Die privatwirtschaftlichen Netzwerke können sich auf Betriebsgeheimnisse berufen. Dennoch können über langfristiges Monitoring, durch Interviews und strukturierte Beobachtungen Rückschlüsse daraus gezogen werden, wann Plattformen sich zum Handeln gezwungen sehen und inwiefern gesellschaftlicher und politischer Druck ausschlaggebend ist. Aufgrund der Transnationalität der Netzwerke sind diesbezüglich auch vergleichende Studien wichtig.

[50] Dennoch wurden einzelne Parteimitglieder, bspw. Dubravko Mandic, von Plattformen ausgeschlossen.

c. Aussichten: Ausweitung des Deplatformings?

Das Deplatforming rechtsextremer Akteure ist eine wirkungsvolle, aber keine ausreichende Antwort auf rechte Raumstrategien im Internet. Die Löschung eines Posts oder eines Accounts wird weder die Meinung von Menschen ändern noch Gewalttaten oder Radikalisierung per se verhindern. Und doch hat der Umgang von Plattformen mit rechtsextremen Akteuren einen große Einfluss auf die Erfolgsbedingungen ihrer Politik und die Verbreitung antidemokratischer Propaganda. Da sich der Rechtsextremismus über die sozialen Medien zunehmend dezentralisiert und viele Self-Made-Aktivist*innen heute den Ton angeben, ist zwischen Inszenierung, Kommerz und blanker Menschenverachtung ein Graubereich entstanden, dessen Grenzen fließend verlaufen.

Es wird dabei schwerer, zwischen gewerblichen Interessen von Einzelpersonen und politischen Interessen von Bewegungen zu unterscheiden. Viele Akteure, die besonders in der Corona-Krise Zulauf bekamen, haben sich über ihre Aktivitäten in sozialen Medien ein finanzielles und soziales Standbein aufgebaut. Ihnen die Plattform zu nehmen, stößt notwendigerweise auf heftige Gegenwehr. Genauer gesagt bringt der Akt des Deplatformings bestimmte Probleme erst zum Vorschein: Es verweist nicht nur auf die Frage der Begründung der Löschung, sondern auch auf die Bedingungen, unter denen rechtsextreme Akteure die sozialen Medien zum zentralen Handlungsfeld ihres Aktivismus auserkoren haben.

Mit dem zunehmenden Aufbau eigener sozialer Netzwerke verlagert sich der Blick perspektivisch auf eine andere Ebene. Denn diese alternativen Technologien sind nun nicht mehr von Betreibern abhängig, sondern von Infrastrukturen, die ihnen technische Flexibilität und Sicherheit gewähren: Webhoster, Internetsicherheitsdienste und Online-Provider. Von dem Verhalten dieser Dienstleistenden wird in der Zukunft viel vom Erfolg des rechtsextremen Aktivismus abhängen. Und gleichzeitig liegt darin auch das Dilemma der aktuellen Situation: Denn je mehr solche Entscheidungen von Firmen getroffen werden, desto mehr entzieht sich der Konflikt seiner öffentlichen Dimension. Hier sollten Politik und Zivilgesellschaft ansetzen und Einfluss auf das Handeln von digitalen Dienstleistern einfordern. Solange Hassakteure über die größten Austauschplattformen politisches Kapital generieren, muss debattiert werden, wer auf welcher Grundlage rote Linien festlegt. Deplatforming bedarf einer demokratischen Legitimation. Denn trotz aller Probleme erweist sich das Deplatforming als wehrhaftes Instrument gegen Rechtsextremismus und Verschwörungsideologien.

Referenzen

Abidin, Crystal (2018): Internet celebrity. Understanding fame online. First edition. Bingley, UK: Emerald Publishing.

Ahmed, Reem; Albrecht, Stephen; Fielitz, Maik; Junk, Julian; Marcks, Holger; Mullis, Daniel (2020): Transnationale Sicherheitsrisiken: Eine neue Welle des Rechtsterrorismus. In: BICC, HSFK, INEF und IFSH (Hg.): Friedensgutachten 2020. Im Schatten der Pandemie: letzte Chance für Europa. 1. Auflage. Bielefeld: Transcript; transcript Verlag, S. 139–157.

Albrecht, Stephen; Fielitz, Maik (2019): Rechtsterrorismus im digitalen Zeitalter. In: Wissen Schafft Demokratie 6, S. 176–187.

Amadeu-Antonio-Stiftung (2020): Alternative Wirklichkeiten. Monitoring rechts-akternativer Medienstrategien.

Barkun, Michael (2017): Conspiracy Theories as Stigmatized Knowledge. In: Diogenes, S. 1-7.

Beirich, Heidi; Via, Wendy (2020): Generation Identity. International White Nationalist Movement Spreading on Twitter and YouTube. Global Project Against Hate and Extremism: https://www.globalextremism.org/post/international-white-nationalist-movement-spreading-on-twitter-and-youtube.

Benkler, Yochai; Faris, Robert; Roberts, Hal (2018): Network propaganda. Manipulation, disinformation, and radicalization in American politics. New York, NY: Oxford University Press.

Berlet, Chip (2004): Mapping the Political Right: Gender and Race Oppression in Right-Wing Movements. In: Abby L. Ferber (Hg.): Home-grown hate. Gender and organized racism. New York, NY: Routledge (Perspectives on gender), S. 19–47.

Bjørgo, Tore; Ravndal, Jacob Aasland (2019): Extreme-Right Violence and Terrorism. Concepts Patterns and Responses. Den Haag (ICCT Policy Brief).

Blazak, Randy (2009): Toward a Working Definition of Hate Groups. In: Barbara Perry (Hg.): Hate crimes. Westport: Praeger Publishers (Praeger perspectives), S. 133–162.

Bogerts, Lisa; Fielitz, Maik (2019): "Do You Want Meme War?". Understanding the Visual Memes of the German Far Right. In: Maik Fielitz und Nick Thurston (Hg.): Post-digital cultures of the far right. Online actions and offline consequences in Europe and the US. Bielefeld: Transcript (Political science, Volume 71), S. 137–153.

Botsch, Gideon (2017): Wahre Demokratie und Volksgemeinschaft. Ideologie und Programmatik der NPD und ihres rechtsextremen Umfelds. Wiesbaden: Springer VS (Edition Rechtsextremismus).

Chandrasekharan, Eshwar; Pavalanathan, Umashanthi; Srinivasan, Anirudh; Glynn, Adam; Eisenstein, Jacob; Gilbert, Eric (2017): You Can't Stay Here. The Efficacy of Reddit's 2015 Ban Examined Through Hate Speech. In: Proceedings of the ACM on Human-Computer Interaction 1 (2), S. 1–22.

Davis, Gregory (2020): Bitchute. Platforming Hate and Terror in the UK. Hg. v. HOPE not hate. London.

Donovan, Joan (2020a): Social-media companies must flatten the curve of misinformation. In: Nature, https://www.nature.com/articles/d41586-020-01107-z.

Donovan, Joan (2020b): Covid hoaxes are using a loophole to stay alive—even after content is deleted, https://www.technologyreview.com/2020/04/30/1000881/covid-hoaxes-zombie-content-wayback-machine-disinformation/.

Donovan, Joan; Lewis, Rebecca; Friedberg, Brian (2019): Parallel Ports. Sociotechnical change from the Alt-Right to Alt-Tech. In: Maik Fielitz und Nick Thurston (Hg.): Post-digital cultures of the far right. Online actions and offline consequences in Europe and the US. Bielefeld: Transcript (Political science, Volume 71), S. 49–65.

Erb, Rainer (2006): Protestorganisation und Eventmanagement. Der Typus des rechtsextremen Bewegungsunternehmers. In: Andreas Klärner und Michael Kohlstruck (Hg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung (Schriftenreihe, Bd. 555), S. 142–176.

Feldman, Matthew; Jackson, Paul (Hg.) (2014): Doublespeak. The rhetoric of the far right since 1945. Stuttgart: Ibidem (Explorations of the far right, 3).

Fielitz, Maik (2020a): Ironie, bis es ernst wird. Humor, digitale Kulturen und rechte Affektpolitik. In: Lars Koch und Torsten König: Zwischen Feindsetzung und Selbstviktimisierung. Gefühlspolitik und Ästhetik populistischer Kommunikation. Frankfurt: Campus Verlag, S. 229–250.

Fielitz, Maik (2020b): Don't Feed the Right. Zum medialen Umgang mit digitalen Hasskampagnen. IFSH Policy Brief 3/2020.

Fielitz, Maik; Marcks, Holger (2020): Digitaler Faschismus. Die sozialen Medien als Motor des Rechtsextremismus. 1. Auflage. Berlin: Dudenverlag.

Geschke, Daniel; Klaßen, Anja; Quent, Matthias; Richter, Christoph (2019): #Hass im Netz. Der schleichende Angriff auf unsere Demokratie. Hg. v. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Jena.

Gillespie, Tarleton (2010): The politics of 'platforms'. In: New Media & Society 12 (3), S. 347–364.

Gillespie, Tarleton (2018): Custodians of the internet. Platforms, content moderation, and the hidden decisions that shape social media. New Haven: Yale University Press.

Gillespie, Tarleton (2020): Content moderation, AI, and the question of scale. In: Big Data & Society 7 (2).

Guhl, Jakob; Ebner, Julia; Rau, Jan (2020): The Online Ecosystem of the German Far-Right. Hg. v. Institute for Strategic Dialogue, London.

Holt, Kristoffer (2020): Right-wing alternative media. London, New York: Routledge (Communication and Society).

Hope not Hate (2020): Free Speech and the Radical and Far Right: A Mini-Series, https://www.hopenothate.org.uk/2020/08/07/free-speech-and-the-radical-and-far-right-a-mini-series/

Human Rights Watch (2020): Video Unavailable. Social Media Platforms Remove Evidence of War Crimes. New York.

Klein, Ofra (2020): The effects of censoring the far-right online. Hg. v. Centre for Analysis of the Radical Right: https://www.radicalrightanalysis.com/2020/02/17/the-effects-of-censoring-the-far-right-online/.

Kollmorgen, Raj; Quent, Matthias (2014): Innovation und Reziprozität. Zur Bedeutung von sozialen Innovationsbeziehungen in der Entwicklung des Rechtsextremismus, in: Berliner Debatte Initial 25 (1), S. 5-17.

Lewis, Rebecca (2018): Alternative Influence. Broadcasting the Reactionary Right on YouTube. Hg. v. Data & Society.

Lewis, Rebecca (2020): All of YouTube, Not Just the Algorithm, is a FarRight Propaganda Machine. Hg. V. Medium: https://ffwd.medium.com/all-of-youtube-not-just-the-algorithm-is-a-far-right-propaganda-machine-29b07b12430.

Macklin, Graham (2019): The Christchurch Attacks: Livestream Terror in the Viral Video Age. In: CTC Sentinel 12 (6), S. 18–29.

Marwick, Alice E. (2015): You May Know Me from YouTube: (Micro-)Celebrity in Social Media. In: P. David Marshall und Sean Redmond (Hg.): A Companion to Celebrity. Hoboken, NJ, USA: John Wiley & Sons, Inc, S. 333–350.

Mayring, Philipp (2015): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 12., überarb. Aufl. Weinheim, Basel: Beltz.

McDermott, John (2019): Those People We Tried to Cancel? They’re All Hanging Out Togetherhttps://www.nytimes.com/2019/11/02/style/what-is-cancel-culture.html.

Miller-Idriss, Cynthia (2020): Hate in the homeland. The new global far right. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.

Mulhall, Joe (2019): Deplatforming Works. Let's Get On With It. HOPE not hate: https://www.hopenothate.org.uk/2019/10/04/deplatforming-works-lets-get-on-with-it/.

Mullhall, Joe (2018): A Post-Organisational Far Right? HOPE not hate: hopenothate.org.uk/research/state-of-hate-2018/online-radicalisation/post-organisational-far-right/.

Myers West, Sarah (2018): Censored, suspended, shadowbanned: User interpretations of content moderation on social media platforms. In: New Media & Society 20 (11), S. 4366–4383.

Noble, Safiya (2018): Algorithms of oppression. How search engines reinforce racism. New York: New York University Press.

Nouri, Lella; Lorenzo-Dus Nuria; Watkin, Amy Louise (2019): Following the Whack-a-Mole: Britain First's Visual Strategy from Facebook to Gab. Global Research on Terrorism and Technology: Paper No. 4.

Reynolds, Glenn Harlan (2018): When Digital Platforms Become Censors. Wall Street Journal: https://www.wsj.com/articles/when-digital-platforms-become-censors-1534514122.

Rogers, Richard (2020): Deplatforming: Following extreme Internet celebrities to Telegram and alternative social media. In: European Journal of Communication 35 (3), S. 213–229.

Schwarz, Karolin (2020): Hasskrieger. Der neue globale Rechtsextremismus. Freiburg, Basel, Wien: Herder.

Selk, Avi (2017): How deplatforming became a rallying cry for right-wing media stars, https://www.washingtonpost.com/lifestyle/style/how-deplatforming-became-a-rallying-cry-for-right-wing-media-stars/2019/07/10/f2f37a72-a348-11e9-bd56-eac6bb02d01d_story.html.

Smith, Evan (2020): No platform. A history of anti-fascism, universities and the limits of free speech. Abingdon, Oxon, New York, NY: Routledge (Routledge studies in fascism and the far right).

Snow, David A.; Benford, Robert D. (1988): Ideology, Frame Resonance, and Participant Mobilization. In: Bert Klandermans, Hanspeter Kriesi, and Sidney Tarrow (Hg.), From Structure to Action: Social Movement Participation Across Cultures. Greenwich, Conn.: JAI Press, S. 197-217.

Sparrow, Jeff (2018): Trigger warnings. Political correctness and the rise of the right. Victoria, Australia, London, United Kingdom, Minneapolis, Minnesota, USA: Scribe Publications.

Stanley, Jason (2018): Bannon's Deviant 'Badge of Honor', New York Times, https://www.nytimes.com/2018/03/13/opinion/bannon-language-france-fascism.html.

Stegemann, Patrick; Musyal, Sören (2020): Die rechte Mobilmachung. Wie radikale Netzaktivisten die Demokratie angreifen. Berlin: Ullstein.

Suzor, Nicolas (2019): Lawless. The secret rules that govern our digital lives. Cambridge, United Kingdom, New York, NY: Cambridge University Press.

Tufekci, Zeynep (2017): Twitter and tear gas. The power and fragility of networked protest. New Haven, London: Yale University Press.

Über die Autor*innen:

Maik Fielitz ist wissenschaftlicher Referent am IDZ und Doctoral Fellow am Centre for Analysis of the Radical Right. Er arbeitet zu sozialen Bewegungen, Rechtsextremismus und digitalen Kulturen. Gemeinsam mit Holger Marcks verfasste er das Buch "Digitaler Faschismus: Die sozialen Medien als Motor des Rechtsextremismus".

Karolin Schwarz ist Projektreferentin am IDZ und arbeitet als Autorin in Berlin. Sie beschäftigt sich vor allem mit digitalen Ausprägungen des Rechtsextremismus, digitaler Desinformation und der Schnittstelle zwischen Internet und Gesellschaft. Ihr Projekt Hoaxmap, das virale Fakes über Geflüchtete und Black People of Color sichtbar macht, wurde für verschiedene journalistische Preise nominiert. Im Februar 2020 erschien ihr Buch "Hasskrieger: Der neue globale Rechtsextremismus".

Jana Hitziger studiert Sozialwissenschaften und Philosophie an der Universität Erfurt. Sie ist seit März 2020 am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft tätig. Außerdem ist sie politische Bildungstrainerin und führt regelmäßig Fort- und Weiterbildungen durch.

Weitere Materialien des Forschungsprojekts

ALT-TECH – DIGITALE PARALLELWELTEN DER EXTREMEN RECHTEN

Immer mehr reichweitenstarke soziale Netzwerke wenden ihre Gemeinschaftsstandards gegen Hassinhalte konsequenter an. Dadurch haben viele rechtsextreme Akteure zentrale Plattformen verloren, über die sie untereinander und mit einer breiten Öffentlichkeit kommunizieren. Um handlungsfähig zu bleiben, weichen Rechtsextreme auf alternative Plattformen aus oder arbeiten an alternativen Technologien: Alt-Tech. Unter dem Vorwand, freie Rede für alle Menschen zu ermöglichen, soll über Alt-Tech die Vernetzung und die freie Verbreitung extremer Ansichten sichergestellt werden. Ziel einiger Alt-Tech-Plattformen ist es, sich von großen Konzernen kommunikativ unabhängig zu machen und eigene Infrastrukturen aufzubauen.

RECHTSEXTREME INFLUENCER – INSZENIERTE MENSCHENFEINDLICHKEIT IM GEWAND VON KOMMERZ UND LIFESTYLE

Mit der zunehmenden Bedeutung sozialer Medien passen sich die Propagandamethoden und Organisationsstrukturen der extremen Rechten an. Eine Neuerung stellt die Bedeutung von rechtsextremen Influencern dar, die über professionelle Online-Formate politische Inhalte zielgruppengerecht verbreiten. Die (audio-)visuellen Formate sozialer Medien eignen sich besonders, eine unmittelbare Wirkung auf eine breite Masse auszuüben. Unterhaltung, Kommerz, Lifestyle und Politik vermischen sich, etablieren neue Formen der Vergemeinschaftung und bringen rechtsextremes Denken neuen Zielgruppen nahe. Influencer finden sich auch in den verschwörungsideologischen Mischszenen, deren Schlüsselakteure sich mehr mit eigenen Medienkanälen identifizieren als mit Organisationen.

RECHTSTERRORISMUS

Im Jahr 2019 erschütterte eine Serie rechtsterroristischer Anschläge die Welt. In Neuseeland, den USA und Deutschland kündigten die Terroristen ihre Taten im Internet an. Auf Imageboards stellten sie Propagandamaterial zur Verfügung und riefen zu dessen Verbreitung auf. Die Terroristen von Christchurch und Halle übertrugen ihre Taten live ins Netz. Im Umgang mit den Taten und digitalen Gemeinschaften, die zu Morden aufrufen und die Täter verherrlichen, ergeben sich neue Herausforderungen für die Gesellschaft.

Alle Materialien sowie weitere Informationen zum Projekt stehen kostenlos zum Download zur Verfügung unter:

https://www.idz-jena.de/hatenotfound/

Impressum

Herausgeber:
Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ)

Talstr. 84 | 07743 Jena
Tel.: 03641 - 27 19 403
Fax: 03641 - 27 18 307
E-Mail: mail@idz-jena.de

Die Studie wurde finanziert von:
Facebook Deutschland

Verleger und Träger:
Amadeu Antonio Stiftung | Novalisstraße 12 | 10115 Berlin

Bezug:
Die Publikation kann unter www.idz-jena.de heruntergeladen werden.

Gestaltung:
timespin Digital Communication GmbH

Gefördert vom

Freistaat Thüringen
Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des TMBJS dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin bzw. tragen die Autoren/-innen die Verantwortung. Alle Rechte bleiben bei den Autor/-innen. Die Bildrechte liegen, sofern nicht anders ausgewiesen, bei den Autor/-innen.

HATE NOT FOUND?!

DAS DEPLATFORMING DER EXTREMEN RECHTEN UND SEINE FOLGEN

Der vorliegende Bericht stellt die Ergebnisse der ersten systematischen Studie zum Deplatforming der extremen Rechten im deutschsprachigen Raum dar. Die Untersuchung rekonstruiert die Muster und Verläufe des Deplatformings. Sie erforscht, welche Reichweiteneinbußen Hassakteure durch Löschungen hinnehmen müssen, welche innovativen Umgänge sie entwickeln, um kommunikativ handlungsfähig zu bleiben und wie sie ihre Mobilisierung in sozialen Medien neu ausrichten.

Herausgeber

IDZ INSTITUT FÜR DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT

In Trägerschaft der

AMADEU ANTONIO STIFTUNG

twitter.com/idz_jena facebook.com/idzjena www.idz-jena.de

Die Studie wurde finanziert von:

FACEBOOK